

Protokoll 28 des Grossen Stadtrates

von Luzern

– Donnerstag, 22. September 2022, 09.00 – 17.05 Uhr

– im Regierungsgebäude Kanton Luzern, Kantonsratssaal

Vorsitz	Ratspräsident Christian Hochstrasser
Präsenz	Anwesend sind 45–47 Ratsmitglieder.
Entschuldigt	Roger Sonderegger den ganzen Tag Christa Wenger von 11.40 bis 12.00 Uhr Damian Hunkeler am Nachmittag Andreas Moser ab 15.30 Uhr
Präsenz Stadtrat	Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub ist ab 16.50 Uhr entschuldigt. In der übrigen Zeit ist der Stadtrat vollständig anwesend.
Präsenz Stadtschreiberin	Michèle Bucher
Protokoll	Nadine Mathis

Vom Grossen Stadtrat genehmigt am 9. Februar 2023.

Verhandlungsgegenstände

1	Mitteilungen des Ratspräsidenten	3
2	Bericht und Antrag 18/2022 vom 29. Juni 2022: Initiative «Für den Erhalt des Servicegebäudes und der Lindenbäume am Bundesplatz»	7
3	Bericht und Antrag 20/2022 vom 6. Juli 2022: Zukünftiges Carregime	18
–	Inputreferat Global Forum on Modern Direct Democracy Sevgil Musayeva, Chefredakteurin Ukrainska Pravda	32
–	Dringliches Postulat 198, Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion, Thomas Gfeller namens der SVP-Fraktion, Jules Gut namens der GLP-Fraktion sowie Mario Stübi, Maria Pilotto, Claudio Soldati, Simon Roth, Yannick Gauch und Benjamin Gross, Andreas Felder und Michael Zeier sowie Christov Rolla und Marco Müller vom 18. August 2022: Revitalisierung des Alten Rathauses am Kornmarkt	32
4	Bericht und Antrag 19/2022 vom 29. Juni 2022: ÖV-Förderung durch Vergünstigungen für Kinder und Jugendliche der Stadt Luzern – Sonderkredit	38
5	Postulat 150, Marc Lustenberger und Marco Baumann namens der FDP-Fraktion vom 14. Dezember 2021: Ein Preisschild auf Vorstösse im Grossen Stadtrat	46

6	Postulat 155, Fabian Reinhard und Marco Baumann namens der FDP-Fraktion vom 7. Januar 2022:	
	Freiwilligenarbeit fördern und nicht behindern!	50
7	Postulat 161, Gianluca Pardini und Lena Hafen namens der SP-Fraktion sowie Mirjam Fries und Andreas Felder namens der Mitte-Fraktion vom 27. Januar 2022:	
	Bedarf bei Stellenschaffung transparenter ausweisen	55
8	Postulat 162, Lena Hafen und Simon Roth namens der SP-Fraktion vom 2. Februar 2022:	
	Büroflächen – was benötigt die Stadt in Zukunft?	55
9	Interpellation 164, Irina Studhalter und Christa Wenger namens der G/JG-Fraktion vom 17. Februar 2022:	
	Recht auf Offline: Arbeitnehmer*innen-Rechte während digitaler Transformation	56
10	Postulat 174, Roger Sonderegger namens der Mitte-Fraktion vom 7. April 2022:	
	Pumptracks für die Stadt Luzern	56

Beratung der Traktanden

1 Mitteilungen des Ratspräsidenten

Ratspräsident Christian Hochstrasser begrüsst zur 28. Sitzung des Grossen Stadtrates im schönen Kantonsratssaal.

Der Sprechende gibt die Entschuldigungen bekannt (siehe Seite 1).

Zu den runden Geburtstagen: Thomas Gfeller durfte am 4. September 2022, kurz nach der letzten Sitzung, einen runden Geburtstag feiern. Der Sprechende gratuliert ihm nachträglich zu seinem 50. Geburtstag und wünscht ihm im Namen des Grossen Stadtrates für seine private, berufliche und politische Zukunft nur das Allerbeste. Glück und Gesundheit sollen ihn begleiten. Thomas Gfeller äusserte einzigartig sogar einen Wunsch, was er als Präsent erhalten möchte. Bescheiden, wie der Sprechende Thomas Gfeller kennt, wünschte er sich ein «Enzli», welches nun von der Ratsweibelin Michèle Christen übergeben wird. Herzliche Gratulation.

Gemäss Einladung würde am Nachmittag ein Inputreferat von Heidi Hautala, Vizepräsidentin des europäischen Parlaments in Brüssel, folgen. Leider kann sie kurzfristig wegen einer anderen Verpflichtung in ihrer Funktion nicht am Global Forum on Modern Direct Democracy teilnehmen und daher auch nicht wie angekündigt nach dem Mittag hier beim Grossen Stadtrat mit dabei sein. Der Sprechende freut sich aber, dass am Nachmittag ein Inputreferat von Sevgil Musayeva, Chefredakteurin der Onlinezeitung Ukrainska Pravda, folgt, welches insbesondere über die Wichtigkeit unabhängiger Medien für die Demokratie und die Schwierigkeit unabhängiger Medien in der aktuellen Situation in der Ukraine berichten wird. Für einen von drei Beiträgen zum Global Forum on Modern Direct Democracy wird das Schweizer Radio und Fernsehen, SRF, das Inputreferat von heute Nachmittag hier im Kantonsratssaal filmen. Am Nachmittag wird zusätzlich Stephanie van de Wiel von Nau.ch von der Tribüne aus vom Ratsbetrieb Fotos machen.

Weiter macht der Sprechende darauf aufmerksam, dass auf den Tischen aller Ratsmitglieder Post bereitliegt. Es handelt sich um die neuen Ausweise mit dem neuen Logo der Stadt Luzern. Falls jemand auch noch eine neue Plastikhülle benötigt, kann er oder sie sich bei Ratsweibelin Michèle Christen melden.

Der Sprechende erinnert daran, dass die Ausweise immer mitgebracht werden sollen. Auch heute hatten wieder nicht alle Ratsmitglieder ihren Ausweis dabei und das machte die Eingangskontrolle für die Polizei etwas schwierig.

Am 1. September 2022 konnte die damalige Ratspräsidentin leider nicht persönlich verabschiedet werden, weil sie krank war. Sie wurde zwar in Abwesenheit herzlich verabschiedet, aber es ist ihr ein Anliegen, und auch allen Ratsmitgliedern, dass sie zum Abschluss ihres Präsidialjahres noch ein paar Worte sagen kann.

Alt Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann hätte sehr gerne ihre Schlussworte ordentlich an der letzten Sitzung gehalten. Es ärgerte sie riesig, dass sie sich genau vor diesem wichtigen Termin mit dem Corona-Virus ansteckte. Aber es ist, wie es ist. Die Sprechende gratuliert Christian Hochstrasser herzlich zur Wahl zum Präsidenten. Es freut sie sehr, und sie ist überzeugt, dass er die Ratsführung sehr souverän übernehmen wird. Einen Vorgeschmack bekam man ja bereits: Christian Hochstrasser sprang in der Rolle des Vizepräsidenten ein und führte die letzte Sitzung souverän. Die Sprechende dankt ihm herzlich dafür und richtet auch einen speziellen Dank an Lisa Zanolla, die sehr überraschend zu ihrer Rolle an der letzten Sitzung kam, welche sie mit der Routine einer Präsidentin übernommen hat.

Gerne möchte die Sprechende einen kurzen Blick auf das vergangene Jahr werfen. Gewählt wurde sie an einem der ganz wenigen wunderschönen Sommertage. Damals hoffte man, dass Corona vorbei sei. Doch das Virus war noch da – es gab Maskenpflicht, Zertifikatspflicht und der Telefonjoker kam für alle, die in Quarantäne waren, wieder zum Einsatz. Und ja, der Grosse Stadtrat ist immer noch hier im Kantonsratssaal. Kaum hob der Bundesrat die Corona-Massnahmen auf, folgte die nächste Krise: Krieg in Europa. Einfach furchtbar. Neben diesen grossen globalen Verwerfungen politisierte der Grosse Stadtrat auf der städtischen Ebene fleissig weiter. Der Bericht und Antrag «Klima- und Energiestrategie» war sicher der grösste und diesen Sonntag wird man sehen, wie sich der Souverän entscheiden wird. Für die städtische Aussenpolitik war sicher der Wiedereintritt in den VLG ein wichtiger Meilenstein. Der Grosse Stadtrat beriet zügig alle traktandierten Geschäfte und die Sprechende darf den Rat ohne Pendenzen an ihren Nachfolger übergeben.

Emotional wurde es immer, wenn es um Parkplätze ging. Daher schenkt die Sprechende Christian Hochstrasser einen mobilen Veloparkplatz, damit er für sein Ratspräsidium gut gewappnet ist.

Manchmal fehlte es der Sprechenden im Rat etwas an Spontanität. Oft wurden einfach die vorbereiteten Voten vorgelesen, es gab wenig Replik und die Abstimmungsergebnisse verliefen genau entlang der Parteilinien. Das hat als Ratspräsidentin den Vorteil, dass man sehr schnell weiss, wie die Mehrheiten aussehen. Trotzdem ist das eher ein neues Phänomen. Ob es daran liegt, weil nun alle am Computer arbeiten? Das war früher ein absolutes Tabu. Oder liegt es daran, dass sich die Ratsmitglieder wegen Corona nicht so gut kennen? Oder liegt es am Ratssaal? Man weiss es nicht. Jedenfalls hofft die Sprechende auf etwas Verbesserung. Nun kennt man sich etwas besser – man war zusammen im Elsass und durfte sich am Fest von Christian Hochstrasser etwas besser kennen lernen.

Im letzten Jahr organisierte die Sprechende verschiedene Inputreferate zum Thema Journalismus. So gaben Christian Dorer, Flurina Valsecchi und Franz Egle Einblicke in die Arbeit von Journalisten und das Verständnis gegenüber dem Journalismus konnte so hoffentlich verbessert werden. Das ist quasi ein Geschenk der Sprechenden an die Mitglieder des Grossen Stadtrates. Das Geschenk – ein Geschenkgutschein für das Schloss Schadau bei Thun –, welches die Sprechende von ihren Ratskollegen erhielt, löste sie am vorletzten Wochenende bereits ein. Die Gegend ist wunderschön und das Essen war hervorragend. Vielen Dank.

Das Ratspräsidium war für die Sprechende ein sehr spannendes Jahr und sie hat diese Aufgabe sehr gern gemacht. Doch einen Rat zu leiten, ist keine One-Woman-Show. Daher möchte sie sich herzlich bedanken – zum einen bei ihrer Fraktion, die viele ihrer Fraktionsarbeiten übernahm, und zum anderen natürlich beim ganzen Team der Stadtkanzlei, welches immer mit Rat und Tat bereitstand. Die Mitarbeitenden dieses Teams sind grossartig. Für sie hat die Sprechende etwas Süsses – Corona-konform verpackt. Sie sollen es geniessen.

Ein weiterer Dank geht an Christian Hochstrasser. Ihn als Vizepräsidenten zu haben, hat ihr immer Sicherheit gegeben. Sie wusste immer, falls sie z. B. wegen Corona ausfallen würde, springt er ein und ist souverän – und das entspannt unheimlich.

Weiter richtet die Sprechende ihren Dank an alle. Die Mitglieder des Grossen Stadtrates haben immer gut mitgearbeitet. Sie dankt für deren Einsatz – auch für den Einsatz für die Demokratie der Stadt Luzern.

Um ehrlich zu sein, freut sich die Sprechende aber auch, wieder mitdiskutieren zu können.

Zum Abschluss ein Zitat von Peter von Matt, Literaturprofessor. Er sagte dies kurz nach Kriegsausbruch in der Ukraine.

«Die liberale Demokratie ist weniger grossartig, als sie es gerne wäre, weil sie immer Kompromisse eingehen muss. Dies ist mühsam, und ganz zufrieden ist man damit nie, aber man kommt doch meistens ein Stück weiter. Das ist unvergleichlich mehr, als einem einzelnen Regenten zu gehorchen. Die Freiheit lebt von den Anstrengungen aller, also auch vom Ärger über die Meinungen so vieler anderer. Die Übereinkunft – wie zähneknirschend sie auch immer geschieht – ist die grosse politische Leistung. Dazu braucht es keine Fahnen und Umzüge. Ein Bier genügt.»

Applaus.

Ratspräsident Christian Hochstrasser dankt Sonja Döbeli Stirnemann für die gute Zusammenarbeit im letzten Jahr, welche ihn auch auf dieses Amt vorbereitete. Gerne wird er auch das eine oder andere von ihr übernehmen.

Durch die Änderung des Gastreferates am Mittag geht die Medienreihe von Sonja Döbeli Stirnemann weiter und auch das ist eine schöne Sache – wie es nun nahtlos vom einen Amtsjahr ins andere übergeht.

Als Dank übergibt der Sprechende der alt Ratspräsidentin einen guten Tropfen, welcher neben den wohl bereits verwelkten Blumen vom letzten Mal vermutlich eine schöne Beigabe ist.

Applaus.

Zu den als dringlich eingereichten Vorstössen

- Dringliches Postulat 182, Gianluca Pardini und Simon Roth namens der SP-Fraktion vom 20. Juni 2022:

Sanitäre Anlagen für öffentliche Badeplätze**Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit.**

Gianluca Pardini hält, da nicht mehr so viele Leute in der Badehose herumlaufen, nicht an der Dringlichkeit fest. Er wünscht sich aber, dass diese Debatte mit dem bald folgenden Masterplan WC-Infrastruktur geführt werden kann.

Das Postulat 182 wird somit nicht als dringlich erklärt.

- Dringliches Postulat 198, Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion, Thomas Gfeller namens der SVP-Fraktion, Jules Gut namens der GLP-Fraktion sowie Mario Stübi, Maria Pilotto, Claudio Soldati, Simon Roth, Yannick Gauch und Benjamin Gross, Andreas Felder und Michael Zeier sowie Christov Rolla und Marco Müller vom 18. August 2022:

Revitalisierung des Alten Rathauses am Kornmarkt**Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit nicht.**

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es dazu keine Wortmeldung.

Der Grosse Stadtrat beschliesst die Dringlichkeit und wird das Postulat am Nachmittag nach dem Inputreferat behandeln.

- Dringliche Motion 201, Simon Roth, Maria Pilotto und Regula Müller namens der SP-Fraktion sowie Christa Wenger und Irina Studhalter namens der G/JG-Fraktion vom 24. August 2022:

Mutterschaftsurlaub trotz Teilnahme an Parlamentssitzungen**Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit.**

Simon Roth hält an der Dringlichkeit fest und begründet dies wie folgt: Im Frühling gab es einen Bundesgerichtsentscheid, der die Situation von jungen Müttern in Bezug auf die Mutterschaftsentschädigung, mindestens auf kommunaler Ebene, zu einer unsicheren Situation werden liess. Für den Sprechenden ist es wichtig, dass diese Unsicherheit möglichst schnell beseitigt wird, und dass möglichst schnell entschieden wird, wie der Grosse Stadtrat mit solchen Situationen umgehen möchte. Er ist der Meinung, dass es problemlos möglich ist, in fünf Wochen einen Grundsatzentscheid zu fällen, damit geklärt wird, ob man dieses Problem angehen muss oder nicht. Danach braucht es mehr Zeit, um die rechtlichen Grundlagen dazu zu erarbeiten. Aber ein Jahr zu warten, nur um diesen Grundsatzentscheid zu fällen, findet der Sprechende weder nötig noch statthaft.

Sonja Döbeli Stirnemann opponiert der Dringlichkeit. In Artikel 55m des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates heisst es: Der Vorstoss hat ein aussergewöhnlich hohes politisches Gewicht. Die Sprechende meint, er habe ein hohes Gewicht, aber kein aussergewöhnlich hohes. Und weiter heisst es: Das Anliegen lässt keinen Aufschub zu – das sieht die Sprechende auch nicht. Sie machte zwar keine Umfrage bei den jungen Frauen hier im Saal, aber sie sieht keinen Grund, warum dieses Thema dringlich sein sollte. Wenn es ordentlich behandelt wird, ist es in einem Jahr auch erledigt.

Lisa Zanolla: Auch die SVP-Fraktion opponiert der Dringlichkeit und ist der Meinung, dass dieses Anliegen an den falschen Adressaten gerichtet ist. Das Thema muss auf nationaler Ebene diskutiert werden.

Silvio Bonzanigo opponiert der Dringlichkeit aus ähnlichen Gründen wie Lisa Zanolla. Der Vorstoss sagt es selber: Es sind verschiedene Vorstösse auf verschiedenen Ebenen in dieser Angelegenheit im Gange. Der Sprechende findet es verfehlt, wenn eine Kommune vorprescht und ein eigenes Reglement für die Kombination solcher Verdienstaussfälle kreieren würde. Der Vorstoss ist nicht dringlich, weil er nicht dringlich ist.

Christa Wenger ist der Meinung, dass es manchmal nicht schlecht wäre, wenn eine Kommune einspringen würde, wenn etwas sonst nicht geregelt ist. Es ist recht simpel. Wenn man vermeiden möchte, dass eine Parlamentarierin in diesem Parlament das Risiko eingehen muss, dass sie bei der Ausübung ihrer demokratischen Pflichten und Rechte die Mutterschaftsentschädigung verliert, dann kann man diesen Vorstoss als dringlich erklären, und wenn man das Risiko eingehen möchte, dann lässt man es bleiben.

Simon Roth macht eine kurze Replik zum Votum von Sonja Döbeli Stirnemann. Wenn man die Motion als dringlich behandelt, hat man in einem Jahr vermutlich eine Vorlage. Wenn sie nicht als dringlich behandelt wird, dauert es eher zwei Jahre. Eine Schwangerschaft geht ungefähr neun Monate – da muss man nicht jetzt eine Umfrage starten – das hilft nicht weiter. Die Frage, ob es auf nationaler Ebene diskutiert werden muss, hat nichts mit der Dringlichkeit zu tun, sondern kann bei der Behandlung des Vorstosses diskutiert werden.

Der Grosse Stadtrat beschliesst mit Stichentscheid des Ratspräsidenten die Dringlichkeit und wird die Motion 201 an der nächsten Ratssitzung behandeln.

– Dringliche Motion 205, Simon Roth, Lena Hafen und Gianluca Pardini namens der SP-Fraktion sowie Christa Wenger und Elias Steiner namens der G/JG-Fraktion vom 9. September 2022:

Kaufkraft der Bevölkerung stärken

Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit nicht.

Silvio Bonzanigo opponiert der Dringlichkeit aus zwei Gründen und ist der Meinung, dass heute der schlechteste Tag dafür ist, um dieses Anliegen als dringlich zu erklären. Zuerst ein ordnungspolitischer Grund: Es ist nach wie vor verfehlt, wenn verschiedene Staatsebenen immer am gleichen Thema arbeiten. Das ist hier genau der Fall. Der Nationalrat beschloss gestern, dass er die Teuerung auf die AHV-Rente 2023 ausgleichen und 30 % mehr Prämienverbilligung ausrichten möchte. Auf kantonaler Ebene genau das Gleiche. Der Kantonsrat beschloss einen Wirkungsbericht zu den Schwelleneffekten. Darin möchte er die Steuertarife für die tieferen Einkommen anpassen und die Prämienverbilligung erhöhen. Es ist komplett sinnlos, hier auf kommunaler Ebene vorzupreschen, wenn in diesem Moment viele politische Entscheide mit derselben Absicht gefällt werden, die dieser Vorstoss auch verfolgt.

Der zweite Abweisungsgrund für die Dringlichkeit ist ein sachlicher, ein materieller Grund. Seit Montag bis heute Donnerstag ist der Gaspreis an der Energiebörse Amsterdam um 20 % gesunken, und seit Juni ist der Ölpreis um 30 % gesunken – das bedeutet, dass alles im Fluss ist und die Auswirkungen deutlich geringer sind, als im Vorstoss behauptet wird. Man rechnet mit 3 % Jahresteuierung in der Schweiz – das ist 1 % über dem, was die Nationalbank prognostizierte. Der Sprechende findet es daher nicht nötig, jetzt im Moment in diesem Sachverhalt beratend tätig zu werden.

Simon Roth: Es geht um die Dringlichkeit. Die Frage, ob es sinnvoll ist, kann bei der inhaltlichen Diskussion geklärt werden. Daher sieht der Sprechende aus den Ausführungen von Silvio Bonzanigo keinen Grund gegen die Dringlichkeit.

Der Grosse Stadtrat beschliesst die Dringlichkeit und wird die Motion 205 an der nächsten Ratssitzung behandeln.

2 Bericht und Antrag 18/2022 vom 29. Juni 2022: Initiative «Für den Erhalt des Servicegebäudes und der Lindenbäume am Bundesplatz»

EINTRETEN

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Baukommission des Grossen Stadtrates hat an ihrer Sitzung vom 25. August 2022 den Bericht und Antrag 18/2022: «Initiative «Für den Erhalt des Servicegebäudes und der Lindenbäume am Bundesplatz»» behandelt. Sie hat die Initiative als gültig erklärt und empfiehlt sie den Stimmberechtigten zur Annahme.

Die Idee der Initiantinnen und Initianten, das Servicegebäude und die Lindenbäume am Bundesplatz zu erhalten, fand in der Baukommission einhellige Zustimmung. Auch die Absicht, das Areal einer öffentlichen und langfristig gesicherten Nutzung zuzuführen, wird von der Baukommission sehr begrüsst.

Eine knappe Mehrheit der Baukommission ästimierte die private Initiative und unterstützt das geplante Café Fédéral am Bundesplatz. Sie teilt die Haltung des Stadtrates, dass die in der Vergangenheit gemachten Zusagen im Sinne von Treu und Glauben Bestand haben müssen.

Eine Minderheit wendet dagegen ein, dass keine verbindlichen Zusagen gemacht wurden und es übliche Praxis sei, für Vergaben von öffentlichem Grund eine Ausschreibung zu machen, in welcher sowohl die zukünftige Nutzung wie auch die Nutzenden evaluiert werden müssten. Eine direkte Abgabe an bestimmte Personen, wie dies der Stadtrat vorsieht, wird deshalb abgelehnt.

Die Baukommission hat die Initiative einstimmig als gültig erklärt und empfiehlt den Stimmberechtigten die Initiative mit 6 : 1 Stimmen bei 4 Enthaltung zur Annahme.

Raphaela Meyenberg: Zum Auftakt ein sehr spannendes Geschäft, und zwar geht es bei diesem Bericht und Antrag um eine kreative Initiative und um ein doch eher spezielles Vorgehen der Stadt betreffend Umsetzung.

Was für eine Initiative wurde überhaupt eingereicht? Hierzu verweist die Sprechende auf den Unterschriftenbogen, wo gemäss dem Titel der Erhalt des Servicegebäudes und der Lindenbäume beim Bundesplatz gefordert wird. Weiter unten wird der Stadtrat dazu aufgefordert, entsprechende Massnahmen zu ergreifen, damit das Areal einer öffentlichen und langfristigen Nutzung zugewiesen werden kann. Das Initiativkomitee reichte die Initiative in Form einer allgemeinen Anregung ein. Der Initiativtext ist nämlich zu wenig detailliert, als dass man diesen direkt so umsetzen könnte. Die Aufgabe des Stadtrates war es also, das Initiativanliegen zu prüfen und zu konkretisieren, sodass danach über einen genügend bestimmten Beschluss abgestimmt werden kann. Die Forderung des Initiativkomitees, das Servicegebäude und die Lindenbäume am Bundesplatz zu erhalten, unterstützt die SP-Fraktion sehr gern. Auch die Absicht, dass dieses Areal und das Gebäude öffentlich zugänglich gemacht und einer langfristigen Nutzung zugeführt werden, ist eine gute Sache. Die SP-Fraktion bedankt sich daher an dieser Stelle ganz herzlich beim Initiativkomitee. Es ist nicht selbstverständlich, dass Private so viel Zeit und Engagement investieren und im Interesse aller ein spannendes Projekt beim Stadtrat beliebt machen.

Nicht ebenso toll findet die SP-Fraktion das Vorgehen der Stadt betreffend Umsetzung. Wichtige planerische und rechtsstaatliche Prinzipien wurden leider nicht beachtet. Es wurde kein Bericht oder keine Stellungnahme bei der Stadtplanung eingeholt, obwohl der Standort des Servicegebäudes von grosser städteplanerischer Bedeutung ist. Man hat offensichtlich nie evaluiert, welche Art der geforderten langfristigen Nutzung an diesem Ort am meisten Sinn machen würde. Ob es tatsächlich ein Café ist, wie das in den Erläuterungen der Initianten angedacht ist, müsste man doch sicher einmal hinterfragen, da es in dieser Gegend schon einige andere Beizen gibt.

Der nächste kritische Punkt betrifft den Vertrauensschutz. Welche konkreten Zusicherungen die Stadt an die Einfache Gesellschaft Bucher/Bühler machte, ist unklar. Ob der Vertrauensschutz tatsächlich einschlägig ist, muss sicher infrage gestellt werden.

Ganz schwierig findet die SP-Fraktion die Absicht des Stadtrates, mit Privaten einen Konzessionsvertrag abzuschliessen, ohne dass vorher eine öffentliche Ausschreibung stattfand. Diese Absicht widerspricht der kantonalen Vergaberechtsprechung und daher kann die SP-Fraktion dies nicht unterstützen.

Gestützt auf dieses unsaubere Vorgehen der Stadt wurde dem Grossen Stadtrat der vorliegende Bericht und Antrag unterbreitet. Das Vorgehen ist derart suspekt, dass man sich fragen muss, ob die Stadt hiermit nicht andere politische Interessen verfolgt. Die SP-Fraktion versuchte ihr Misstrauen loszuwerden und

reichte eine Interpellation mit ihren Kritikpunkten ein. Es handelt sich um die Interpellation 189: «Vergabepraxis des Stadtrates bezüglich Servicegebäude auf dem Bundesplatz wirft Fragen auf» von Gianluca Pardini und Lena Hafen namens der SP-Fraktion. Leider hat der Stadtrat diese bis heute nicht beantwortet, obwohl es sicher sinnvoll gewesen wäre, wenn sie zusammen mit dem Bericht und Antrag hätte diskutiert werden können. Die Fragen und Zweifel der SP-Fraktion sind daher immer noch aktuell und unter diesen Umständen können die Mitglieder der SP-Fraktion nicht auf den Bericht und Antrag eintreten. Die Sprechende **beantragt Rückweisung zur Überarbeitung** und macht beliebt, dass auch die anderen Ratsmitglieder diesen Antrag unterstützen.

Peter Gmür: Die Mitte-Fraktion begrüsst es, wenn private Geldgeber etwas in der Stadt umsetzen möchten – ganz im Gegensatz zur Vorrednerin. Die Idee eines Cafés an dieser Ecke ist sehr bestechend. Der Sprechende kann sich das sehr gut vorstellen, auch wenn er ehrlicherweise nie auf diese Idee gekommen wäre. Die Initiative ist für den Sprechenden klar. Sie verlangt die Erhaltung der Lindenbäume und des Gebäudes. Die Idee kam bekanntlich nicht von der Stadt, sondern von Privaten. Der Sprechende versteht die Gegner nicht ganz. Sie kommen ihm wie «die alte Fasnacht» vor. Jemand schlägt etwas vor, bemüht sich jahrelang darum, und danach kann man davon ausgehen, dass sie den Zuschlag erhalten, und dann kommen andere Leute und sagen: «Ja, dort besteht die Möglichkeit, etwas zu machen, und wir möchten auch gefragt werden.» Das heisst, die Vorarbeit überlässt man anderen, und nun ist man der Meinung, dass man alle fragen soll. Das findet der Sprechende nicht ganz sauber. Man muss auch bedenken, dass sich die Privaten seit gefühlten zehn Jahren mit diesem Thema befassten. Wenn die Stadt nun einfach sagt: «Danke für die Idee, wir fragen nun aber alle», dann wird das auch in Zukunft für die Privaten wohl etwas ungemütlich, weil sie davon ausgehen müssen, dass immer jemand etwas dagegen haben wird. Das ist für die Mitte-Fraktion sehr bedauerlich. Das ist der erste Knackpunkt. Der zweite Knackpunkt sind diese 1 Mio. Franken, die anscheinend als Sicherheit hinterlegt werden sollen. In der Kommission wurde der Sprechende eines Besseren belehrt. Für die Mitte-Fraktion hat sich dies geklärt und es ist klar, dass dieser Bericht und Antrag angenommen werden soll. Sie wird daher für die Initiative und für den Bericht und Antrag stimmen.

Der Sprechende macht noch eine Randbemerkung: Die Idee entstand im Jahr 2012. In der Kommission hiess es, dass aus politischen Gründen sicher nicht vor dem Jahr 2024 etwas passieren wird. Der Sprechende stellt einfach fest, dass es in Luzern, oder auch allgemein, schon sehr lange dauert, bis etwas zustande kommt, und ob es dann effektiv gut wird, ist auch unklar. Auf jeden Fall wird die Mitte-Fraktion auf den Bericht und Antrag eintreten und ihm zustimmen.

Stefan Sägesser: Die Initiative ist auch für die GLP-Fraktion selbstverständlich gültig. Die Fraktion bedankt sich bei der Einfachen Gesellschaft Bucher/Bühler für die Idee und für das jahrzehntelange Engagement. Zu Peter Gmür bemerkt der Sprechende, dass die Initianten länger als seit dem Jahr 2012 an dieser Idee arbeiten. Im Jahr 2012 erhielten sie vom damaligen Stadtrat, unter dem Vorbehalt, dass die Trafostation verschoben werden müsste, eine Zusage.

Die GLP-Fraktion unterstützt die Idee. Der Initiativtext besagt, dass das Servicegebäude und die Lindenbäume erhalten werden sollen. Die Erläuterungen definieren sehr präzise, präziser als manche anderen Initiativen oder Referendumsvorschläge, was dort passieren soll. Es gibt keinen Zweifel, dass dort ein Café entstehen soll. Das nun alles neu aufzurollen und zu behaupten, es sei nicht rechtsstaatlich, findet der Sprechende sehr schlimm. Da kann man erläutern, was man will, diese Leute glauben es doch nicht. Sonja Döbeli Stirnemann führte zu Beginn der Sitzung aus, was Demokratie bedeutet. Der Sprechende teilt die Meinung, dass Demokratie eine tolle Sache ist. Manchmal dauern die Prozesse einfach ein bisschen länger. Bei Diskussionen muss man auch auf Argumente hören und sie, wenn sie gut erläutert wurden, nicht noch weiter bezweifeln. Am Schluss des demokratischen Prozesses wird man es sehen, denn es wird eine Abstimmung geben.

Für die GLP-Fraktion ist ganz klar, dass der damalige Stadtrat zu den Ideen der Einfachen Gesellschaft Bucher/Bühler Ja sagte und gewisse Zusagen abgab. Es war nicht der Stadtrat, der den Auftrag erteilte, das alte Servicegebäude mit Hilfe eines Ideenwettbewerbs einer neuen Nutzung zuzuführen. Die Argumentation wird nun praktisch umgekehrt, was der Sprechende nicht nachvollziehen kann. Die GLP-Fraktion findet die Initiative auf jeden Fall gut und ist auch mit dem Bericht und Antrag zufrieden. Sie hat aber

auch Mühe damit, dass der Stadtrat eine Sicherheit für die Investition geben möchte, auch wenn sie anerkennt, dass die Einfache Gesellschaft Bucher/Bühler nicht nur ein sehr grosses Engagement zeigte, sondern auch versucht hat, die vom Stadtrat damals gemachten Auflagen zu erfüllen. Sie hat Verhandlungen geführt, sie hat nicht aufgegeben, und zur Beschleunigung wurde schlussendlich die Initiative eingereicht. Es fanden sich genügend Leute, die die Initiative unterstützten, was zum vorliegenden Bericht und Antrag führte. Die GLP-Fraktion unterstützt die Umsetzung der Initiative, weil es eine super Idee ist. Trotzdem versteht sie den Einwand, dass es dort kein attraktiver Ort ist, einen Kaffee zu trinken. Sie wird dem Bericht und Antrag zustimmen und zum Investitionsschutz zähneknirschend Ja sagen, weil man aktuell nicht genau weiss, ob das Gebäude wirklich stehen bleiben kann. Was die Verkehrsführung auf dem Bundesplatz, einem Kernverkehrsknotenpunkt in der Stadt Luzern, betrifft, ist noch vieles unklar. Die GLP-Fraktion wird dem Bericht und Antrag zustimmen und hält daran fest, dass es keine Ausschreibung geben soll, weil hier Treu und Glauben höher zu gewichten sind als die seit 2016 geltende Rechtsprechung. Falls die künftige Nutzung dieses Gebäudes tatsächlich ausgeschrieben werden sollte, würde die GLP-Fraktion den Bericht und Antrag ablehnen.

Lukas Bäurle befindet sich in einer schwierigen Situation, weil er eine nicht ganz geschlossene Fraktion vertreten darf. Er dankt für den gut geschriebenen Bericht und Antrag. Die G/JG-Fraktion findet die Idee der Aufwertung dieser Nische sehr sympathisch, und das aus vielen Gründen: Ökologie und Belebung – es ist eine Win-win-Situation. Der Sprechende richtet seinen Dank natürlich auch an die Initiantinnen und Initianten für ihr langjähriges Engagement. Für Diskussionsstoff sorgte das Detail der geplanten Abgabe ohne Ausschreibung. Eine Mehrheit der Fraktion ist dafür, dass es eine öffentliche Ausschreibung braucht, und daher folgt später noch eine Protokollbemerkung. Ein Teil der Fraktion vertritt aber auch die Haltung, es sei Haarspalterei. Die Initiative von Privaten dürfe höher honoriert werden als eine zu genaue Auslegung der Rechtsstaatlichkeit. Die Fraktion wird die Initiative unter diesem Vorbehalt zur Annahme empfehlen.

Patrick Zibung: Die Initiative ist auch aus Sicht der SVP-Fraktion mit den 1'200 Unterschriften gültig. Sie ist sicher gut gemeint und wirkt auf den ersten Blick sehr sympathisch, was übrigens auch für die Initianten gilt, bei denen man das Herzblut für das Projekt spürt. Und darum würde die Initiative wohl auch gute Chancen bei einer Abstimmung haben. Wenn man aber etwas genauer hinschaut, zeigen sich doch entscheidende Stolpersteine. So rechnen die Initianten mit einem Umsatz von Fr. 800'000.– pro Jahr. Für die SVP-Fraktion ist diese Zahl nicht nachvollziehbar genug, wenn man beachtet, dass man an diesem Ort an einem Verkehrsknotenpunkt sitzt, welcher definitiv nicht attraktiv genug ist, damit man länger dort sitzen bleibt und dadurch mehr konsumiert. Die Fraktion hat daher gewisse Zweifel, ob dieser Umsatz erreicht werden kann. Der Umsatz ist aber sehr entscheidend, weil die Stadt Luzern am Schluss quasi eine Defizitgarantie von bis zu 1 Mio. Franken gewähren soll. Dieser Betrag ist zwar pro Jahr abnehmend, aber in Anbetracht dessen, dass der Bundesplatz wahrscheinlich in absehbarer Zeit umgebaut wird – und das liegt wohl im Interesse aller, da der Bundesplatz kein attraktiver Ort und für viele Verkehrsteilnehmer eine grosse Herausforderung ist –, ist es höchst ungewiss, ob und wie viel die Stadt Luzern dann effektiv übernehmen müsste.

Im Bericht und Antrag wird argumentiert, dass das Gebäude erhaltenswert sei. Das mag aus architektonischen Gesichtspunkten für Fachleute sicherlich so sein. Für den allgemeinen Bürger, zu denen der Sprechende sich selber auch zählt, bietet dieses Gebäude aber definitiv zu wenig Mehrwert oder es ist zu wenig anschaulich, als dass man besonders zu ihm schauen müsste.

Auch den ökologischen Mehrwert der Initiative sieht der Sprechende zu wenig. Es handelt sich um eine Handvoll Bäume, die sicher schön, aber doch nicht besonders erhaltenswert sind, wenn man andere Interessen an diesem Ort verfolgt. Weiter muss man sehen, um was es sich schlussendlich handelt: Es ist einfach ein Gastronomielokal und damit ein unternehmerisches Engagement, bei dem die SVP-Fraktion der Meinung ist, dass die, die das initiieren oder am Schluss umsetzen, auch das unternehmerische Risiko tragen sollen. Wenn man am Anfang schon sieht, dass das über die Zeit nicht rentieren wird, oder dass man nicht genug Zeit haben wird, um diese Investitionen zu amortisieren, dann ist die Fraktion der Meinung, dass man von diesem Projekt absehen sollte.

Die SVP-Fraktion stört sich zudem daran, dass es keine öffentliche Ausschreibung geben soll, und wird daher die angekündigte Protokollbemerkung sehr wahrscheinlich unterstützen. Trotz anfänglicher Sympathien wird die SVP-Fraktion die Initiative ablehnen.

Andreas Moser ist etwas überrascht vom Votum des SVP-Sprechers. Die FDP-Fraktion ist genau gleich wie die Mitte- und die GLP-Fraktion überzeugt von dieser Idee der Aufwertung am Bundesplatz und sieht die Chance. Es braucht Mut, man muss auf die Idee kommen, aber wenn man gerne an urbanen Orten einen Kaffee trinkt, kann man sich das Café, wie es geschildert wird, mit etwas Fantasie gut vorstellen. Auch der Quartierverein unterstützt das Projekt. Es sind also nicht nur wenige Fans, die mit einer Hartnäckigkeit, die zu bewundern ist, über Jahre diese Idee verfolgen, sondern auch das Quartier steht dahinter. Zu den Bedenken, ob ein Café an diesem Ort mehr oder weniger sinnvoll ist: An vielen Orten in der Stadt gibt es eine extremere Dichte gewisser Nutzungen und manchmal ist genau das der Erfolg der einzelnen Nutzung.

Ein wichtiger Punkt für die FDP-Fraktion ist auch die private Initiative. Treu und Glauben, dass jemand, der sich engagiert, auf die Zusage einer Exekutive zählen kann, ist wichtig. Das hat mit Vertrauen und Glaubwürdigkeit zu tun. Alle Ratsmitglieder, die schon länger dabei sind, wissen, dass praktisch alles, was in dieser Stadt ein bisschen speziell oder einzigartig ist, letztlich auf private Initiativen zurückzuführen ist. Daher schützt die FDP-Fraktion das, damit auch weiterhin Leute diesen Weg gehen. Es ist wichtig, die Leute zu unterstützen, die das Gemeinwesen aus eigener Initiative, ohne immer einen Gegenwert zu verlangen, voranbringen wollen. Diese Leute müssen sich darauf verlassen können, dass, wenn sie so eine Arbeit auf sich nehmen, sie dann auch die nötige Unterstützung erhalten. Wenn man wie Raphaela Meyenberg juristisch spitzfindige und immer mehr technische Hürden aufbaut, wird irgendwann in dieser Stadt nichts mehr realisiert. Es gibt jetzt bereits genug Hürden und niemand wird so weiter Herzblut einsetzen und Engagement zeigen.

Für die FDP-Fraktion ist die Ausschreibung ein No-Go und sie hält es gleich wie die GLP-Fraktion und würde so den Bericht und Antrag ablehnen. Denn was bedeutet eine solche Ausschreibung? Eine Ausschreibung bedeutet, dass die Initiantinnen und Initianten vermutlich eine Entschädigung für ihre Ausgaben verlangen würden. Eine Ausschreibung kostet per se etwas, und das führt schlussendlich zu einer Summe, die in keinem Verhältnis zum Realisierten steht.

Zu diesen 1 Mio. Franken, die im Raum stehen: Wenn man sie etwas zerlegt, ist klar, dass das Risiko relativ klein ist. Erstens glaubt der Sprechende nicht wie Patrick Zibung daran, dass, wenn es eine neue Verkehrslösung am Bundesplatz gibt, diese den Ort, über den diskutiert wird, nicht respektieren wird, und er glaubt auch nicht daran, dass es eine Mehrheit geben wird, die dafür wäre, diesen Ort komplett umzugestalten. Zweitens braucht es so oder so einmal eine Sanierung dieses Gebäudes, weil es als schützenswert erachtet wird, und der Trafo muss daher vielleicht auch einmal verlegt werden. Jetzt kombiniert man etwas, was irgendwann aufgrund der Unterhaltungspflicht sowieso folgen wird, mit einer Nutzung, die einen Mehrwert bringt. Was daran schlecht sein soll, oder warum das neu aufgerollt werden sollte, ist für den Sprechenden nicht nachvollziehbar.

Zum Votum von Patrick Zibung: Die Initiantinnen und Initianten nehmen das Geld in die Hand – daher kann es Patrick Zibung und auch dem Sprechenden egal sein, ob das Café rentieren wird. Da die Initianten einige Gastronomiebetriebe in der Stadt Luzern besitzen, geht der Sprechende davon aus, dass sie das richtig beurteilen können.

Die FDP-Fraktion unterstützt die Initiative und den Bericht und Antrag – ausser eben, wenn die Protokollbemerkung, dass öffentlich ausgeschrieben werden soll, angenommen wird, dann wird die Fraktion den Bericht und Antrag ablehnen.

Ratspräsident Christian Hochstrasser: Den Bericht und Antrag kann man nicht ablehnen. Man kann nur am Schluss beim Antrag unter Ziffer II die Initiative zur Annahme oder zur Ablehnung empfehlen. Sonst gibt es beim Antrag keinen anderen Beschluss.

Silvio Bonzanigo schliesst sich weitgehend den Ausführungen von Raphaela Meyenberg an. Was hier vorliegt, ist eine Verbalisierung einer Zwängerei einer privaten Interessengemeinschaft, die an einem öffentlichen Ort ein persönlich interessierendes Projekt verwirklichen möchte. Der Ort ist verkehrslastig und

daher aus gesundheitlichen Gründen für die Aussenkonsumation wirklich denkbar ungeeignet. Der Vertrauensschutz, welcher mehrfach angesprochen wurde, und auch das Herzblut, welches eimerweise vergossen wurde, sind schon anzuerkennen. Es gibt auch andere Initiativen Privater, wie die Projekte «Metro» oder «Parking Musegg». Auch bei diesen wurde viel private Initiative ergriffen, aber ihnen wurde seitens des Stadtrates, aber auch seitens des Grossen Stadtrates nicht so viel Würdigung entgegengebracht, wie es nun hier aus einigen Voten zu hören ist. Weiter fehlt die Konsequenz des Stadtrates, wenn er ausdrücklich sagt, dass für die öffentliche Hand durch die Realisierung des Projekts keine Kosten anfallen dürfen. Nun wird das etwas verschleiert und dann fallen doch Kosten an. Dies bedeutet, dass der Grosse Stadtrat einem Projekt zustimmen würde, bei dem bekannt ist, dass der Grundsatz, welcher dieses Projekt leitete, verletzt wird.

Andreas Moser sagte viel darüber, was er glaubt und nicht glaubt, wenn der Umbau des Bundesplatzes umgesetzt wird. Der Sprechende glaubt einfach an eine gewisse Zeitachse und die heisst: Im Jahr 2026 könnte mit diesem Strassenbauprojekt begonnen werden. Wenn man im Jahr 2024 allenfalls mit der Realisierung des vorliegenden Projekts starten könnte, ergäbe das eine Nutzungsdauer von möglicherweise minimal zwei Jahren. Das ist nicht eine Grössenordnung, über die hier bestimmt werden sollte. Der Sprechende schliesst sich daher einer Rückweisung an und lehnt die Initiative ab.

Gianluca Pardini ist verwundert über die Voten, die er hörte, wie salopp hier im Parlament über die Vergabe von öffentlichen Grundstücken diskutiert wird. Es wurde gesagt, dass es eine Rechtsprechung gibt, die klar vorsieht, dass man öffentliche Liegenschaften ausschreiben muss. Abgesehen davon, ob es Juristerei ist oder nicht, geht es auch darum, dass die Initiative und das, was der Stadtrat ausarbeitete, gar nicht übereinstimmen. Die SP-Fraktion würdigt die Initiative, wie es aus dem Votum von Raphaela Meyenberg zu hören war. Aber die Initiative entspricht nicht der Umsetzung, wie sie vom Stadtrat vorgeschlagen wird. Der Initiativtext ist relativ klar und alle haben ihn gelesen. Nirgends steht geschrieben, dass eine Konzession an die Initianten vorgesehen ist und dass diese vergeben werden soll, und es steht nirgends, dass der Stadtrat den Gastronomiebetrieb dort realisieren soll, bzw. dieser durch die Initiantinnen und Initianten realisiert werden soll.

Das Thema wurde bereits im Jahr 2018 bei der Interpellation 158 angesprochen. Damals hat der Stadtrat ganz klar versichert, dass er Vorgehen und Kriterien für die Ausschreibung und Vergabe von Gastronomienutzungen auf öffentlichem Grund definierte und auch künftig anwenden möchte. Und nun plötzlich, aus unbekannten Gründen, weicht der Stadtrat von diesem Vorgehen ab. Auch wenn es um ein Projekt geht, welches länger zurückliegt, stellt sich die Frage, ob eine schriftliche Abmachung oder eine Absichtserklärung existiert, welche der Stadtrat damals offenbar traf – sei das im Jahr 2012 oder früher. Dem Sprechenden ist keine bekannt und er ist erstaunt vom Richtungswechsel des Stadtrates, nachdem er bei der vom Parlament behandelten Interpellation eine ganz andere Aussage machte. In andern Fällen verunmöglichte der Stadtrat in der Vergangenheit private Initiativen, obwohl es Vorverträge gab, bei denen man öffentliche Liegenschaften umnutzen wollte.

Mit der Überweisung des vorliegenden Berichts und Antrags wird ein Präjudiz für die Vergabe von öffentlichem Grund geschaffen. Was bedeutet das für die Vergabe von weiteren Liegenschaften im Verwaltungsvermögen oder auf öffentlichem Grund, wenn sich der Stadtrat einfach über die Vergabepflicht hinwegsetzen kann?

Was möchte die SP-Fraktion mit dem Rückweisungsantrag? Sie möchte nicht die Initiative verunmöglichen, denn sie steht hinter dieser Initiative. Es ist eine tolle Idee, dass dieses Traföhäuschen umgenutzt wird. Mit der Rückweisung zur Überarbeitung soll das Geschäft so getrennt werden, dass hier im Parlament über die Initiative gesprochen werden kann, und über die Nutzung des Traföhäuschens, wie es die Initiative auch vorsieht, kann, nachdem darüber abgestimmt wurde, der Stadtrat einen Plan aufsetzen, wie man das Häuschen künftig nutzen möchte. Das geht nur mit einer Rückweisung zur Überarbeitung, weil man sonst die Initiative ablehnen müsste, und das möchte hier im Parlament ja offensichtlich niemand.

Das Geschäft wirft sehr viele Fragen auf, daher reichte die SP-Fraktion auch die Interpellation 189 ein und der Sprechende versteht nicht, warum man hier nicht wie üblich die Interpellation mitveröffentlichte, damit man wenigstens eine Grundlage gehabt hätte, die Initiative würdig zu diskutieren.

Raphaela Meyenberg dankt Gianluca Pardini, Silvio Bonzanigo und Patrick Zibung für ihre Voten und es freut sie sehr, dass doch auch ein paar andere diesen Bericht und Antrag kritisch lasen und das geplante Vorgehen des Stadtrates infrage stellen. Die Sprechende verweist aber auch auf das, was Ratspräsident Christian Hochstrasser sagte. Wenn man dem Bericht und Antrag kritisch gegenübersteht, dann soll man den Rückweisungsantrag unterstützen, denn eine Ablehnung der Initiative ist nicht das richtige Vorgehen.

Ratspräsident Christian Hochstrasser stellt klar, dass er das so nicht sagte, lässt es aber so stehen.

Stefan Sägesser findet die Rechtsbelehrung von Gianluca Pardini bis zu einem gewissen Grad total verständlich. Die Vergabepraktik gibt es seit dem Jahr 2016. Die Grundanliegen dieser Initiative wurden sehr viel früher deponiert und viel früher erhielt die Einfache Gesellschaft Bucher/Bühler auch die Zusage des damaligen Stadtrates. Ob man das gut findet oder nicht, sei dahingestellt. Aufgrund dieser Zusage haben sie weitergearbeitet und zusammen mit dem Quartierverein auch die Bevölkerung hinter sich gehabt, die sagte, dass sie das möchte und das eine gute Idee findet. Der einzige Hinderungsgrund damals war die Verlegung der Trafostation. Aber im Prinzip war das gegeben. Aus dem heraus entstand die Initiative. Wenn damals die Idee des Stadtrates war, diesen Ort einer anderen Nutzung zuzuführen und die Leute zu fragen, was man alles damit machen könnte, dann wäre das eine ganz andere Geschichte. Dann wäre die GLP-Fraktion dafür, dass das ausgeschrieben und ein Ideenwettbewerb laciert werden müsste. Aber die Ausgangslage ist hier eine ganz andere. Natürlich ist der Initiativtext sehr kurz und spricht nur von «Bäumen, Park und Gebäude». Aber die Erläuterungen, was man dort machen soll, sind extrem präzise. Und das nun voneinander zu trennen, geht überhaupt nicht. Wenn dieses Vorgehen wirklich getrennt werden sollte, lehnt die GLP-Fraktion die Initiative ab, weil sie dann nicht mehr dem entspricht, was die Initiantinnen und Initianten wollten – nachzulesen in den Erläuterungen.

Gianluca Pardini wollte keine Rechtsbelehrung machen, sondern sagte, wie man im Parlament nicht mit der Vergabe von öffentlichen Grundstücken umgehen darf.

Im Initiativtext steht: «Die Stadt Luzern trifft die erforderlichen Massnahmen, um das Areal mit dem Servicegebäude und den Linden am Bundesplatz einer öffentlichen und langfristig gesicherten Nutzung zuzuführen. Dies erfolgt unter Anwendung denkmalpflegerischer sowie planungs- und zivilrechtlicher Mittel.» Es steht nichts von einem Gastronomiebetrieb. Wie gesagt, die Lösung, damit die Initiative nicht abgelehnt werden muss, weil es eine tolle Idee ist, dass man aus dem Trafohäuschen etwas macht, ist, dass der Stadtrat noch einmal prüft, ob er die Nutzung dort so sieht und ob es stadtplanerisch aktuell Sinn macht. Mit dem Bericht und Antrag «Attraktive Innenstadt» kam vom Stadtrat der Vorschlag, wie der Park unter den Linden genauso genutzt werden könnte. Dies sogar mit einer Umgestaltung des ganzen Perimeters darum. Es wäre nun die Lösung, das Geschäft zur Überarbeitung zurückzuweisen, damit man über die Initiative, die sicher gute Chancen im Parlament hätte, später diskutieren könnte. Der Stadtrat soll sich noch einmal Gedanken darüber machen, wie er das Areal in Zukunft sieht, und ob dort wirklich ein Gastronomiebetrieb entstehen soll. Vielleicht sind es später wieder dieselben Initiantinnen und Initianten, die die Idee als Entwurf und Skizze bringen und die den Zuschlag erhalten. Aber schlussendlich geht es darum, dass man nicht ein Begehren der Bevölkerung ablehnen muss, nur weil der Stadtrat seinen Job nicht zu Ende führte.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula findet es eine sehr spannende Diskussion, bei der grundsätzlich in der Sache viel Einigkeit herrscht, aber über den Weg sehr unterschiedliche Meinungen geäussert wurden. Die Bemerkung, dass der Stadtrat seinen Job nicht richtig machte, findet der Sprechende etwas stossend – vielleicht machte der Stadtrat seinen Job sogar besser, als er ihn hätte machen müssen.

Der Stadtrat opponiert dem Rückweisungsantrag der SP-Fraktion. Die Initiative wurde in Form einer Anregung eingereicht. Der Bericht und Antrag nimmt dieses Anliegen auf und unterstützt den Inhalt. Der Stadtrat möchte das Servicegebäude erhalten, langfristig einer öffentlichen Nutzung zuführen und die Bäume ringsherum erhalten. Gerade am Schluss wurde noch gesagt, dass man im Sinne der Stadtraumstrategie auch anders umgestalten könnte. Aber rundherum handelt es sich um Kantonsgelände. Der Stadtrat überlegte sich daher genau, ob die Initiative überhaupt für gültig erklärt werden kann, weil man

sich hier ziemlich nah am Zuständigkeitsbereich des Kantons befindet. Daher wurde auch ein ganz konkreter Umsetzungsplan formuliert. Man kann froh sein, wenn bei einer Umgestaltung, die der Kanton zurzeit erarbeitet, die Bäume und das Servicegebäude erhalten bleiben. Der Stadtrat geht aber davon aus, dass, wenn die Stadtbevölkerung sagt, dass sie das so beibehalten möchte, der Kanton entsprechend Rücksicht nimmt.

Die Initiative wurde wie gesagt in der Form einer Anregung eingereicht, und der Stadtrat prüfte verschiedene Ansätze, um sie zu erfüllen. Die Stadt Luzern soll die erforderlichen Massnahmen treffen, um das Areal mit dem Servicegebäude und den Lindenbäumen einer öffentlichen und langfristigen Nutzung zuzuführen. Dies soll unter Anwendung denkmalpflegerischer sowie planungs- und zivilrechtlicher Mittel erfolgen. Der Stadtrat prüfte, was es für Mittel gibt. In den Kapiteln 3.3 und 3.4 wurde ausgeführt, ob es Möglichkeiten über den Denkmalschutz oder Möglichkeiten über planungsrechtliche Mittel gibt. Beides ist theoretisch denkbar, aber der Stadtrat möchte nicht diesen Weg beschreiten, was er auch begründete. Es würde auch viel länger dauern. Daher machte der Stadtrat einen konkreten Umsetzungsplan. Seit zehn Jahren diskutieren die Stadt, der Kanton, die privaten Initiantinnen und Initianten, die Stadtplanung und die Abteilung Mobilität miteinander, fanden aber keinen Ansatz zu einer Lösung. Das führte den Stadtrat dazu, von seinen Darlegungen abzuweichen, die er damals dem Parlament gegenüber machte, nämlich hier kein Geld einzusetzen, um der Idee zum Durchbruch zu verhelfen. Die Stadt möchte einen Investitionsschutz garantieren, weil es nicht sicher ist, ob der Kanton nicht doch irgendwann den gesamten Platz so umbaut, dass das Servicegebäude und die Lindenbäume weichen müssen. Eine andere Lösung sieht der Stadtrat nicht. Aus diesem Grund hat er seine Aufgabe sehr wohl zu Ende geführt, indem er einen konkreten Umsetzungsvorschlag machte. Er hätte auch einfach die Initiative zur Annahme empfehlen und dann abwarten können, was passiert. Aber der Stadtrat möchte vorwärts machen. Er möchte, dass auf diesem Platz etwas passiert. Es gibt auch ein Postulat, welches verlangt, dass dieser Raum belebt werden soll. Nur mit diesem konkreten Umsetzungsvorschlag konnte überhaupt eine Vorlage erstellt werden, die als gültig entgegengenommen werden kann. Ganz im Sinne von «in dubio pro populo».

Zum happigen Vorwurf «wichtige planerische und rechtsstaatliche Prinzipien wurden nicht berücksichtigt»: Rechtsstaatlich wurde alles offengelegt. Hier im Bericht und Antrag ist klar offengelegt, wie der Stadtrat zu diesem Schluss kommt. Es wird behauptet, dass kein Mitbericht der Stadtplanung vorliege – das ist aber nicht korrekt. Natürlich arbeitet man mit der Stadtplanung zusammen. Zu Beginn wurde überlegt, welche Direktion das Geschäft übernehmen soll, weil es nicht so eindeutig ist. Die Umwelt- und Mobilitätsdirektion hat das Projekt dann übernommen und eng mit der Stadtplanung zusammengearbeitet. Weiter kam noch die Frage zu den Versprechungen bzw. Treu und Glauben versus Ausschreibungspraxis auf. Selbstverständlich ist das kein Präjudiz für einen zukünftigen Umgang im Bereich Vergabe von öffentlichem Raum, wie es Gianluca Pardini behauptete. Der Stadtrat hält an seiner Praxis fest, die seit 2016 gefestigt wurde. Gerade die Direktion des Sprechenden hat betreffend Ausschreibungen von Maroni-Häuschen und Märkten viel Kritik eingefangen. Bei der Nutzung von öffentlichem Grund ist die Direktion sehr korrekt unterwegs. Aber hier liegt ein altes Versprechen vor, welches zweimal schriftlich und auch mündlich gemacht wurde. Das kann auch belegt werden. Darum ist der Stadtrat der Meinung, dass, weil die erste schriftliche Zusage aus dem Jahr 2012 weiter zurückliegt, Treu und Glauben höher bewertet werden müssen.

Aber das ist überhaupt kein Präjudiz. Wenn man heute mit diesem Projekt starten würde, würde man sicher ausschreiben. Insofern ist diese Kritik aus Sicht des Stadtrates nicht gerechtfertigt und es gibt auch keine anderen Absichten seitens des Stadtrates. Der Stadtrat legt in einem kurzen, prägnanten, gut geschriebenen Bericht und Antrag dar, was er möchte: Er möchte das Servicegebäude erhalten, dort eine langfristige Nutzung ermöglichen und die Lindenbäume erhalten. Wenn Patrick Zibung meint, dass die Bäume nicht so wichtig seien, muss der Sprechende widersprechen. Sie sind extrem schön und gross und ein ganz wichtiger Beitrag auf einem Platz, wo es schon sehr viel Asphalt hat. Die Bäume sind also sehr wertvoll, sie können nicht einfach ersetzt werden. Wenn sie gefällt werden müssten, wäre das ein grosser Verlust. Die Bäume sind vital und können der Bevölkerung noch jahrzehntelang Freude bereiten. Falsch ist auch die Aussage, dass der Stadtrat Geld in die Hand nimmt, um irgendwelche betrieblichen Risiken zu decken. Das ist nicht so. Es geht einzig um den Investitionsschutz. Das betriebliche Risiko übernehmen die Unternehmer. Ob sie richtig kalkulieren, ist nicht das Problem der Stadt. Dass es sich bei diesem Projekt nicht um eine Goldgrube handelt, ist auch klar. Dass es unternehmerisch mit viel Risiko verbunden ist, dort ein Café zu führen, ist ebenfalls klar. Eigentlich kann man froh sein, wenn jemand

gut 1 Mio. Franken in die Hand nimmt, um das überhaupt möglich zu machen. Was würde man bei einer Ausschreibung machen? Es gibt nicht so viele Leute, die 1 Mio. Franken investieren können.

Zum Thema Interpellation: Die erwähnte Interpellation wurde nicht dringlich eingereicht. Selbstverständlich hätte man die Fragen in der Kommission stellen können. Zum Teil wurden sie auch gestellt und die entsprechenden Antworten wurden vorbereitet. Man kann die Fragen auch jetzt stellen. Dafür ist die Kommissionsarbeit da und auch die Ratsarbeit. Der Sprechende möchte hier keine neue Praxis etablieren, mit parallel geschalteten Vorstössen. Zumal diese Interpellation wie gesagt auch nicht dringlich eingereicht wurde. Sonst hätte man die Diskussionen in den Medien bereits vor der Ratsdebatte und das macht keinen Sinn. Der Sprechende bittet die Mitglieder des Grossen Stadtrates vorwärtzumachen, auf die Vorlage einzutreten, und die Initiative zur Annahme zu empfehlen, damit man danach möglichst schnell zu einer guten Lösung an diesem Ort kommt.

Silvio Bonzanigo erlaubt sich eine kurze Bemerkung zu den Ausführungen von Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula. Er sagte, dem Parlament gegenüber wurde gesagt, dass keine Kosten für die Stadt entstehen. Da fragt sich der Sprechende: Wo ist denn der Vertrauensschutz gegenüber dem Parlament? Es wurde viel über Vertrauensschutz gegenüber Investoren gesprochen. Aber das Parlament muss auch einen Vertrauensschutz geniessen können. Und wenn der Stadtrat sagt, dass keine Kosten entstehen, dann entstehen keine Kosten. Das ist der Wortlaut. Nun ist es aber nicht so. Es kann auf keine Art und Weise ausgeschlossen werden, dass keine Kosten entstehen, und daher hält der Sprechende weiterhin an der Rückweisung fest.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Es ist richtig, dass der Stadtrat in einer Antwort auf eine Interpellation sagte, die Stadt sei nicht bereit, Geld in die Hand zu nehmen. Der Stadtrat kann auch klüger werden, wie auch das Parlament klüger werden kann, oder einen anderen Entscheid treffen kann und diesen transparent darlegt. Die Stadt nimmt höchstens Geld in die Hand, um den Investitionsschutz zu sichern, falls der Kanton sagt, er baue den Bundesplatz anders um, sodass das Servicegebäude und die Lindenbäume weichen müssen. Nur in diesem Fall nimmt die Stadt Geld in die Hand. Es wurde so auch klar formuliert und vermerkt, dass der Stadtrat hier eine Meinungsänderung vorgenommen hat.

Der Rückweisungsantrag der SP-Fraktion wird abgelehnt. Der Grosse Stadtrat tritt auf den B+A 18/2022 vom 29. Juni 2022: «Initiative «Für den Erhalt des Servicegebäudes und der Lindenbäume am Bundesplatz»» ein.

DETAIL

S. 9 3 Haltung zur Initiative

Raphaela Meyenberg stellt die **Protokollbemerkung:**

Der Stadtrat wird bei der Stadtplanung eine Stellungnahme betreffend langfristige Nutzung des Servicegebäudes einholen.
--

Wie von Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula ausgeführt, wurde zwar ein Mitbericht eingeholt, aber die Sprechende konnte ihn bisher nicht einsehen und sie geht davon aus, dass bei diesem Mitbericht einzig die Nutzung eines Cafés geprüft wurde. Die Sprechende sagte aber bereits zu Beginn, dass sie nicht davon überzeugt ist, dass ein Café die beste Lösung ist. Gianluca Pardini sagte auch schon, dass es in diesem Perimeter noch andere Projekte gäbe, die Sinn machen könnten. Gerade in dieser Umgebung gibt es bereits einige andere Cafés, und ob es noch eine Beiz mehr braucht, kann infrage gestellt werden. Es ist auch sehr teuer, die Trafostation in den Untergrund zu verlegen, was aber gemacht werden müsste, damit ein Café überhaupt rentieren könnte. Vielleicht besteht auch die Möglichkeit für irgendein Gärtner-/Gärtnerinnenhäuschen, eine Velostation oder eine Velowerkstatt. Die Sprechende fände es toll, wenn die Stadtplanung breiter evaluieren und nicht nur betreffend Café eine Stellungnahme abgeben würde.

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Diese Protokollbemerkung wurde in der Baukommission nicht behandelt.

Der Grosse Stadtrat lehnt die Protokollbemerkung

Der Stadtrat wird bei der Stadtplanung eine Stellungnahme betreffend langfristige Nutzung des Servicegebäudes einholen.

ab.

Lukas Bäumle stellt die **Protokollbemerkung**:

Die Abgabe des Gebäudes zur langfristigen Nutzung soll öffentlich ausgeschrieben werden.

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Protokollbemerkung wurde in der Baukommission diskutiert und wurde mit 5 : 6 : 0 Stimmen abgelehnt.

Raphaella Meyenberg stellt im Namen der SP-Fraktion ebenfalls zur öffentlichen Ausschreibung eine **Protokollbemerkung**:

Der Stadtrat wird für die Abgabe des Servicegebäudes zur langfristigen Nutzung einen Ideenwettbewerb durchführen.

Der Unterschied zur Protokollbemerkung von Lukas Bäumle ist der, dass die SP-Fraktion breiter ausschreiben möchte. Es geht nicht nur um eine Konzessionsvergabe zum Betrieb eines Cafés, sondern es soll ein Ideenwettbewerb ausgeschrieben werden, bei dem auch andere Projektideen berücksichtigt werden können.

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Diese Protokollbemerkung wurde in der Baukommission nicht behandelt.

Ratspräsident Christian Hochstrasser wird die beiden Protokollbemerkungen in der Abstimmung einander gegenüberstellen.

Stefan Sägesser: Die GLP-Fraktion lehnt beide Protokollbemerkungen ab. Die eine betreffend öffentliche Ausschreibung wurde bereits beim Eintreten diskutiert, und da ist die Fraktion nicht dafür. Dies aufgrund der Entwicklung des ganzen Areals, bzw. der Idee, wie sie zustande kam, bis hin zur Initiative. Die Initiative kam auch zustande, weil es nicht wirklich vorwärts ging mit den ganzen Ideen. Sie wurde in der Zusammenarbeit mit dem ganzen Quartierverein und der Bevölkerung erarbeitet. Die zweite Protokollbemerkung lehnt die GLP-Fraktion aus denselben Gründen ab. Da geht es um eine Diskussion, die man führen kann, wenn die Stadt sagt, dass ein Areal zur Verfügung steht, welches bespielt werden könnte, und die Stadt nicht weiss, was die beste Nutzung dafür wäre. Das ist hier aber nicht der richtige Ort dafür. Daher lehnt die GLP-Fraktion die Protokollbemerkung ab.

Andreas Moser: Auch die FDP-Fraktion lehnt beide Protokollbemerkungen ab. Mehr Ausführung braucht es nicht. Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula zählte die wichtigsten Punkte zu diesem Thema bereits auf.

Peter Gmür: Auch die Mitte-Fraktion lehnt beide Protokollbemerkungen ab. Es ist schade, wenn gewisse Ratsmitglieder dieses Projekt verhindern möchten. Das ist sehr bedauerlich. Der Sprechende hofft, dass beide Protokollbemerkungen abgelehnt werden.

Patrick Zibung: Die SVP-Fraktion lehnt die Protokollbemerkung der SP-Fraktion ebenfalls ab. Einen Ideenwettbewerb erachtet die Fraktion nicht als nötig. Wenn etwas an diesem Ort erstellt werden soll, ist ein Café doch die beste Lösung. Die erste Protokollbemerkung wird die SVP-Fraktion aber unterstützen, weil es doch unter Umständen um Geld der Stadt Luzern geht, und da gehört eine Ausschreibung entsprechend mit dazu.

Silvio Bonzanigo macht eine Bemerkung zu Stefan Sägesser, welcher mehrfach betonte, dass das Quartier hinter diesem Projekt stehe. Aber wer ist das Quartier? Die Quartiervereine – der Sprechende

kennt das aus verschiedenen Vorstandsfunktionen – haben das bei der Generalversammlung traktandiert, es erscheinen 23 Leute, 21 sind für die Initiative, und dann heisst es, das Quartier sei für dieses Projekt. Das ist etwas an den Fingern herbeigezogen. Ergänzen möchte der Sprechende auch noch den Punkt, dass das Quartier bereits einen Treffpunkt hat. Es braucht keinen zusätzlichen. Der Helvetiaplatz ist ein idealer und von allen akzeptierter Quartiermittelpunkt. Dieser kann nicht durch etwas, was beim Bundesplatz entstehen soll, ergänzt werden.

Stefan Sägesser verweist auf das eingangs von alt Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann erwähnte Zitat, was Demokratie überhaupt ist. Was Silvio Bonzanigo über die Quartiervereine sagt, ist richtig. So funktionieren Quartiervereine und so funktionieren ganze Gemeindeversammlungen. Es gibt Gemeinden, die 5'000 bis 7'000 Einwohner haben und Gemeindeversammlungen abhalten, bei denen genauso wenig Leute anwesend sind, und das ist legitim. Das ist von Gesetzes wegen legitimiert, denn die Teilnahme ist freiwillig. Und hier entwickelte nicht der Vorstand des Quartiervereins dieses Projekt, sondern er unterstützte einfach die Initiative, und die Quartierbevölkerung steht dahinter. Das Vorgehen ist absolut korrekt und es waren nicht nur 21 Leute, die irgendetwas bestimmten. So viel noch zum Thema Demokratie.

Simon Roth staunt, wie die Bürgerlichen einfach sagen: Gut, hier kommt ein Café hin. Es gibt wohl kein anderes Gebiet in der Stadt Luzern, das eine ähnlich hohe Gastronomiedichte aufweist wie dieses. Wenn man eine Beizentour rund um den Bundesplatz machen würde, müsste man sich wohl zweimal den Magen auspumpen lassen. Wenn man nun hier eine Beiz baut, und wie es der Sprechende aus dem Bericht und Antrag versteht, ohne dass dort Miete bezahlt werden müsste, hat man eigentlich einen subventionierten Betrieb, welcher die privaten Betriebe in der Umgebung konkurrenziert. Dass man nun einfach sagt, dass man das jetzt so macht, ohne zu prüfen, ob es noch andere Möglichkeiten gibt, und es die Bürgerlichen einfach so hinnehmen, dass mit staatlichen Geldern die private Wirtschaft konkurrenziert wird, findet der Sprechende sehr erstaunlich. Ist das die neue Einstellung der Bürgerlichen?

Andreas Felder möchte Simon Roth erklären, warum er persönlich dafür ist, dass dort ein Café entsteht. In der Beilage zur Initiative steht: «Café für 50 bis 80 Gäste realisieren». Wenn man hier über die Initiative diskutiert – der Grosse Stadtrat ist ja darauf eingetreten –, dann kann man nicht einfach wieder einen Schritt zurückgehen und im Rahmen einer Protokollbemerkung irgendwelche Ideenvorschläge ausarbeiten. Anders gesagt möchte der Sprechende nicht in der Verwaltung arbeiten, wenn der Grosse Stadtrat die Initiative mit einer solchen Protokollbemerkung überweist.

Lukas Bäurle versteht die Argumentation von Simon Roth nicht. Hier hat man die Möglichkeit, mit einer solchen Initiative einen Ort einzunehmen, welcher bisher vom Verkehr dominiert ist, und man macht es nicht. Das grüne Herz des Sprechenden wehrt sich, wenn man das nicht möglichst schnell macht.

Simon Roth sagte mit keinem Wort, dass er nicht möchte, dass dieser Ort öffentlich genutzt wird. Er sagte einfach, man solle sich überlegen, welche Nutzung hier sinnvoll wäre. Zu den Erläuterungen der Initiative meint der Sprechende, dass man solche schon berücksichtigen muss. Aber man erinnere sich an die Reuss-Oase – auch dort wurden nicht alle Punkte, die in den Erläuterungen aufgeführt wurden, umgesetzt. Es ist also nicht so, dass man einfach alles eins zu eins so umsetzen muss.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula glaubt, dass er bereits genügend darlegte, dass der Stadtrat gerne daran festhalten möchte, nicht auszuschreiben. Ausnahmsweise – es ist also kein Präjudiz. Seit dem Jahr 2016 wird alles ausgeschrieben, was an Nutzungen auf öffentlichem Grund stattfindet – vor allem wenn es dauerhaft ist und eine Konzession braucht. Das ist auch der Grund, warum es in diesem Fall keine Baurechtszinsen gibt.

Raphaela Meyenberg sagte vorher, dass vielleicht eine andere Nutzung sinnvoller wäre, weil die Verlegung der Trafostation sehr teuer sei. Die Trafostation beansprucht zirka 56 m² der ganzen Fläche von zirka 70 m². Ohne Tieferlegung gibt es dort gar keine andere Nutzung – ausser vielleicht eine Toilette. Weiter wurden bisher für das Strasseninspektorat 6,8 m² genutzt – diese sind im Moment unbenutzt, aber mit dieser Fläche kann man nicht viel Schlaues unternehmen.

Der Spielraum ist also sehr klein. Das Gebäude ist schützenswert – sprich aussen muss es so erhalten bleiben. Mit der Verlegung der Trafostation, die teuer ist, kann man im Innern Raum gewinnen. Bis heute hat der Sprechende noch nie die Idee gehört, dass man dort ein Velogeschäft machen könnte. Das wäre dann zwar auch keine langfristige öffentliche Nutzung und somit nicht die Idee. Natürlich kann das Parlament die Ausschreibung verlangen, der Sprechende möchte aber darauf hinweisen, dass es, wenn man nun zuerst noch einen Ideenwettbewerb durchführt, eine Idee generiert und danach noch einmal eine Ausschreibung macht, ziemlich viel Zeit beansprucht. Selbstverständlich kann das das Parlament so entscheiden, aber der Stadtrat empfiehlt das definitiv nicht. Der Stadtrat möchte auf diesem Weg vorwärtsgehen und möchte an diesem Ort etwas kreieren, was heute möglich ist, und nicht in zwei Jahren vor einem Scherbenhaufen stehen, weil vielleicht die ursprünglichen Initiantinnen und Initianten ausgestiegen sind und unter Umständen keine andere schlaue Idee gefunden wurde. Wenn jemand dort etwas machen möchte, muss er oder sie viel Geld in die Hand nehmen. Ohne die Verlegung der Trafostation geht dort gar nichts. Das ist der Grund, warum der Stadtrat der Meinung ist, dass das ein guter Vorschlag ist, und beantragt, dass der Grosse Stadtrat dem folgt.

Gianluca Pardini bemerkt zur Aussage von Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula, es werde damit kein Präjudiz geschaffen, dass es sehr wohl ein Präjudiz ist, wenn nun nicht nach den Regeln der Stadt, wie sie mit öffentlichen Liegenschaften umgeht, ausgeschrieben wird. Denn wenn es kein Präjudiz wäre, bräuhete es mindestens etwas Schriftliches zu den Abmachungen, die vom damaligen Stadtrat getroffen wurden. Dass private Initiantinnen und Initianten ab und zu Geld für Investitionen oder Projekte in die Hand nehmen, sah man bereits beim Parking Musegg, und auch dort gab es eine Absichtserklärung des Stadtrates, in der es hiess, dass man mit den Initianten zusammenarbeitet. Und was ist passiert? Das Parlament kippte den Entscheid des Stadtrates. Vor genau der gleichen Situation steht man heute. Klar hat man noch keine anderen Ideen gehört. Man hat den Initiativtext, und der Stadtrat möchte offenbar einen Konzessionsvertrag damit verbinden, sodass dort ein Café entstehen soll. Es ist nicht der Wortlaut des Initiativtextes. Mit einer Rückweisung hätte man genau diese Diskussion verhindern können. Dann hätte man zuerst über die Initiative sprechen können und danach über die Nutzung.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Es ist eins zu eins im Sinne des Wortlautes des Initiativtextes, wenn man diesem Vorschlag folgt. Nämlich Sicherung der Lindenbäume und eine langfristige Nutzung. Und es gibt zwei Schriftlichkeiten aus den Jahren 2012 und 2019 – diese Frage hätte man in der Kommission stellen können, und dann hätte man diese Dokumente auch gezeigt.

In der Gegenüberstellung der Protokollbemerkung der G/JG-Fraktion

Die Abgabe des Gebäudes zur langfristigen Nutzung soll öffentlich ausgeschrieben werden.

und der Protokollbemerkung der SP-Fraktion

Der Stadtrat wird für die Abgabe des Servicegebäudes zur langfristigen Nutzung einen Ideenwettbewerb durchführen.
--

obsiegt die Protokollbemerkung der SP-Fraktion.

Der Grosse Stadtrat lehnt die Protokollbemerkung

Der Stadtrat wird für die Abgabe des Servicegebäudes zur langfristigen Nutzung einen Ideenwettbewerb durchführen.
--

ab.

S. 14 f Antrag und Beschluss

- I. Der Grosse Stadtrat erklärt die Initiative «Für den Erhalt des Servicegebäudes und der Lindenbäume am Bundesplatz» einstimmig für gültig.**
- II. Der Grosse Stadtrat empfiehlt mit 28 : 16 : 2 Stimmen den Stimmberechtigten die Initiative zur Annahme.**

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme des Berichtes und Antrages 18 vom 29. Juni 2022 betreffend

Initiative «Für den Erhalt des Servicegebäudes und der Lindenbäume am Bundesplatz»

gestützt auf den Bericht der Baukommission,

in Anwendung von § 43 des Gemeindegesetzes des Kantons Luzern vom 4. Mai 2004 sowie Art. 9 lit. b, Art. 10 Abs. 1 und Art. 12 Abs. 1 Ziff. 3 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

beschliesst:

- I. In eigener Kompetenz:
Die Initiative «Für den Erhalt des Servicegebäudes und der Lindenbäume am Bundesplatz» ist gültig.
- II. Zuhanden der Stimmberechtigten:
Die Initiative «Für den Erhalt des Servicegebäudes und der Lindenbäume am Bundesplatz» wird zur Annahme empfohlen.
- III. Der Beschluss gemäss Ziffer II unterliegt dem obligatorischen Referendum.

**3 Bericht und Antrag 20/2022 vom 6. Juli 2022:
Zukünftiges Carregime**

EINTRETEN

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Baukommission des Grossen Stadtrates hat an ihrer Sitzung vom 25. August 2022 den Bericht und Antrag 20/2022 «Zukünftiges Carregime» behandelt. Sie hat den Bericht zustimmend zur Kenntnis genommen und damit den Stadtrat in seinem geplanten Vorgehen unterstützt. Der Erhöhung der Parkgebühren für Gesellschaftswagen hat die Baukommission einstimmig zugestimmt.

Im Strategieprozess Carregime wurden partizipativ ein Zielsystem ermittelt und 59 Lösungsideen einer fachlichen Bewertung unterzogen. Basierend darauf hat der Stadtrat unter Berücksichtigung weiterer Kriterien entschieden, die Idee «Stadtpassage» weiterzuverfolgen.

Der partizipative Prozess wurde mehrheitlich als gut bewertet und die daraus abgeleiteten Entscheidungen als nachvollziehbar beurteilt. Vereinzelt wurde bemängelt, dass im Prozess insbesondere die Interessen der Tourismusbranche berücksichtigt wurden und der Einfluss der Bevölkerung gering war.

Alle Fraktionen waren sich jedoch darin einig, dass der Cartourismus in der Bevölkerung kritisch wahrgenommen wird und deshalb eine Lösung für das Problem gefunden werden muss. Während eine Mehrheit der Kommission in der Stadtpassage eine bestechende Idee sieht, steht eine Minderheit einer derartigen Infrastruktur kritisch bis ablehnend gegenüber. Kritisiert werden unter anderem die hohen Kosten, die unsichere Entwicklung im Cartourismus sowie der grosse Ressourcenaufwand für die Realisierung. Demgegenüber wurde betont, dass sich für die Bevölkerung ein sehr grosser Nutzen abzeichnet, indem die Innenstadt von vielen Carfahrten entlastet wird, der Schwanen- und der Löwenplatz von den Cars befreit werden und die Sicherheit auf den Strassen steigt. Ein Antrag auf Rückweisung zur Überarbeitung wurde mit 3 : 8 Stimmen deutlich abgelehnt.

Da es sich bei der Stadtpassage, bestehend aus einem Strassentunnel, einem Car-Parking und einem Fussgängertunnel, erst um eine Idee handelt, sind noch viele Fragen offen. Gleichzeitig besteht auch

noch viel Synergiepotenzial. In der nächsten Phase der Machbarkeitsstudie ist deshalb aus Sicht der Baukommission wichtig, dass diese Synergien erkannt und genutzt werden. Mittels Protokollbemerkung will die Baukommission erreichen, dass im Rahmen der Machbarkeitsstudie zusätzlich geprüft wird, ob ein Teil der im Parkhaus P1 unter dem Bahnhofplatz wegfallenden Parkplätze kompensiert werden kann und wie der Veloverkehr in das Projekt integriert werden kann. Mit einer weiteren Protokollbemerkung soll erreicht werden, dass die als Übergangsregime geplanten Massnahmen, welche eine Steuerung des Carverkehrs mittels Reservationssystem vorsehen, dauerhaft eingeführt werden.

In der Schlussabstimmung hat die Baukommission den Bericht «Zukünftiges Carregime» mit 8 : 3 Stimmen zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Änderung des Parkgebührenreglements wurde einstimmig beschlossen.

Die als Postulate überwiesenen Motionen 150 und 170 sowie die Postulate 6 und 191 wurden einstimmig als erledigt abgeschrieben. Die Motion 5 wurde mit 9 : 2 Stimmen als erledigt abgeschrieben.

Benjamin Gross: Die SP-Fraktion stimmt dem Stadtrat zu, dass es eine langfristige Lösung braucht. Das aktuelle Carregime braucht eine nachhaltige Verbesserung. Die Fraktion wünscht sich ebenfalls, dass die zentralen Orte Schwanen- und Löwenplatz für bevölkerungsfreundlichere Nutzungen frei werden.

Der Entscheid, mit dem Projekt «Stadtstollen» auf ein Pferd zu setzen, ist nachvollziehbar. Wenn man sich auf den partizipativen Prozess beruft, fällt es dem Sprechenden als statistikgeplagten Soziologen aber schwer, die Priorisierung des Stadtrates nachzuvollziehen.

Auf der einen Seite ist die Datengrundlage: Die Auswahl der diskutierten Themen ist mehrheitlich auf die Anliegen des Tourismussektors ausgelegt, was bei diesem Projekt natürlich ein Stück weit verständlich ist. Die Anliegen der Bevölkerung kommen im besten Fall in 4 der 18 ausgearbeiteten Ziele zum Tragen. Auf der anderen Seite hat natürlich auch einen Einfluss auf das Resultat, wer schlussendlich seine Meinung im partizipativen Prozess abgeben durfte. Gut vertreten sind Politik und Tourismus – auch das ist nicht verwunderlich. Schade ist aber, dass zwar das überparteiliche Komitee Metro-Luzern dabei war, nicht aber das Initiativkomitee der Inseli-Initiative. Überhaupt zeigt die Teilnehmerliste verständlicherweise ein grosses Interesse vieler dem Tourismus naher Interessengemeinschaften. Das ist bei diesem Thema verständlich. Wenn aber durch die Anwesenden Punkte vergeben werden und der Stadtrat sich später darauf beruft, dass so das beste Projekt gekürt worden sei, wird die SP-Fraktion skeptisch. Beim Schulhaus Littau war das Verfahren, wie die Bevölkerung miteinbezogen wurde, viel vorbildlicher.

Dass sich die Stadtpassage aufgrund dieser Datenlage als attraktiv durchsetzt, ist in diesem Bericht und Antrag Fakt. In ihrer Rolle als politische Partei möchte die SP-Fraktion allerdings die offensichtlich grossen Nachteile noch etwas besser darlegen, als es im Bericht und Antrag der Fall ist. Die geschätzten Kosten von 100 Mio. Franken und der doch lange Fussweg sollen hier noch einmal explizit erwähnt werden. Nicht nur der Tourismus, auch die Bevölkerung lebt damit und bezahlt schlussendlich solche Grossprojekte.

Was auch auffiel: Der Stadtrat erwähnt den neuen Durchgangsbahnhof vor allem als Hindernis. Die SP-Fraktion findet, dass gerade dort eine Chance gesehen werden muss, den Verkehr neu zu denken, gesamtheitlich, ohne den Tourismus vom Rest zu trennen. Der Durchgangsbahnhof hängt mit dem Cartourismus zusammen. Es ist darum bedauerlich, dass andere, günstigere Lösungen wie die Allmend so lapidar abgehandelt werden – als wegen dem Durchgangsbahnhof nicht machbar. Weil man sich vor einer hohen Auslastung des Bahnhofs scheut, verbuddelt man lieber Millionen von Franken in einem unterirdischen Betonschlauch. Auf der Allmend hingegen könnte man kleiner anfangen und je nach Bedarf dann erweitern. Ob zwei Minuten S-Bahn-Fahrt weniger attraktiv sind als 800 Meter zu Fuss durch den Tunnel, ist fraglich. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass man auch am Bahnhof ankommen kann, und gerade mit Blick auf die neue, schöne Fussgängerwelt, die sich an der Bahnhofstrasse eröffnet, und mit dem neugestalteten Bahnhofplatz ist das wohl angenehmer, als direkt in gewisse Geschäfte hineinzulaufen. Die Skalierbarkeit der Allmend als Standort ist ein Argument, das im vorliegenden Bericht zu kurz abgehandelt wird. Vor allem, weil die unsichere Zukunft des Cartourismus unbestritten ist. Der SP-Fraktion ist klar, dass die Geschäfte im Grendel und am Schwanenplatz am liebsten einen direkten Zugang an ihre Ladentheke hätten. Einem neutralen Beobachter bietet der künftige Bahnhofplatz aber sicher auch einen attraktiven Eingang für die Touristinnen und Touristen.

Weil die SP-Fraktion findet, dass es zu früh ist, die Zukunft des Tourismus in so viel Beton zu giessen, möchte sie den Durchgangsbahnhof als Chance und nicht als Hindernis sehen. Daher tritt die SP-Fraktion nicht auf diesen Bericht und Antrag ein und beantragt die **Rückweisung zur Überarbeitung**. Der Stadtrat muss die unsichere Entwicklung des Cartourismus mehr gewichten und die Allmend als skalierbare Variante mitdenken.

Eine Protokollbemerkung zum Wildparkieren von Cars folgt.

Peter Gmür stellt fest, dass sich die SP-Fraktion heute im «Rückweisungsantragsmodus» befindet. Für die Mitte-Fraktion ist es begrüssenswert, dass es mit der Fragestellung der Cars in der Stadt Luzern vorwärtsgeht – dies im Gegensatz zum Vorredner. Der partizipative Prozess lief sehr gut ab. Es wurden effektiv alle Player sehr gut miteinbezogen – vor allem auch die Bevölkerung. Für die Mitte-Fraktion ist es sehr wichtig, dass in absehbarer Zeit eine Infrastruktur zur Verfügung steht. Der Tourismus ist für die Fraktion und vor allem auch für die Stadt sehr wichtig. Tausende von Arbeitsstellen hängen von ihm ab, er bereichert die Stadt. Luzern ist eine offene Stadt, eine farbige Stadt, eine Stadt für alle und nicht nur für ein paar Privilegierte. Dank dem Tourismus gibt es das KKL, schöne Dampfschiffe auf dem See, eine lebendig pulsierende Altstadt und einen Pavillon am See. Der Sprechende ist der Meinung, dass man zur Stadt, den Bewohnern und auch zu den Gästen aus nah und fern Sorge tragen soll. Der Themenbereich dieses Berichts und Antrags beinhaltet zwei Punkte. Erstens das Pricing- und Slot-System. Damit kann die Mitte-Fraktion sehr gut leben, sie stimmt diesem Punkt zu. Daran gibt es nichts auszusetzen und es ist nachvollziehbar, dass man dieses System in der Stadt Luzern einführt bzw. es weiterentwickelt. Das Projekt der Stadtpassage verdient Unterstützung. Es ist eine bestechende Idee, zusammen mit dem Luzerner Kantonsspital (LUKS) im LUKS-Parking ein zusätzliches Untergeschoss zu bauen. Des Weiteren ist dieses Parkhaus auch weiter ausbaubar.

Die 800 Meter durch die Stadtpassage sind mit einem Rollband locker in weniger als 15 Minuten zu bewältigen. Der Sprechende hat das Gefühl, dass das kein grosses Problem sein sollte. Dieses Projekt kommt bestimmt auch bei der Bevölkerung sehr gut an, weil auch darüber gesprochen wird, dass man darin vielleicht einen Veloweg integrieren könnte. Auch für die Mitarbeitenden des LUKS ist es eine gute Variante. Der Arbeitsweg vom Schwanenplatz via Passage ist sicher sehr angenehm. Und weil das Parkhaus P1 am Bahnhofplatz verschwinden wird, könnte man mit diesem Projekt eine gewisse Kompensation vornehmen.

Was der Mitte-Fraktion am Bericht und Antrag aber nicht so passt, ist die Tatsache, dass das eigentlich beste Projekt, zumindest laut der Aussage der Gruner AG, die das alles unter sich hatte, das Car-Parking Musegg, nicht berücksichtigt wurde. Warum dies nicht in die erste Wahl kam, ist ein Rätsel. Es ist sehr enttäuschend und alles andere als nachvollziehbar. Die Begründung der Stadt leuchtet nicht ein. Der Sprechende hat das Gefühl, dass es nicht so seriös ist, und er wird den Verdacht nicht los, dass der Stadtrat gar keine Lösung möchte und das Ganze einfach etwas fahren lässt.

Die Mitte-Fraktion ist aber der Meinung, dass eine zeitgemässe Infrastruktur für den Cartourismus nicht schlecht wäre. Man muss sich vorstellen – das wurde schon x-mal gesagt, aber Benjamin Gross spielte das hinunter –, in einem Car hat es Platz für mindestens 50 bis 60 Personen. Wenn alle diese mit dem Auto kämen, müsste man unsinnig viel Infrastruktur bereitstellen. So schlecht, wie es der Vorredner darstellte, ist der Car gar nicht. Man muss die Cars einfach besser handhaben – da gibt der Sprechende Benjamin Gross recht. Aber schlecht ist der Car als Transportmittel nicht. Es ist ein Massentransportmittel. Es befinden sich immerhin bis zu 60 Personen darin. Daher muss man auch eine Infrastruktur zur Verfügung stellen. Und es geht ja nicht nur um Leute aus den Fernmärkten, die gewisse Ratsmitglieder nicht so gerne hier haben, sondern es sind auch Leute aus dem Appenzell, dem Thurgau, aus Basel-Landschaft oder aus dem Jura, die vielleicht einmal mit dem Car anreisen. Und wenn man diese an einem Abend um 18.00 Uhr, zur Rushhour, in der Allmend in die S-Bahn pferchen möchte, hört sich das für den Sprechenden nicht so angenehm an. Aber auch dieses Thema wurde bereits unsinnig lange besprochen.

Die Mitte-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und stimmt ihm zu.

Martin Abele hält sein Votum im Namen der Grünen. Für die Jungen Grünen wird später Jona Studhalter sprechen.

Die Grünen werden auf diesen Bericht und Antrag eintreten und ihm zustimmen. Sie treten ein, aber nicht, weil sie den Cartourismus besonders toll finden. Für den Sprechenden ist er sogar wenig nachhaltig, insbesondere für die Wirtschaft, weil es ja nicht die Restaurants, Hotels und die Geschäfte sind, die davon profitieren. Insofern ist es nicht der Tourismus, der es ausmacht, dass die Stadt Luzern weiterkommt. Aber der Cartourismus ist auch eine Art Tourismus und der Sprechende gibt Peter Gmür recht, dass es ein Tourismus ist, der viele Leute auf einmal bringen kann, und somit ist er eine der ökologischen Varianten. Aber der Carverkehr hat ein Akzeptanzproblem in der Bevölkerung. Eine Umfrage der Hochschule Luzern aus dem Jahr 2020 ergab, dass der Cartourismus von 53 Prozent der Umfrageteilnehmenden als eher bis sehr negativ eingeschätzt wird. «Cars sollen gemäss den Rückmeldungen künftig im Stadtbild weniger dominant sein», hat der Studienleiter Jürg Stettler das Ergebnis interpretiert. Klar, zurzeit hat es in der Stadt weniger Cars, und so sähe das Ergebnis im Moment wohl anders aus, aber die Anzahl hat bereits wieder zugenommen. Die Grünen sind daher der Meinung, dass das geregelt werden muss. Es braucht somit eine Lösung, die nicht nur genügend Plätze für Cars bringt, die die Gruppenreisenden nach Luzern und wieder weg befördern, es braucht auch eine klare Entlastung der Innenstadt von den Auswirkungen des Kurzzeit-Gruppentourismus. Im vorliegenden Bericht und Antrag ist das Bemühen ersichtlich, Lösungen zu priorisieren, die dafür sorgen, dass die Cars nicht mehr in die Innenstadt kommen. Dass der Stadtrat in diese Richtung plant, werten die Grünen positiv und im Sinne der Bevölkerung. Wenn die Cars nicht mehr in die Innenstadt fahren, gäbe es zudem neue städtebauliche Perspektiven für den Schwanen- und Löwenplatz. Es wäre möglich, diese Plätze neu zu bespielen und sie sinnvollerer Nutzungen zuzuführen. Ausserdem würde insbesondere am Schwanenplatz die Sicherheit für die Fussgängerinnen und Fussgänger sowie für Velofahrende erhöht. Trotz der bekannten Problematik und den möglichen Perspektiven einer mehr oder weniger carfreien Innenstadt ist bei den Grünen nicht viel Herzblut für dieses politische Geschäft vorhanden. Die Grünen erkennen zwar den Handlungsbedarf und bieten Hand für die Lösungssuche, die Lust, dies mit einem teuren Grossprojekt zu tun, hält sich aber in engen Grenzen. Die Grünen bleiben kritisch gegenüber Grossprojekten für die Carparkierung, sie können der hier vorgelegten Strategie des Stadtrates aktuell aber folgen. Sie sind auch einverstanden, dass im Rahmen einer Machbarkeitsstudie die Chancen und Risiken der Idee Stadtpassage vertieft geprüft werden. Gerade auch weil man so Synergien nutzen kann – insbesondere auch die Kooperation zwischen Kanton, Bund, umliegenden Gemeinden, dem LUKS und weiteren. Ob die Projektidee aber verhältnismässig ist, ist noch nicht klar – das muss ganz seriös geprüft werden. Vieles tönt schön und es gibt allerdhand Ideen, zu was die neuen Tunnel zusätzlich noch genutzt werden könnten. Was davon aber wirklich tauglich ist, muss sich erst noch zeigen. Wie gross die Akzeptanz für den Gang durch die Fussgängerpassage ist, ist schwer abzuschätzen. Man kennt bereits Beispiele in der Schweiz oder auch im Ausland, wo dies durchaus funktioniert, wie z. B. in St. Moritz, obwohl diese Passage viel kürzer ist, oder Antwerpen, wo sie etwas länger, jedoch nicht hübsch anzusehen ist. In Hamburg durch den Elbtunnel zu laufen, soll auch ein Erlebnis sein. Aber es ist doch ein sehr langer Tunnel, durch den man ohne Tageslicht laufen muss. Diese Passage attraktiv und sicher zu gestalten, dürfte eine echte Knacknuss werden. Ein Mindestziel müsste sein, dass ein grosser Teil der Angestellten des LUKS einen Vorteil darin sieht, künftig die Passage für ihren Arbeitsweg zu nutzen. Auch der zusätzliche Velotunnel wird nicht ganz einfach zu realisieren sein, wenn man an das Gefälle und die verschiedenen Geschwindigkeiten der unterschiedlichen Velos und ihrer Fahrerinnen und Fahrer denkt. Es braucht also einen recht breiten Tunnel und das wird sehr teuer. Und so kommt der Sprechende zu den Kosten, die eine absolute Blackbox sind. Zum heutigen Zeitpunkt weiss man noch nicht, was das kosten und wer das zahlen wird. Immerhin: Sollten sich die erhofften Synergieeffekte tatsächlich realisieren lassen, könnte die Passage unter Umständen doch eine lohnenswerte Investition werden, insbesondere auch für die Bevölkerung, und das erhoffen sich die Grünen.

Die Grünen geben der Idee der Stadtpassage also eine Chance, auch wenn sie viele gezielte Optimierungen am bisherigen Carregime als sanfte Massnahme ohne aufwendiges Bauprojekt bevorzugen. Immerhin weiss man ja nicht, wie sich der Cartourismus entwickeln wird, und sogar Luzern Tourismus will tendenziell eine Verlagerung weg von den Kurzzeitgästen.

Kurz-, mittel- und langfristig entscheidend ist auf jeden Fall, dass der Carverkehr stärker gesteuert werden kann. In diesem Sinn unterstützen die Grünen klar das vorgeschlagene Reservierungssystem mit

dem Slot-Management und den dynamischen Preisen. Das Slot-Management muss unbedingt unbefristet und dauerhaft festgelegt werden, damit in der Stadt Luzern die Carfahrten auch dann erträglich gehalten werden können, wenn keine Gesamtlösung für die Carparkierung zustande kommt. Im Moment ist dies ja als Übergangslösung beantragt und man müsste dafür sorgen, dass das dauerhaft so gehandhabt wird. Eine ganz klare Absage erteilt die G/JG-Fraktion den Wiederbelebungsversuchen für das Musegg-Parking. Sie ist dagegen, dass unter dem Musegghügel ein Parkhaus gebaut wird. Anstatt nun den Patienten aus dem Wachkoma zu holen, ist die Fraktion eher dafür, dass die Atemgeräte komplett gekappt werden und diese Idee beerdigt wird.

Die Grünen werden den vorliegenden Bericht und Antrag zustimmend zur Kenntnis nehmen und auch der Änderung des Parkgebührenreglements zustimmen.

Stefan Säggerer: Für die GLP-Fraktion ist diese Stadtpassage keine einfache Geschichte. Es ist eigentlich ein Tunnel, der die Linienführung der Metro aufnimmt. Eine Metro wäre, auch wenn das nicht alle gleich sehen, eigentlich eine idealtypische Lösung gewesen, um sehr viele Verkehrsproblematiken zu lösen. Nichtsdestotrotz wurde sie von der Bevölkerung abgelehnt. Das heisst aber nicht, dass man das nicht allenfalls wieder aufnehmen könnte. Die Stadtpassage ist grundsätzlich eine Verbindung zweier Achsen, wie man sie mit der Metro auch wollte. Es wäre nämlich sinnvoll, dass man vor dem Hügel durch den Hügel hinunter ins Zentrum geht. Jetzt ist dieser Vorschlag, wie er nun vorliegt, zweischneidig. Einerseits betrachtet die GLP-Fraktion die Zufahrt von der Autobahn die Sedelstrasse hinunter als problematisch. Die Strasse wird mit den zwei Spitzkehren, die es geben wird, wenn man die Cars dort hinunter schleusen muss, Schwierigkeiten haben. Andererseits gibt es unten, in einem der schönsten Naherholungsgebiete beim renaturierten Gebiet des Rotsees, einen Tunnel, hinein in dieses Parkhaus. Das alles muss vertieft abgeklärt werden, auch mit dem Gesamtverkehrskonzept, welches durch den Kanton erstellt wird. Der Ort aber, wo es ein Parkhaus geben könnte, nämlich, dass man das LUKS-Parkhaus um mindestens eine Ebene für Cars erweitern würde, scheint prüfenswert, und das Projekt hat in der Gesamtüberlegung im Mitwirkungsverfahren sehr gut abgeschnitten.

Die GLP-Fraktion fand dieses erwähnte Mitwirkungsverfahren gut aufgegleist und auch die Bewertungskriterien waren nachvollziehbar.

800 Meter sind ja nicht wahnsinnig viel. In jeder anständigen grossen Stadt gibt es Metro-Stationen, die mindestens so lang sind, wenn nicht länger und verwinkelter. Es ist also grundsätzlich jedem zuzutrauen, diese 800 Meter zu Fuss zurückzulegen. Ob man dann dort noch ein Funiculaire einbaut, wie das bereits in anderen kleineren Städten wie z. B. Lugano gemacht wurde, muss abgeklärt werden.

Für die GLP-Fraktion ist aber klar zwingend, dass es einen besseren Zugang für die Bevölkerung braucht und eine Quartieraufwertung stattfindet. Es ist auch zwingend, dass es in der Passage eine Veloachse geben wird, die natürlich verkehrstechnisch von den Fussgängern getrennt sein muss. Das sind zwingende Voraussetzungen. Aus diesem Grund stellte die Fraktion in der Baukommission entsprechende Protokollbemerkungen. Man weiss nicht, wie sich der Gruppentourismus entwickeln wird. Wenn ein Parkhaus erstellt wird, dann in Kombination mit dem bestehenden, sprich dem des LUKS. Wenn es den Cartourismus in diesem Ausmass irgendwann nicht mehr gibt, kann man dieses immerhin anders nutzen. Weiter muss man, wenn das Parkhaus P1 am Bahnhof aufgehoben wird, zusammen mit dem Kanton eine Lösung finden, und die GLP-Fraktion sieht in der Variante mit dem Parkhaus LUKS eine Möglichkeit dafür. Sie findet die Idee, eine Ersatzmöglichkeit für das Parkhaus P1 zu prüfen, total sinnvoll.

Die GLP-Fraktion wird grossmehrheitlich dem Bericht und Antrag, dem Reglement wie auch den Abschnitten der Vorstösse zustimmen.

Andreas Moser: Das Phänomen des Cartourismus beschäftigt den Grossen Stadtrat schon länger. Er ist ein Teil der für Luzern sehr wichtigen Wertschöpfung Tourismus. Die FDP-Fraktion steht ganz klar zum Tourismus und ist stolz, dass Luzern eine der weltweit beliebtesten Tourismusdestinationen ist. Die Menge des Gruppentourismus hat in den letzten Jahren – vor Corona – zugenommen und wurde damit auch zur Belastung in der Innenstadt. Der Individualtourismus ist qualitätsvoller, weniger belastend, einfacher zu handhaben und in der Bevölkerung beliebter. Es geht nun darum, die Form des Gruppentourismus, welche die FDP-Fraktion im Grundsatz stützt, einer langfristig besseren Lösung zuzuführen, die für Touristinnen und Touristen attraktiv ist und trotzdem die Belastung für die Luzerner Bevölkerung in der

Innenstadt deutlich mindert. Da eine langfristige Lösung noch einige Zeit brauchen wird, bis sie umgesetzt ist, braucht es in den Übergangsjahren den Carparkplatz Rösslimatt, welcher ab dem Jahr 2023 den Betrieb aufnimmt. Die Investition und der Betrieb werden über Gebühren für Cars finanziert, was eine Änderung des Parkplatzreglements bedingt. Die FDP-Fraktion unterstützt diese Änderung, genauso wie das Slot-Management und die Reservierung.

Was die langfristige und hoffentlich endgültige Lösung betrifft, ist man mit dem vorliegenden Bericht und Antrag einen wichtigen Schritt weiter. Im Strategieprozess Carregime wurden 59 Lösungsideen evaluiert und einer fachlichen Bewertung durch die Gruner AG unterzogen. Am Schluss haben zwei Projekte speziell überzeugt: das angepasste Projekt Parkhaus Musegg und das Projekt Stadtpassage. Beide Lösungen haben einen ähnlichen Lösungsansatz – eine dezentrale Erschliessung und ein zentrales Ankommen in der Altstadt. Die Projektidee Parkhaus Musegg ist inhaltlich und technisch bereits sehr weit. Das Ergebnis jahrelanger Arbeit und viel privat investiertes Geld halfen, diese ausgereifte Lösung zu erarbeiten. Aus fachlicher Sicht wurde sie daher auch auf Platz 1 gesetzt. Die Projektidee Stadtpassage ist noch relativ jung, aber sehr bestechend. Das LUKS baut ein neues Parkhaus. In diesem Parkhaus wird ein zusätzliches Geschoss für die Reisecars erstellt, die von der Autobahn über die Sedelstrasse durch einen Autotunnel in dieses Parkhaus fahren. Von dort geht es weiter, wie schon gehört, durch einen 800 Meter langen Tunnel in die Altstadt, an die Hertensteinstrasse. Beide Lösungen erfüllen die wichtigsten Vorgaben. Die Gäste kommen zentral an, wie bisher in der Altstadt, der Schwanen- und Löwenplatz werden carfrei, können städtebaulich aufgewertet werden, und die Carfahrten in der Innenstadt werden massiv reduziert. Der Stadtrat empfiehlt nun unter Berücksichtigung weiterer Aspekte wie Synergien, Finanzierung oder politischer Vorgeschichten die Stadtpassage. Doch es bestehen noch einige offene Fragen, die nun schnell geklärt werden müssen, da Zeitdruck besteht, weil das LUKS bis Ende Jahr vom Stadtrat wissen muss, ob man diese Idee weiterverfolgen möchte. Es wird sich in der Machbarkeitsstudie zeigen, ob die kritischen Punkte wie die Erschliessung über die Sedelstrasse wegen des Staus überzeugend gelöst werden können, oder sinnvolle Ergänzungen, wie die Veloverbindung, eine Anbindung an das Quartier, ein Teilersatz des Bahnhofparkings und vielleicht auch eine Fernheizung vom LUKS in die Altstadt technisch gut gelöst werden können, ob das Ganze finanzierbar bleibt und auch einer vertieften Prüfung standhält.

Die FDP-Fraktion unterstützt den vorliegenden Bericht und Antrag mit zustimmender Kenntnisnahme. Sie möchte eine langfristige Lösung des Carregimes. Die Machbarkeitsstudie für diese Stadtpassage macht Sinn und soll Sicherheit geben, dass die Idee umsetzbar und finanzierbar ist. Trotzdem erwartet die FDP-Fraktion, dass nach Vorliegen dieser Fakten die beiden besten Projekte – also Musegg und Stadtpassage – noch einmal gegenübergestellt und fachlich bewertet werden, und abschliessend eine Beurteilung auf Chancen und Risiken vorgenommen wird. Für die Fraktion ist es wichtig, dass man am Schluss eine langfristige Grundlage für den Cartourismus hat, die gut gelöst ist und die Immissionen im Stadtzentrum vermindert.

Zusammengefasst: Die FDP-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein, ist für zustimmende Kenntnisnahme, ist damit einverstanden, dass die Vorstösse abgeschrieben werden und stimmt dem neuen Gebührenreglement zu.

Patrick Zibung: Die SVP-Fraktion ist grundsätzlich über den Bericht und Antrag erfreut. Die 800 Meter zu Fuss sind, entgegen den Ausführungen von Benjamin Gross, zumutbar. Der Sprechende ist auch der Meinung, dass zu Fuss gehen topmodern und gesund sei – also soll man doch den Touristen den Gefallen machen, dass sie auch etwas für ihre Gesundheit tun können.

Wie man zum Schluss kommt, dass die Stadtpassage die beste Variante ist, ist nachvollziehbar. Die Argumentation, dass das Parkhaus Musegg nicht weiterverfolgt wird, ist ebenfalls einigermaßen nachvollziehbar, insbesondere im Hinblick auf eine mögliche Volksabstimmung. Das Projekt ist ja bekanntlich emotional sehr negativ aufgeladen. Daher glaubt der Sprechende, dass es schlau ist, wenn man sich auf das Projekt Stadtpassage konzentriert – auch wenn er persönlich grosse Sympathien für das Musegg-Parking hegt. Dass der Tourismus sehr stark bei der Variantenprüfung und dem partizipativen Prozess berücksichtigt wurde, ist logisch. Es geht ja im Wesentlichen um ein Bedürfnis des Tourismus selber. Dass er dann besonders berücksichtigt wird, ist klar. Zudem sind die Bedürfnisse der Bevölkerung im Vergleich zum Bedürfnis des Tourismus bei diesem Thema relativ simpel. Martin Abele zitierte vorher eine Studie: Es geht der Bevölkerung im Wesentlichen darum, dass man weniger Cars in der Stadt hat,

und diesem Bedürfnis kommt man mit dieser Stadtpassage sehr gut nach. Die SVP-Fraktion setzte sich bekanntlich vor zwei Jahren für das Metro-Projekt ein, und aus ihrer Sicht handelt es sich hier eigentlich um eine Miniversion dieses Projekts. Synergien sind entsprechend etwas kleiner, aber durchaus vorhanden und weitere Nutzungen wurden auch im Bericht und Antrag beschrieben. Für die SVP-Fraktion ist es zwingend, dass diese Synergien und die weiteren Nutzungen in der Machbarkeitsstudie weiter berücksichtigt werden.

Die SVP-Fraktion stellte sich, wie die GLP-Fraktion, auch die Frage, ob die Strasse über den Sedel Mehrverkehr und die grossen Fahrzeuge bewältigen kann. Weiter sehr störend ist, dass die Autoparkierung einmal mehr nicht berücksichtigt wird, obwohl man bei anderen Geschäften sagte, man wolle die wegfallenden Parkplätze in der Stadt künftig auch am Stadtrand kompensieren. Das wäre hier eine gute Gelegenheit. Eine entsprechende Protokollbemerkung wird die SVP-Fraktion daher unterstützen.

Die Kosten sind mit mehr als 100 Mio. Franken durchaus sehr hoch, aber wenn man eine gute und langfristige Lösung möchte, braucht es solche Investitionen in Grossprojekte. Auch die Bedürfnisse der Bevölkerung werden mit einem solchen Projekt sehr gut berücksichtigt. Man bringt die Cars aus der Stadt. Auch die SVP-Fraktion freut sich auf die städtebaulichen Möglichkeiten, die sich so irgendwann bieten werden, indem man die heutigen Carparkplätze, namentlich am Schwanen- und Löwenplatz, aufheben und einer neuen Nutzung zuspielen kann.

Weil das angedachte Projekt auch den Zielen des Bundes entspricht, hofft die SVP-Fraktion, dass entsprechende Beiträge geleistet werden. Im ersten Schritt geht es nun um die Machbarkeitsstudie – es wird noch nichts definitiv umgesetzt, und am Schluss hat das Volk das letzte Wort.

Zu den kurzfristigen und mittelfristigen Massnahmen: Die SVP-Fraktion wird der Reglementsänderung zustimmen. Was die Fraktion von der Verlagerung der Carparkplätze vom Inseli aufs Rösslimatt-Areal hält, ist bekannt, aber da ist man ja bereits an der Umsetzung und damit muss sich die Fraktion arrangieren. Im Grossen und Ganzen ist die SVP-Fraktion mit dem Bericht und Antrag sehr einverstanden, sie wird ihn daher zustimmend zur Kenntnis nehmen und den Reglementsänderungen zustimmen. Sie tritt somit darauf ein und wird sich zu den Protokollbemerkungen in der Detailberatung noch äussern.

Jona Studhalter: Für die Jungen Grünen ist es klar, dass der Massentourismus ökologisch, aber wie die Corona-Pandemie zeigte, sozial und wirtschaftlich nicht nachhaltig ist. Die Altstadt verkümmert zu einem Uhren- und Schmuck-Moloch, welchen die Bevölkerung leider immer mehr meidet. Im Jahr 2020 war der Sprechende so oft in der Altstadt und lief über die Kapellbrücke wie noch nie zuvor, und so geht es vielen jungen Menschen. Vor zwei Tagen wollte der Sprechende in die Falken-Apotheke – dort ist nun aber ein Schmuckgeschäft. Für die Jungen Grünen ist klar, dass Luzern weniger Massentourismus braucht, und daher auch weniger Cars. Nicht einfach weniger sichtbare Cars. Die Stadt möchte nun für 100 bis 150 Mio. Franken zwei Röhren, Betonschläuche, wie sie Benjamin Gross nannte, in den Berg hämmern, damit ein paar wenige mit Uhren und Schmuck Gewinn erwirtschaften können. Gewinne werden privatisiert, in der nächsten Krise wird Kurzarbeit angemeldet und die Gesellschaft zahlt wieder. Für die, die nun einen roten Kopf bekommen: Der Sprechende weiss, dass das alles rechtens ist, aber das heisst noch lange nicht, dass es nicht auch falsch ist. Daher sind die Jungen Grünen klar gegen eine solche Infrastrukturlösung. Sie ist zu teuer, sie löst das Problem nicht, nur weil man die Augen verschliesst bzw. die Sache in ein Loch steckt. Die Lösung ist daher weniger Cars. 25 Carparkplätze beim Landenberg müssen reichen und reichen auch.

Der Sprechende muss zwar zugeben, dass die Stadtpassage im Vergleich zu anderen geprüften Ideen keine Schnapsidee ist, auch wenn der Volumengehalt bei einem Likör liegen dürfte. Er ist der Meinung, dass einem hier viel Honig um den Mund gestrichen wird. Man darf später gerne zitieren, was er jetzt festhält: Es wird keine zusätzlichen Zugangsstollen geben und der Velotunnel wird auch nicht realisiert, weil er zu teuer ist.

Die Jungen Grünen befürworten den zweiten Teil des Berichts und Antrags, die Gebührenerhöhung, und danken dem Stadtrat für die zeitnahe Umsetzung dieses politischen Auftrags. Sie können der Begründung folgen und zustimmen. Aus diesem Grund gibt es von ihnen keinen Rückweisungsantrag, aber den Antrag zur ablehnenden Kenntnisnahme.

Silvio Bonzanigo plädiert für Eintreten, er wird zustimmende Kenntnisnahme beantragen, die Reglementsänderung annehmen und den Abschreibungen zustimmen.

Diese Vorlage hat einen klaren Nutzen für die Bevölkerung, indem der Zugang zum Kantonsspital gewährleistet wird. Das kann eine attraktive Verbindung für die Arbeitnehmenden des Spitals sein, aber auch für Leute, die andere im Spital besuchen. Das ist ein Nutzen, welcher das Parking Musegg nicht bietet, und deshalb lehnt der Sprechende eine Neuauflage und Weiterprüfung dieses Projekts ab. Das Parkhaus Musegg bietet für die Öffentlichkeit keinen anderen Nutzen als die Carparkierung.

Beim vorliegenden Projekt hat man eine unbestimmte Anzahl Geschosse. Man geht einmal von einem aus, vielleicht sind es auch zwei, die innerhalb des Parkhauses des Kantonsspitals realisiert werden.

Wenn man Ungewissheit hat, wie sich der Cartourismus entwickelt, hat man beim Kantonsspital Raum, der allenfalls auch vom Spital für eigene Bedürfnisse rekrutiert werden kann. Wenn man das gleiche Phänomen beim Parking Musegg erlebt, kann man dieses nicht alternativ nutzen, ausser man diskutiert wieder neu über eine PW-Parkierung in diesem Parking. Das sind zwei wesentliche Vorteile, die der Sprechende in dieser Vorlage sieht.

Weiter wurde einiges über den 800 Meter langen Tunnel gesagt. Der Sprechende ist etwas erstaunt, dass man den Touristen die zweimal 800 Meter zumutet. Nicht alle sind immer gut zu Fuss. Das ist eine halbe Stunde Weg. Und wer sich im Tourismus auch nur etwas auskennt, weiss, dass eine halbe Stunde für den Tourismus bedeutet, dass Luzern weg vom Fenster ist. Dann fahren die Cars eben nach Interlaken und die Uhrentouristen decken sich dort ein. Man muss eine nahtlose Kette haben – vom Entladen der Cars bis zum Schwanenplatz. Daher wird der Sprechende auch unter 6.2 eine Protokollbemerkung stellen, dass man die Idee einer Mini-Metro prüft. Mini-Metros sind kleine Metros, die den Tunnelquerschnitt in der Ausweitung nicht strapazieren, und sie würden ermöglichen, dass man mit sechs- bis siebenmal höherer Geschwindigkeit vom Carentlad bis zum Schwanenplatz käme.

Und warum möchte man eine Veloöffnung? – Weil man es den einheimischen Bürgern nicht zumutet, die 800 Meter zu Fuss zu gehen. Aber den Touristen mutet man es gleichzeitig zu? Das ist für den Sprechenden ein Widerspruch, welcher evtl. noch geklärt werden muss.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula beginnt mit den Worten von Stefan Sägesser. Es ist auch für den Stadtrat keine einfache Geschichte. Die meisten Ratsmitglieder kennen die Vorgeschichte und waren bei verschiedenen Vorstufen dieser Diskussion dabei, welche im Jahr 2014 begann. Es gab verschiedene Versuche seitens des Stadtrates, Projekte vorzuschlagen, verschiedene Entscheide des Parlaments auf diesem Weg und verschiedene Vorstösse. Es ist eine lange Geschichte. Vor etwa zwei oder drei Jahren sagte man, wenn man immer nur über Einzelprojekte diskutiert, kommt man nicht weiter. Daher musste man einen Schritt zurück machen und versuchen, mit einem partizipativen Prozess eine Basis für die Beurteilung von zukünftigen Projekten zu legen. Das wurde gemacht. Dass ein partizipativer Prozess auch immer noch partizipativer sein kann, ist klar, aber der Stadtrat hat sehr breit eingeladen. Es wurde kritisiert, dass es zu tourismuslastig war. Natürlich ist das so. Tourismusnahe Betriebe haben mehr Interesse und haben sich daher auch intensiver daran beteiligt.

Das Produkt des partizipativen Prozesses waren 18 ungewichtete Zielsetzungen. Der Stadtrat griff hier nicht ein, sondern schaute sich dies einfach als Ergebnis aus diesem Prozess an. 18 ungewichtete Ziele – der Sprechende kam auf zirka sechs, die sich direkt mit der Bevölkerung beschäftigen. Natürlich wurden die Ziele im Wesentlichen vor allem hinsichtlich des Cartourismus formuliert. Man kann immer kritisieren, dass es noch partizipativer hätte sein können, aber man ist nun wieder im Parlament, und das Parlament ist eine höchst demokratische Form und führt diese Diskussion nun weiter. Das Resultat dieser Bewertung darf man sicher nicht unter-, aber auch nicht überbewerten. Es sind 18 Ziele, die alle gleich viele Punkte erhalten haben. Die Gruner AG machte nicht eine grundsätzliche mobilitätspolitische Betrachtung oder eine Betrachtung aus Mobilitätsforschungsperspektiven, sondern es wurde nur betrachtet, ob diese Projektideen mit unterschiedlichen Qualitäten die gesetzten Kriterien erfüllen, teilweise erfüllen oder nicht erfüllen. Die Projekte mit grossen technischen Lösungen erreichten natürlich mehr Punkte, weil sie z. B. die Plätze in der Innenstadt freischaufeln können. Was in der Bewertung nicht gemacht wurde, ist die Prüfung, ob Synergiepotenzial besteht, sei es beim Bau oder beim zukünftigen Betrieb. Es wurde nicht geprüft, ob es finanzierbar ist, auch wenn eine Studie betreffend Kosten und Nutzen gemacht wurde. Man schaute auch nicht, ob es politisch Realisierungschancen hat. Das machte der Stadtrat dann später und verengte den ganzen Katalog von Projekten, wie man es gut im Bericht und Antrag sieht.

Nach verschiedenen Kriterien wurden diese 59 Projekte – heute kam noch ein 60igstes dazu und es folgen sicher noch weitere – auf fünf Ideen reduziert, die man enger betrachtete. Fünf von unterschiedlichster Qualität, die man noch genauer anschaute. Der Stadtrat kam dann zum Schluss, dass das Projekt Stadtpassage für eine langfristige Lösung am vielversprechendsten ist. Es beinhaltet zwar noch viele Unklarheiten und daher schlägt der Stadtrat vor, dass eine Machbarkeitsstudie gemacht wird, um diese Fragen zu klären und um einen Projektierungs- und allenfalls Realisierungsentscheid fachlich und politisch vorzubereiten.

Warum der Stadtrat zu diesem Schluss kam, hat mit der politischen Vorgeschichte zu tun – in erster Linie mit der politischen Vorgeschichte des Projekts Musegg. Es hat aber auch vor allem mit dem Synergiepotenzial zu tun. Zum einen jetzt während der Bauphase. Die Baustelle LUKS besteht bereits. Die Zufahrt zu dieser Baustelle muss gemacht werden, besteht aber zum Teil schon. Es kann für die Baustelle unter Umständen sogar interessant sein, wenn ein zusätzliches Volumen geschaffen wird und zusätzliche Zufahrten entstehen. Also einerseits bei der Baustelle gibt es Synergiepotenzial und andererseits sagte sich der Stadtrat, wenn man nicht genau weiss, wie sich der Tourismus entwickelt, setzt man besser auf ein Projekt, bei dem die Chance besteht, dass es auch einen anderen Zweck gut erfüllen kann, z. B. eine Verbindung vom grössten Arbeitgeber in der Zentralschweiz (Luzerner Kantonsspital) zur Innenstadt. Das ist nicht das Hauptziel dieses Projekts. Das Hauptziel wäre nach wie vor die Schaffung eines Zugangs zur Innenstadt für Touristinnen und Touristen und das städtebauliche Freispielen der zentralen Plätze, wie Schwanen- und Löwenplatz, plus die Erhöhung der Verkehrssicherheit. Das sind die eigentlichen Ziele. Wenn man nicht genau weiss, wie sich der Tourismus entwickelt, sollte man auf ein Pferd setzen, welches sich, wenn sich die Situation anders entwickelt als erwartet, für ein anderes Projekt nutzen lässt. Das sind die hauptsächlichen Beweggründe. Der Sprecher der Mitte-Fraktion meinte, er habe nicht alles ganz verstanden. Deshalb hat der Sprechende jetzt versucht, es nochmals aufzuzeigen. Es wurde alles seriös angeschaut und auch kontrovers diskutiert. Es ist eine spannende Aufgabe, über den Cartourismus zu diskutieren. Am Schluss hat sich der Stadtrat auf eine Lösung geeinigt, die er nun zur Weiterbearbeitung vorschlägt. Es ist noch keine Realisierungsentscheid. Natürlich muss man am Schluss dieses Prozesses eine Verhältnismässigkeitsentscheid treffen: Ist es der Stadt das viele Geld wert, um die innenstädtischen Plätze freizuspielen und für die Touristinnen und Touristen ein anderes Angebot zu schaffen?

Ganz wichtig ist, dass mit dem Parkplatz Rösslimatt kurzfristig eine Alternative zum Inseli geschaffen wird, nicht erst im Jahr 2023, sondern nach Plan bereits im November 2022. Damit kann direkt nach der Lozärner Mäas diese Alternative genutzt werden. Mittelfristig ist ganz wichtig, dass man mit dem Reservationssystem und dem dynamischen Preis versucht, eine bessere Steuerung hinzubekommen. Zur Anregung der Grünen, dass man das für den dauerhaften Betrieb auslegen soll: Der Stadtrat ist bereit, diese Anregung entgegenzunehmen, denn man weiss auch nicht, wie lange diese Zwischenphase dauern wird. Langfristig schlägt der Stadtrat eine Infrastrukturlösung vor.

Der Sprechende plädiert dafür, den Bericht und Antrag nicht zurückzuweisen, weil der Rückweisungsantrag auch jetzt noch nicht ganz klar wurde, der Rückweisungsantrag der SP-Fraktion, der besagt, dass man den Durchgangsbahnhof als Chance und nicht als Hindernis betrachten soll. Selbstverständlich nutzt die Stadt den Durchgangsbahnhof als Chance, aber erst ab dem Jahr 2040. Vorher ist die Baustelle eher ein Hindernis – das ist einfach Fakt. Später besteht die Chance, für den Cartourismus oder auch für die Fernbusthematik eine andere Lösung zu finden. Der Auftrag der Rückweisung wäre, die Allmend skalierbar zu integrieren und die Perspektiven des Cartourismus besser auszuleuchten. Das ist schwierig. Prognosen sind immer schwierig. Daher möchte der Sprechende beliebt machen, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Der Rückweisungsantrag der SP-Fraktion wird abgelehnt. Der Grosse Stadtrat tritt auf den B+A 20/2022 vom 6. Juli 2022: «Zukünftiges Carregime» ein.

Mittagspause von 12.00 Uhr bis 13.30 Uhr

DETAIL

S. 21 4.4 Stadtpassage

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Baukommission hat mit 6 : 0 : 5 Stimmen folgende **Protokollbemerkung** überwiesen:

Mit der Machbarkeitsstudie Stadtpassage soll auch geprüft werden, die Parkplätze, die im Gebiet Bahnhof wegfallen – Stichwort DBL –, zu ersetzen.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung nicht.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es dazu keine Wortmeldung.

Die Protokollbemerkung ist somit überwiesen.

S. 26 5.6 Fazit und Empfehlung

Peter Gmür stellt folgende **Protokollbemerkung**:

Die Lösungsidee Car-Parking Musegg ist zusammen mit der Stadtpassage zu prüfen und weiter zu bearbeiten.

Die Begründung gab der Sprechende bereits kurz vor dem Mittag. Das Projekt Parking Musegg ist bekanntlich das beste, bzw. die Gruner AG bezeichnete es als bestes Projekt, und die Mitte-Fraktion ist der Meinung, dass es dieses Projekt verdient hat, zusammen mit dem Projekt Stadtpassage verglichen zu werden, und danach das bessere ausgewählt wird.

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Diese Protokollbemerkung wurde in der Baukommission nicht gestellt.

Der Grosse Stadtrat lehnt die Protokollbemerkung

Die Lösungsidee Car-Parking Musegg ist zusammen mit der Stadtpassage zu prüfen und weiter zu bearbeiten.

ab.

S. 29 6.2 Themen für die Weiterbearbeitung

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Baukommission beantragt bei diesem Kapitel folgende **Protokollbemerkung**:

Die Integration des Veloverkehrs in das Teilelement Fussgängerpassage ist zu prüfen.

Diese Protokollbemerkung wurde mit 6 : 5 : 0 Stimmen überwiesen.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung nicht.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es dazu keine Wortmeldung.

Die Protokollbemerkung ist somit überwiesen.

Silvio Bonzanigo kündigte es in seinem Eintretensvotum schon an und beantragt nun folgende **Protokollbemerkung**. Das Kapitel beginnt ja mit dem Satz: «Folgende Themen sind zu vertiefen: ...», dann folgt eine Auflistung. In diese Auflistung wäre aufzunehmen:

Insbesondere ist folgendes Thema zu vertiefen: Ausrüstung der Stadtpassage mit einer Mini-Metro (People Mover).

Zur Begründung: Ihm scheint, dass die Prüfung einer Mini-Metro genauso wichtig ist wie andere Punkte, die in dieser Liste aufgeführt sind, denn damit kann eine lückenlose Transportkette vom Busauslad bis ins

Zentrum der Stadt Luzern sichergestellt werden. Der Sprechende sagte schon zu Beginn, dass der Zeitverlust für Tour Operators einfach viel zu gross ist, wenn man die Touristen die 800 Meter zu Fuss gehen lassen wollte, und natürlich müssen sie die genau gleich lange Strecke auch wieder zurücklaufen. Das hat in einem eng getakteten Tour Arrangement einfach keinen Platz. Die 800 Meter werden zum schwächsten Glied. Man kennt das von den Kühlketten: Es genügt ein schwaches Glied, und nachher ist die Ware verdorben. Der Sprechende überträgt das auf dieses Beispiel: Luzern macht sich mit dieser Stadtpassage, die von den Touristen zu Fuss begangen werden soll, zu einem schwachen Glied und hat deshalb Konkurrenz Nachteile. Als Beispiel Grindelwald: Jahrelang war die Kleine Scheidegg über die Wengernalpbahn erschlossen und diese Fahrt dauert rund 40 Minuten. Auch Touristen, die auf das Jungfraujoch wollten, benutzten diese Bahn. Vor zehn Jahren kam Jungfrau Tourismus zur Einsicht, dass 40 Minuten hinauf – und 40 Minuten zurück, ergibt zusammen 80 Minuten – einfach innerhalb der gängigen Arrangements ein Hemmnis sind, in Konkurrenz zu anderen Destinationen, z. B. Schilthorn, Titlis usw. Vor rund fünf Jahren wurde darum hauptsächlich für den ausländischen Tourismus, aber natürlich auch für den Wintertourismus, eine Gondelumlaufbahn eingerichtet, und diese braucht 12 Minuten. Das heisst, man hat rund eine halbe Stunde weniger pro Weg, das gibt eine Stunde mehr verfügbare Zeit für die Tour Operators.

Wenn der Sprechende hört, es würde vielleicht den ausländischen Touristen gesundheitlich guttun, diese 800 Meter durch die Stadtpassage Luzern zu laufen, scheint ihm das kein ernsthafter Beitrag in dieser Debatte. Also wenn man will, dass man wieder einen anständigen, geordneten Cartourismus hat, stimmt man dieser Protokollbemerkung zu. Man stimmt ja nicht dieser Bahn zu, man gibt sie nur in das ganze Corpus der Anliegen hinein, die geprüft werden sollen. Wenn der Grosse Stadtrat diese Protokollbemerkung nicht befürwortet, dann kann er aus Sicht des Sprechenden auch ablehnende Kenntnisnahme beschliessen, weil dann das ganze Produkt dieser Stadtpassage einfach für das, was ein zukünftiger Tourismus von Luzern erwartet, massiv gefährdet ist.

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Diese Protokollbemerkung wurde in der Baukommission nicht gestellt.

Stefan Säggerer: Grundsätzlich unterstützt die GLP-Fraktion die Protokollbemerkung von Silvio Bonzanigo. Bei der inhaltlichen Begründung befinden sie sich zwar nicht ganz am selben Ort. Das sogenannte Funiculaire oder eben die Mini-Metro sind durchaus eine spannende Idee. Dies vor allem für die Bevölkerung für die Verbindung vom Spital ins Stadtzentrum. In diesem Sinne unterstützt die GLP-Fraktion die Protokollbemerkung und bittet die Ratskolleginnen und Ratskollegen, dies ebenfalls zu tun.

Barbara Irniger spricht nicht für die Fraktion, sondern nur für sich. Sie findet diese Protokollbemerkung wichtig, weil man auch an Menschen denken muss, die diese 800 Meter nicht so einfach zu Fuss gehen können. Daher stimmt die Sprechende der Protokollbemerkung ebenfalls zu.

Peter Gmür: Die Mitte-Fraktion unterstützt die Protokollbemerkung. Es handelt sich ja bekanntlich um einen Prüfauftrag. Der Sprechende ist zwar mit Silvio Bonzanigo nicht einverstanden, wenn dieser sagt, dass man für 800 Meter eine halbe Stunde benötigt. Normalerweise braucht man höchstens 15 Minuten dafür und vielleicht gibt es auch ein Rollband. Die Rechnung von Silvio Bonzanigo macht den Sprechenden etwas stutzig, aber es handelt sich hier um einen Prüfauftrag dieser Mini-Metro und diesen unterstützt die Mitte-Fraktion.

Andreas Moser: Auch die FDP-Fraktion kann sich mit dieser Protokollbemerkung anfreunden und wird zustimmen.

Benjamin Gross: Es mag nicht verwundern, dass die SP-Fraktion nicht einverstanden ist, noch mehr in diese Idee zu investieren. Sie wird die Protokollbemerkung daher ablehnen.

Patrick Zibung: Für die SVP-Fraktion ist dieses Projekt bereits eine Mini-Version des Metro-Projekts, welches vor rund zwei Jahren diskutiert wurde, und es wurde auch schon mehrfach gesagt, dass es sich

bei dieser Protokollbemerkung nur um einen Prüfauftrag handelt. Das Projekt wird also nicht zwingend teurer und daher wird die SVP-Fraktion die Protokollbemerkung unterstützen.

Silvio Bonzanigo macht eine Bemerkung zu Peter Gmür. Diese halbe Stunde bezog sich eher auf sein Beispiel Jungfrauoch. Bei der Stadtpassage geht der Sprechende von 20 Minuten aus. Eine Gruppe wird nie schneller zu Fuss sein als mit 3,5 km/h. Auch ist in den bildlichen Darstellungen ein Gehsteig angezeigt. Ein Rollband, wie man es von Flughäfen kennt, läuft mit 7 km/h. Ein People Mover, eine Mini-Metro, fährt mit 40 km/h – das bedeutet, der Zeitgewinn ist enorm.

Jona Studhalter hat im Sinne von «das Fuder überladen» durchaus Sympathien mit dieser Protokollbemerkung. Im Sinne der Milchbüchleinrechnung betreffend Stundenkilometer muss der Sprechende Silvio Bonzanigo aber klar widersprechen. Bis man so eine Metro gefüllt und diese die 40 km/h erreicht hat, bis man wieder abgebremst hat und alle wieder ausgestiegen sind – ob es so wirklich einen Zeitgewinn geben wird, bezweifelt der Sprechende sehr. Da fährt vorher noch ein Velo durch diesen Tunnel.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Der Stadtrat diskutierte noch nicht über diese Protokollbemerkung. Der Sprechende möchte etwas zu bedenken geben, was auch Jona Studhalter sagte. Das nahtlose Anschliessen ist natürlich nur möglich, wenn nahtlos, also jede Minute, so ein «People Mover» fährt. Sonst muss man ja auch wieder warten. Aber wenn das Parlament der Meinung ist, dass das geprüft werden soll, ist der Stadtrat offen. Es geht um eine Machbarkeitsstudie. Der Stadtrat gibt hier keine Empfehlung ab, aber über die Sinnhaftigkeit des Zeitgewinns kann sicher diskutiert werden – wenn es denn wirklich einen Zeitgewinn gibt. Wenn der Auftrag erteilt wird, wird der Stadtrat dies prüfen.

Der Grosse Stadtrat überweist die Protokollbemerkung

Insbesondere ist folgendes Thema zu vertiefen: Ausrüstung der Stadtpassage mit einer Mini-Metro (People Mover).

S. 31 7 Übergangsregime (mittelfristig)

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Baukommission hat mit 6 : 3 : 2 Stimmen folgende **Protokollbemerkung** überwiesen:

Die umfassende Änderung des Gebührensystems sowie das Slot-Management sollen nicht nur als Übergangsregime, sondern als mögliche dauerhafte, langfristige Massnahme entwickelt werden.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung nicht.

Patrick Zibung: Die SVP-Fraktion diskutierte diese Protokollbemerkung intern und ist der Ansicht, dass das nicht praktikabel ist. Sie stellt daher einen Ablehnungsantrag. Man kann ein solches Slot-Management zwar einführen, aber wenn die Cars kommen, dann kommen sie. Daher stellt die Fraktion die Umsetzbarkeit in Frage.

Martin Abele: Im Bericht und Antrag wird sehr gut begründet, wie dieses Slot-Management umgesetzt werden kann und welche Teile nicht umgesetzt werden können. Es gibt auch durchaus gute Beispiele aus dem Ausland. In Salzburg wird z. B. dieses System seit vielen Jahren angewandt und das zum Gewinn der Stadt, weil so viel besser gesteuert werden kann, wann die Cars wohin fahren. Es ist absolut praktikabel. Diese Protokollbemerkung aus Praktikabilitätsgründen abzulehnen, ist keine gute Begründung.

Der Grosse Stadtrat überweist die Protokollbemerkung

Die umfassende Änderung des Gebührensystems sowie das Slot-Management sollen nicht nur als Übergangsregime, sondern als mögliche dauerhafte, langfristige Massnahme entwickelt werden.

S 31 7.1 Steuerung des Carverkehrs

Benjamin Gross spricht auch mit Unterstützung der SP-Fraktion, aber viel mehr als Vertreter des Tribschenquartiers. Es gab eine Zeit, da waren sehr viele Cars in der Stadt Luzern. Zu dieser Zeit standen die Cars teilweise sogar auf den Trottoirs im Quartier, behinderten den Fussgängerverkehr und die Kinder konnten nicht mehr unbedenklich mit dem Velo fahren. Dieses Parkieren der vielen Cars führte im Tribschenquartier zu Unmut. Daher stellt der Sprechende folgende Protokollbemerkung, die bereits in der Baukommission gestellt wurde, und hofft, dass sie unterstützt wird. Die SP-Fraktion wünscht sich, im vollen Bewusstsein, dass die Polizei für Bussen verantwortlich ist, dass sich die Stadt für eine Regulierung im Falle einer Überbelastung in diesem Quartier einsetzt – sprich, dass im Rahmen dieses Berichts und Antrags ein Parkdienst geprüft wird. Die **Protokollbemerkung** lautet:

Bei unerwünschten Folgen wie Wildparkieren ist ein Parkdienst zu prüfen.

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Protokollbemerkung wurde in der Baukommission diskutiert und mit 4 : 5 : 2 Stimmen abgelehnt.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Das Anliegen ist sicherlich sehr wichtig. Es handelt sich aber definitiv um eine polizeiliche Aufgabe, Parkverbote zu kontrollieren. Einen Parkdienst im Sinne eines Sicherheitsdienstes kann man auf einem Platz einführen, aber ein Einsatz einer städtischen Polizei mit Kontrolle und einer Wirkungsfunktion wäre rechtlich so nicht möglich. Das Anliegen ist klar und der Sprechende versteht, dass es zu Problemen führen kann, wenn der Carverkehr wieder zunimmt. Die Stadt versucht immer zusammen mit der Luzerner Polizei, mehr Kontrollen an den betroffenen Orten zu generieren – da besteht ein dauernder Austausch. In diesem Sinne wäre eine Umsetzung dieser Protokollbemerkung sehr schwierig.

Der Grosse Stadtrat lehnt die Protokollbemerkung

Bei unerwünschten Folgen wie Wildparkieren ist ein Parkdienst zu prüfen.

ab.

S. 41 f Antrag und Beschluss

- I. Der Grosse Stadtrat nimmt den Bericht «Zukünftiges Carregime» zustimmend zur Kenntnis.
- II. Der Grosse Stadtrat beschliesst die Änderung des Parkgebührenreglements mit 45 : 0 : 0 Stimmen.
- III. Der Grosse Stadtrat schreibt die als Postulat überwiesene Motion 150 als erledigt ab.
- IV. Der Grosse Stadtrat schreibt die als Postulat überwiesene Motion 170 als erledigt ab.
- V. Der Grosse Stadtrat schreibt das Postulat 6 als erledigt ab.
- VI. Der Grosse Stadtrat schreibt das teilweise überwiesene Postulat 191 als erledigt ab.
- VII. Der Grosse Stadtrat schreibt die Motion 5 als erledigt ab.

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme des Berichtes und Antrages 20 vom 6. Juli 2022 betreffend

Zukünftiges Carregime,

gestützt auf den Bericht der Baukommission,

in Anwendung von Art. 13 Abs. 1 Ziff. 1, Art. 27 Abs. 2 und 3, Art. 28 Abs. 1 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999 sowie Art. 52 und Art. 55i des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

- I. Der vorliegende Bericht «Zukünftiges Carregime» wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
- II. 1. Das Reglement über die Gebühren für das zeitlich beschränkte Parkieren (Parkgebührenreglement) vom 12. November 2020 wird wie folgt geändert:

Art. 10 Parkgebühr für Gesellschaftswagen
Die Parkgebühren für Parkfelder für Gesellschaftswagen betragen:

a. Löwenplatz und Kasernenplatz	pro Stunde	Fr. 18.–;
b. Alpenquai/Landenberg	pro Stunde	Fr. 12.–;
	Tagespauschale (24 Stunden)	Fr. 120.–;
c. Brüelmoos	pro Stunde	Fr. 5.–;
	Tagespauschale (24 Stunden)	Fr. 50.–.
2. Diese Änderung tritt am 1. Januar 2023 in Kraft. Sie ist zu veröffentlichen.
- III. Die als Postulat überwiesene Motion 150, Fabian Reinhard und Laura Grüter Bachmann namens der FDP-Fraktion sowie Marcel Lingg und Peter With namens der SVP-Fraktion vom 16. November 2017: «Projektevaluation Parkierungsanlage», wird als erledigt abgeschrieben.
- IV. Die als Postulat überwiesene Motion 170, Korintha Bärtsch und Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion vom 15. Dezember 2017: «Carparkierungskonzept 2.0», wird als erledigt abgeschrieben.
- V. Das Postulat 6, Laurin Murer und Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion, Mario Stübi und Nico van der Heiden namens der SP/JUSO-Fraktion sowie András Özvegyi und Jules Gut namens der GLP-Fraktion vom 15. September 2016: «Carparkierungskonzept ohne Parkhaus Musegg», wird als erledigt abgeschrieben.
- VI. Das teilweise überwiesene Postulat 191, René Peter und Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion vom 4. April 2018: «Ersatz-Car-Parkplätze für das «carfreie Inseli»», wird als erledigt abgeschrieben.
- VII. Die Motion 5, Jules Gut und Laura Kopp namens der GLP-Fraktion vom 13. September 2016: «Unterirdische Bauten im historischen Bereich. Schutzbestimmung für die Museggmauer», wird als erledigt abgeschrieben.
- VIII. Der Beschluss gemäss Ziffer II unterliegt dem fakultativen Referendum.

– **Inputreferat Global Forum on Modern Direct Democracy
Sevgil Musayeva, Chefredakteurin Ukrainska Pravda**

Inputreferat auf Englisch von Sevgil Musayeva (Inhalt nicht protokolliert).

Sevgil Musayeva ist eine ukrainische Journalistin von der Krim. Sie wurde vom Time Magazine zu einer der 100 einflussreichsten Personen des Jahres 2022 ernannt. Sie leitet eine Gruppe von Websites, die Themen wie Wirtschaft, Politik und politische Geschichte des Landes abdecken. Von 2008 bis 2013 war sie als ukrainische Wirtschaftsreporterin für die Tageszeitung Delo, die Wochenzeitung Vlast Deneg und Forbes Ukraine tätig und spezialisierte sich auf Oligarchenstudien und Korruption in der Öl- und Gasindustrie. Frau Musayeva ist sechsmalige Gewinnerin des Presszvanie, eines Preises für die besten Wirtschaftsjournalisten der Ukraine, und erhielt den Anthony Moskalenko Memorial Award für ihren Beitrag zur Entwicklung des ukrainischen Journalismus. Die Nachrichtenseite Ukrayinska Pravda (UP), was so viel wie "ukrainische Wahrheit" bedeutet, erreicht mit ihrem Journalismus täglich bis zu vier Millionen Menschen und ist damit eine wichtige Informationsquelle über den Krieg sowohl für die Menschen in der Ukraine als auch für diejenigen, die die Nachrichten weltweit verfolgen. Für die Menschen in Russland, wo die Seite verboten ist, bietet UP einen Einblick in den Krieg.

– **Dringliches Postulat 198, Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion, Thomas Gfeller namens der SVP-Fraktion, Jules Gut namens der GLP-Fraktion sowie Mario Stübi, Maria Pilotto, Claudio Soldati, Simon Roth, Yannick Gauch und Benjamin Gross, Andreas Felder und Michael Zeier sowie Christov Rolla und Marco Müller vom 18. August 2022:
Revitalisierung des Alten Rathauses am Kornmarkt**

Antrag des Stadtrates: Teilweise Entgegennahme

Rieska Dommann hält an der vollständigen Überweisung fest.

Der Sprechende dankt dem Stadtrat für die ausführliche und aufschlussreiche Antwort auf dieses Postulat. Es freute ihn sehr, dass ein Postulat eingereicht werden konnte, welches über alle Fraktion hinweg Zustimmung fand – oder zumindest teilweise Zustimmung. Die Stadt Luzern kann sich glücklich schätzen, und auch der Grosse Stadtrat kann sich glücklich schätzen, dass sie über ein so wunderschönes Rathaus verfügen. Ein Rathaus, welches eine unglaubliche Qualität aufweist. Es gibt wohl weit und breit keinen anderen so schönen Saal, wo ein Parlament tagen könnte. Seit Jahrhunderten, seit vielen Generationen, wird dieser Saal und das Rathaus vom Parlament genutzt. Daher besteht auch eine historische Verantwortung, dass darüber diskutiert wird, wo der Grosse Stadtrat zukünftig tagen möchte – als Gast im Kantonsratssaal oder wieder da, wo seit vielen Generationen getagt wurde.

Das Postulat enthält zwei Forderungen. In erster Linie geht es darum, dass die Tradition langfristig weitergeführt werden kann, dass die Ratssitzungen wieder im eigenen wunderschönen Saal durchgeführt werden. Bei der zweiten Forderung geht es um die Umsetzung – bis Ende Jahr – möglichst schnell. Das ist ein wichtiges Anliegen. Der Sprechende möchte nicht erst in der nächsten Legislatur wieder mit dem Grossen Stadtrat dort debattieren, sondern früher. Wie gesagt: bis Ende Jahr. Wenn es Frühling wird, ist das auch kein Beinbruch, aber sicher nicht erst in der nächsten Legislatur. Das ist ein Grund, warum an der vollständigen Überweisung festgehalten wird. Es muss schneller gehen. Es muss vorwärtsgehen. Selbstverständlich sind die Anliegen der Denkmalpflege wichtig und ernst zu nehmen. Das ist auch dem Sprechenden persönlich ein Anliegen. Die Denkmalpflege muss miteinbezogen werden, das wurde auch im Postulat deutlich zum Ausdruck gebracht.

Die Gründe, die der Stadtrat aufführt, warum man den Saal nicht möglichst bald wieder nutzen kann, versteht der Sprechende nicht. Er ist nun seit zehn Jahren in diesem Parlament und seit diesen zehn Jahren wird die Diskussion über die Audioanlage geführt. Der Stadtrat hat es in diesen zehn Jahren nicht zustande gebracht, im Saal des alten Rathauses eine vernünftige Audioanlage zu installieren. Alle, die bereits in diesem Saal waren, wissen, wie man damals Mikrofone umherschob – und das über acht Jahre.

Dieses Problem lag schon so lange auf dem Tisch und man verpasste es, eine Lösung zu finden. Und jetzt wird es als Begründung verwendet, warum man nicht zurück in den eigenen Saal kann. Der Sprechende ist der Meinung, dass es sich hier um technische Herausforderungen handelt, die so einfach lösbar sind, dass sie nicht als Begründung verwendet werden können. In Sachen Livestream ist der Sprechende der Ansicht, dass es ausreichend ist, wenn nur der Ton übertragen wird. Ein Audio-Livestream reicht. Es braucht nicht zwingend ein Bild dazu. Wenn Mikrofone vorhanden sind, welche die Übertragungen aufzeichnen, wie das früher war, und für die Protokollierung dienen, kann man auch aus diesen Tonaufnahmen ein Livestreaming machen. Wenn man es dann besonders komfortabel gestalten möchte, kann man immer noch ein Bild der sprechenden Person einblenden, damit die Leute zu Hause eine Vorstellung haben, wie diese Person aussieht. Aber die Leute müssen ja nicht beim Sprechen zusehen, es reicht, wenn sie es hören. Ob es Kameras braucht oder nicht, über das kann noch diskutiert werden. Und wenn es mit den Kameras nicht geht, dann reicht wie gesagt der Ton.

Im Postulat wurde geschrieben, dass es sich beim Parkettboden um keine historische Bausubstanz handelt. Dieser wurde vor einigen Jahrzehnten eingebaut und er kann zweifelslos sorgfältig ausgebaut und anschliessend wieder eingebaut oder auch ersetzt werden. Aber es gibt sicher viel Potenzial, wenn dieser Boden ausgebaut werden kann. Dies im Unterschied zum Portraitsaal, wo es ein wunderschönes altes Parkett hat, welches aber leider immer abgedeckt ist, weil man es schützen muss. Aber im Ratssaal hat es keinen historischen Boden. Den kann man entfernen und Kabel legen. Hier gibt es keine unüberwindbaren Hindernisse. Aus diesem Grund möchte der Sprechende so schnell wie möglich zurück. Das ist das Anliegen der FDP-Fraktion. Das Vorgehen des Stadtrates, eine externe Fachkraft beizuziehen, die zusammen mit der Geschäftsleitung und der Denkmalpflege ein schönes und erfreuliches Projekt ausarbeitet, wird unterstützt.

Marco Müller: In der G/JG-Fraktion ist die Situation ausgeglichen: Es gibt Mitglieder, die dafür sind, und einige, die dagegen sind, und es gibt eine grosse Menge, die sich der Stimme enthält. Das bringt zum Ausdruck, wie unterschiedlich man die Frage beurteilen kann. Der Sprechende gehört zu denen, die diesen Vorstoss mitunterzeichnet haben.

Wenn das Postulat vollständig überwiesen wird, geht man zeitnah zurück, führt die Sitzungen im Rahmen, wie es vor Corona war, weiter. Das ist ziemlich schnell möglich. Was es braucht, ist eine neue Mikrofonanlage. Die muss dazugemietet werden. Den Livestream könnte man, wie es Rieska Dommann bereits sagte, vorerst rein als Audioübertragung vorsehen. Der Sprechende fände es in diesem Zusammenhang interessant zu wissen, wie viele aktuell den Video-Livestream verfolgen, und wie viele die Sitzung später verfolgen würden, wenn es nur noch einen Audio-Livestream gäbe. Würden weniger Leute die Sitzung verfolgen, wenn es nur noch eine Audioübertragung wäre? Audio ist in der Gesellschaft relativ weit verbreitet.

Einige Ratsmitglieder wissen nicht, wie es im alten Ratssaal ist. Bei einer vollständigen Überweisung geht man zurück und probiert es einmal aus. Dann kann man parallel dazu das erwähnte Projekt ausarbeiten. Der Sprechende geht davon aus, dass es lange dauert, bis dieses Projekt ausgearbeitet ist. Danach kann man auf der Basis von beiden Varianten, also Rathaus und Kantonsratssaal, entscheiden, was besser ist. Oft wird auch die Thematik der Abstimmungsanlage erwähnt. Der Sprechende hält von dieser nicht so viel. Einerseits findet er es ein schönes Ritual, wenn man sieht, wer wie abstimmt, und andererseits ist er ein Freund eines effizienten Ratsbetriebs. Es ist nicht effizienter, wenn man Abstimmungen mit einer digitalen Anlage durchführt, denn das Ratspräsidium sieht oftmals sofort, wie die Stimmenverhältnisse sind. Das Argument mit der Abstimmungsanlage gilt daher für den Sprechenden nicht.

Mario Stübi: Auch die SP-Fraktion ist sehr divers unterwegs. Der Sprechende weiss nicht, wer wie stimmen wird, daher gibt er nur seine Haltung als Mitunterzeichner bekannt. Er sieht es wie seine Vorredner und ist für die vollständige Überweisung des Postulats. Es ist wichtig, den Zeithorizont im Auge zu behalten. Verlangt wurde Ende Jahr – wenn es dann etwas länger dauert, fällt niemandem eine Zacke aus der Krone. Der Sprechende wird das Gefühl nicht los, dass, wenn das Postulat teilweise überwiesen wird, die Legislatur nicht auf der anderen Reussseite beendet wird. Aber das möchte er.

Der Antwort des Stadtrates ist zu entnehmen: «Der Stadtrat empfiehlt dem Grossen Stadtrat, den Grundsatzentscheid betreffend dauerhafte Rückkehr in den Ratssaal gestützt auf solide Planungsgrundlagen zu

fällen ...» – das hört sich für den Sprechenden nach viel Zeit an – «... und nicht im Rahmen eines Dringlichen Postulates.» Der Sprechende sagt das Folgende mit Absicht etwas provokativ: Erst dank diesem Vorstoss befasste sich die Verwaltung überhaupt näher mit diesem Thema. Vielleicht folgt nun eine schnelle Widerrede, aber seit Jahren stieg im alten Ratssaal die Mikrofonanlage immer wieder aus. Damals eilte diese Problematik nicht, und nun muss man hier so viele Abklärungen treffen?

Ein anderer Aspekt machte den Sprechenden ebenfalls etwas stutzig. «Aus denkmalpflegerischer Sicht sind die technischen Anforderungen stark zu reduzieren und an die Ausgangslage der wertvollen historischen Bausubstanz anzupassen.» Bei aller fachlicher Kompetenz der kantonalen Denkmalpflege – aber das geht doch nicht! So ablehnend? Dann hat man irgendwann einfach ein leeres Haus. Man hat schon immer im historischen Kontext Liegenschaften angepasst, so wie man sie brauchte. Damals sprach niemand von Denkmalpflege. Denkmalpflege ist wichtig, aber wenn es darum geht, irgendwo eine Kamera aufzustellen oder ein Kabel zu legen, sollte das möglich sein. Der Sprechende wünschte sich hier eine offenere Haltung der Denkmalpflege, denn mit der jetzigen verhindert sie einen modernen Ratsbetrieb im Rathaus. Dann wäre der Grosse Stadtrat gezwungen, hier im Kantonsratssaal zu bleiben. Daher der Druck des Parlaments. Man möchte zurück in den Ratssaal und man wünscht einen zeitgemässen Ratsbetrieb.

Zum Thema Abstimmungsanlage: Der Sprechende ist Fan von Transparenz. Er möchte gerne wissen, wer damals wie abstimmte. Das kann man im Bundesparlament und das kann man im Kantonsrat – das ist praktisch. Gleichzeitig hat das Handaufheben etwas Schönes. Es ist etwas Urdemokratisches und tatsächlich geht es wahrscheinlich schneller, wenn es sich um rudimentäre Abstimmungen handelt und man schon weiss, dass alle dafür oder alle dagegen sind. Dann muss man nicht noch warten, bis das Resultat angezeigt wird.

Der Sprechende stellt eine Idee in den Raum, welche man hinsichtlich von Google und China durchaus kritisch sehen kann: Gesichtserkennung. Vielleicht gibt es Systeme, welche die Gesichter wahrnehmen können und erkennen, dass diese Person den Arm erhebt. Das wäre super. Man könnte den Arm erheben, müsste keine Taste drücken und hätte trotzdem ein perfektes Abstimmungsergebnis. Vielleicht gibt es ein solches System und der Grosse Stadtrat wäre das erste Parlament, welches es einführt. Vielleicht ginge es auch mit einer Schweizer Softwarefirma, damit die Daten nicht irgendwo landen. Aber das wäre nur ein Supplement.

Jona Studhalter stört an diesem Dringlichen Postulat bzw. an seiner vollständigen Überweisung, dass sie an dem, was das Parlament zu tun hat, vorbeischiessen. Das Parlament muss nämlich transparent politische Entscheide treffen, und dies unabhängig davon, ob sie im Kantonsratssaal oder im Saal des Grossen Stadtrates getroffen werden. Es ist natürlich noch ironischer, wenn man nur wegen des schönen Rathauses zurückmöchte, aber danach findet, dass es dort keinen Livestream mit Bild braucht. Warum geht man denn zurück? Nicht wegen des schönen Raumes.

Für den Sprechenden sind die transparenten politischen Entscheide wichtig. Daher braucht es einen Livestream mit Bild. Wenn man einen Podcast hört, bei dem mehr als vier Personen sprechen, wird es schwierig. Hier im Grossen Stadtrat sind es über 50 Personen, die mitreden können.

Aus Sicht der Transparenz ist ein Video-Livestream wichtig für eine politische Debatte, damit die Leute immerhin zuschauen können – auch wenn es nicht viele sind, aber es ist wichtig, dass es möglich ist. Daher stimmt der Sprechende gegen diesen Vorstoss und bittet im Sinne der Transparenz und der Demokratie, dass die Ratsmitglieder dem folgen. Er würde gerne in den Ratssaal zurück, aber nur mit Livestream.

Michael Zeier-Rast: Alle hier im Saal diskutieren immer wieder über Wörter und Schreibweisen, damit man den Menschen und der Gesellschaft gerecht wird. Es ist also relevant, wie man etwas sagt. Denn so, wie man spricht, denkt man auch, und so, wie man denkt, spricht man auch. Es ist relevant, wo man arbeitet. Wer sind wir? Und wo gehören wir hin? Wer wählte uns, um welche Funktion wahrzunehmen? Die Mitglieder des Grossen Stadtrates wurden von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Luzern gewählt, um das Parlament der Stadt Luzern zu bilden. Mit allen Konsequenzen, wie sie Jona Studhalter schon erwähnte, wie z. B. Transparenz – man könnte noch darüber diskutieren, was Transparenz im Endeffekt bedeutet. Daher ist es für den Sprechenden klar, dass der Grosse Stadtrat im Normalfall –

nicht in Krisenzeiten – in das Haus gehört, welches dafür gebaut wurde, nämlich ins Rathaus. Es ist interessant, dass dieser Vorstoss auf einer Reise entstand, bei der der Grosse Stadtrat zu den Wurzeln der Stadt Luzern reiste (Ausflug des Grossen Stadtrates nach Murbach). Warum? Man dachte über diesen bedeutenden Ort nach – auch wenn dort nicht mehr so viel steht. Dieser Ort löste etwas aus. Man dachte: «Hey, Corona ist vorbei. Wir sind wieder in der normalen Zeit und das soll man merken.» Daher setzte man sich zusammen und beschloss, dass man zurückmöchte an den Ort, wo der Grosse Stadtrat hingehört.

Die Aussage von Mario Stübi zur Denkmalpflege ist hochinteressant. Es muss ja im innersten Interesse der Denkmalpflege sein, dass der Grosse Stadtrat wieder ins alte Rathaus zurückkann. Denn das ist die Urdee der Nutzung dieses Gebäudes. Bei vielen Gebäuden in der Stadt und im Kanton besteht genau dieses Problem, dass man sie nicht mehr für den ursprünglichen Zweck nutzen kann. Daher stehen diese Gebäude leer und man muss sich irgendetwas überlegen, um sie auf andere Art und Weise zu beleben. Hier steht das Gebäude für seine ursprüngliche Nutzung bereit. Der Grosse Stadtrat kann zurück. Man könnte morgen die Türen öffnen.

Alle diejenigen, die je etwas mit Theater zu tun hatten, wissen, dass nicht immer alles perfekt sein muss. Aber es muss funktionieren. Und das geht bereits heute im Ratssaal. Warum die Funkanlage nicht funktionierte, hat jeder, der schon einmal etwas mit Ton zu tun hatte, gewusst: weil die Frequenzen anders organisiert wurden. Aber auf der Welt gibt es viele Theater- und Musicalbetriebe, die sehr viele Funkstrecker haben, bei denen kein Handy reinfunkeln kann – weil die Grenzzonen festgelegt sind, auch wenn die Bandbreiten heute nahe beieinanderliegen. Daher: Frauen gehören ins Bundeshaus, der Grosse Stadtrat gehört ins Rathaus!

Thomas Gfeller: Was der Stadtrat in seiner Antwort auf das Dringliche Postulat schreibt, kann die SVP-Fraktion nachvollziehen, ausser dem letzten Abschnitt, der besagt, dass der Entscheid über die Rückkehr in den Ratssaal nicht aufgrund eines Dringlichen Vorstosses gefällt werden soll, sondern aufgrund solider Planungsgrundlagen. Seit zwei Jahren grassiert die Corona-Pandemie und seit dieser Zeit tagt der Grosse Stadtrat im Kantonsratssaal. Wenn der Stadtrat sagt, dass man mehr Zeit benötigt, den Ratssaal zu ertüchtigen, ist nicht ganz klar, wie lange es noch für die Planung bzw. die Umsetzung braucht. Der historisch schöne Ratssaal war schon vor der Corona-Pandemie sanierungsbedürftig. Jeder, der bereits darin tagte, spürte die Mängel. Im Sommer war es zu heiss, im Winter zu kalt, die Sprechanlage funktionierte nicht oder nur teilweise, es gab keine Abstimmungsanlage und nur ganz privilegierte Sitzplätze verfügten über einen Stromanschluss. Trotz all dieser Mängel hat der Ratssaal Charme, und das ist es, was dazu bewegt, wieder «nach Hause» zu gehen. Es ist der Saal des Grossen Stadtrates. Der Stadtrat verpasste es schlichtweg, während der Corona-Pause mit Hochdruck die geforderte Planungsgrundlage zu erarbeiten. Vielleicht machte man sich hinter verschlossenen Türen über Renovationen Gedanken – diese drangen aber bisher nicht bis zu den Mitgliedern des Grossen Stadtrates durch. Glücklicherweise leben wir heute im Jahr 2022 und haben grosse technologische Revolutionen hinter uns. Der Sprechende hofft auf noch mehr bahnbrechende Entdeckungen. Aufgrund des heutigen Standes der Technologie ist es durchaus möglich, ohne grosse baulich einschneidende Veränderungen den Bestellkatalog umzusetzen. Der Katalog beinhaltet eine elektrische Abstimmungsanlage, eine Konferenzfunkanlage, einen Livestream, gutes WLAN, genügenden Stromanschluss und bessere Beleuchtung. Der laienhafte Sachverstand des Sprechenden wird mit diesem Bestellkatalog nicht sonderlich an den Anschlag gebracht. Die Begriffe sind ihm bekannt und er sieht keine grosse Herausforderung darin, diesem Anspruch gerecht zu werden. Die SVP-Fraktion hält an der vollständigen Überweisung fest.

Martin Abele: Für die unterzeichneten Postulantinnen und Postulanten ist klar, dass der Grosse Stadtrat auch in Zukunft im alten Rathaus am Kornmarkt tagt und so das Gebäude gemäss seiner Bestimmung weiter genutzt wird, wie das seit Jahrhunderten der Fall war. Das ist die Begründung, warum man ins alte Rathaus zurückmöchte: Weil es seit Jahrhunderten so ist, weil es das Rathaus des Grossen Stadtrates ist, weil man dort zu Hause ist, weil man dort hingehört – alles nostalgische Gründe, aber kein einziger wirklich sachlicher Grund. Hier im Kantonsratssaal hat man einen zweckmässigen Saal, der alles hergibt, was man braucht, um Ratssitzungen abzuhalten. Alles ist installiert, es hat eine Mikrofonanlage und eine Audio- und Videoübertragung, damit die Leute zu Hause oder wo immer sie sind, die Ratssitzungen verfolgen können – und alles für Fr. 500.– pro Sitzung. Wenn man nun ins alte Rathaus zurückgeht, dann ist

das für die einen vielleicht schön für das Gemüt, aber es wird auf jeden Fall teurer und von der Infrastruktur her weniger gut als hier im Kantonsratssaal.

Weiter wird im Postulat geschrieben, man möchte unbedingt, dass die interessierte Bevölkerung wie auch die Mitarbeitenden der Verwaltung und die Medienschaffenden die Debatten weiterhin mitverfolgen können. Aber es sei als Ziel anzustreben, dass die Medien nicht mehr im Ratssaal anwesend sind. Also eigentlich möchte man die Medien draussen haben. Das findet der Sprechende unschön.

Gleichzeitig steht im Postulat – und das erstaunt den Sprechenden doch sehr: «Dank der Liveübertragung der Sitzung kann auch geprüft werden, ob auf die Anwesenheit von Publikum im Ratssaal verzichtet werden kann.» Man möchte sich also eigentlich von der physischen Begegnung mit dem Publikum verabschieden. Natürlich kommen meistens nicht sehr viele Leute, aber man muss die Möglichkeit bieten, dass Publikum anwesend sein kann. Und eigentlich sollte man nicht davon ausgehen, dass es wenig Publikum hat. Man sollte eher darauf hinwirken, dass die Sitzungen für das Publikum wieder attraktiver werden. Als der Sprechende noch nicht im Grossen Stadtrat war, führte der damalige Ratspräsident Daniel Furrer einmal eine Abendsitzung durch, und tatsächlich kamen die Leute sehr zahlreich. Man konnte sie sogar nur gestaffelt in den Ratssaal lassen. Diejenigen, die noch nicht im Ratssaal waren, mussten die Sitzung im Portraitsaal nebenan auf einem Grossbildschirm verfolgen. Der Sprechende findet es eine sehr unschöne Note, wenn man sagt, die Leute könnten die Sitzung ja von zu Hause aus verfolgen.

Zur Bemerkung von Rieska Dommann, es reiche, wenn die Leute zuhören können, meint der Sprechende, dass man auch beachten muss, dass es Leute gibt, die nicht hören können. Auch diesen muss man Rechnung tragen. In dieser Sache ist man heute auch mit dem Videostream zu wenig gut unterwegs. Denn Menschen mit Hörproblemen müssten mindestens noch Untertitel haben, was natürlich schwierig ist, oder sonst bräuhete es eine Übersetzung in die Gebärdensprache. Auf jeden Fall müsste man auch möglichst viel für Menschen mit Beeinträchtigungen zur Verfügung stellen.

Der Sprechende sieht wenige sachliche Gründe, warum der Grosse Stadtrat zurück ins Rathaus wechseln sollte. Im Kantonsratssaal hat man die ideale Infrastruktur. Man kann sehr viele Synergien mit dem Kanton nutzen und sollte das auch tun.

Marco Müller: Verschiedene Anliegen im Vorstoss sind mit «kann» formuliert. Das bedeutet, dass es kein Muss ist. Das betrifft sowohl die Situation der Medien als auch der Zuschauerinnen und Zuschauer. Der Sprechende anerkennt, dass in den letzten zwei Jahren in der Verwaltung betreffend Organisation der Ratssitzungen ein grosser Effort geleistet wurde. Diesen möchte er auch würdigen. Ihm ist bewusst, dass Abklärungen getroffen wurden und es nicht einfach ist, zurück in den Rathaussaal zu wechseln. Die vollständige Überweisung bedeutet darum für die Postulantinnen und Postulanten: Schritt 1: zurückgehen und prüfen, was betreffend den Livestream sofort möglich ist; Schritt 2: Zeit haben, um eine längerfristige Lösung aufzugleisen. Darüber würde man ja wieder hier im Parlament diskutieren.

Christov Rolla ist etwas gespalten. Er versteht fast alle Gründe, hier im Kantonsratssaal zu bleiben, aber zu fast allen Gründen gibt es auch einen Gegengrund. Ein Beispiel sind die Platzverhältnisse. Hier im Kantonsratssaal hat man sehr viel Platz, was komfortabel ist. Gleichzeitig ist es aber auch sehr mühsam, wenn man fraktionsintern Absprachen treffen möchte, z. B. bei spontanen, unvorbereiteten Protokollbemerkungen. Die Luft ist im Kantonsratssaal viel besser, aber das Licht empfindet der Sprechende als sehr unangenehm. Es gibt also durchaus sachliche Gründe, wieder in den Rathaussaal zu wechseln. Der Sprechende nimmt Bezug auf eine Bemerkung von Michael Zeier-Rast und meint, dass er das Rathaus nicht unbedingt als «die Wiege der Demokratie weltweit» bezeichnen würde, aber es ist doch so etwas wie das Zuhause des Grossen Stadtrates. Der Grosse Stadtrat muss sehr dankbar sein, dass er die letzten zwei Jahre hier im Kantonsratssaal Gastrecht geniessen durfte, aber die Stadt hat ihre eigenen Räumlichkeiten verdient, sie ist nicht Untermieterin des Kantons. Die Stadt ist eine andere Ebene als der Kanton, die aber oft auch auf Augenhöhe mit dem Kanton operieren muss. Wenn man schon zwei Räumlichkeiten hat, sollte man auch beide bespielen können. Der Sprechende fände es «rüddig» schade, wenn der Rathaussaal einfach leer stünde.

Stefan Sägesser sieht es ähnlich wie Christov Rolla. Luzern ist natürlich nicht «die Wiege der Demokratie», aber dieses Parlament braucht eine Heimat, einen Ort, wo es zu Hause ist und die Ratsdebatten geführt werden. Die vollständige Überweisung zielt darauf ab, dass man möglichst schnell vorwärts macht.

Es ist aber trotzdem einfach ein Postulat. Man kann ja auch schrittweise vorgehen und entscheiden, was man umsetzt und was nicht. Persönlich findet es der Sprechende nicht gut, wenn man die Medien ausgrenzen würde. Wenn man ein Mikrofonkabel verlegen kann, kann man sicher auch eine Kamera installieren. Das ist durchaus machbar. In der heutigen Zeit geht man ja mit Kameras im menschlichen Körper bis zum Herzen hinein und schaut, wie es dort aussieht. Warum sollte man dann nicht im Ratssaal schauen können, wie es aussieht?

Der Sprechende kann sich auch vorstellen, dass man es wie in Edinburgh macht und für das Parlament ein neues Haus baut. In Schottland wollte man das so und es wurde so gemacht. Ein tolles Gebäude. Dort sind sogar Kommissionssitzungen mit Besucherinnen und Besuchern und mit Livestream erlaubt. Auch das ist eine Möglichkeit. Es zeigt, dass ein Parlament eine Funktion hat. Diese Funktion möchte man transparent darlegen, und man sollte sie auch eigenständig darlegen können.

Der Sprechende schätzt es sehr, dass der Grosse Stadtrat hier im Kantonsratssaal sein durfte. Ein Wechsel zurück in den Rathaussaal würde es jedoch erlauben, den Blick wieder mehr auf sich selber und die eigenen Geschäfte zu fokussieren. Die Mitglieder des Grossen Stadtrates würden dort vielleicht auch wieder weniger mit Laptops arbeiten.

Die GLP-Fraktion begrüsst es grossmehrheitlich, wenn der Grosse Stadtrat ins Rathaus zurückwechselt, und hofft, dass dort eine Lösung gefunden wird, die den Ansprüchen einer modernen Demokratie standhält und eine Partizipation von interessierten Besucherinnen und Besuchern zulässt.

Sonja Döbeli Stirnemann ist, wie alle wissen, ein grosser Fan des Rathaussaales. Sie unterstützt alle bereits genannten Argumente für eine Rückkehr und möchte noch ein weiteres ergänzen. Hier im Kantonsratssaal ist der Grosse Stadtrat Mieter. Als sie als Ratspräsidentin die Ratssitzungen plante, hiess es manchmal, dass der Grosse Stadtrat bis maximal zu dieser Uhrzeit tagen dürfe, weil danach der Regierungsrat den Saal benötige. Der Grosse Stadtrat ist also wirklich ein kleiner Bittsteller und muss sich nach dem Kanton richten. Der Kanton kann entscheiden und der Grosse Stadtrat ist Untermieter. Das hat etwas Demütigendes. Es ist doch viel schöner, einen eigenen Raum zu haben und tagen zu können, wann man möchte. Darum ist die Sprechende der Meinung, dass der Grosse Stadtrat einen eigenen Raum braucht.

Silvio Bonzanigo schliesst sich grossmehrheitlich der Haltung und Meinung von Martin Abele an. Es ist nicht angängig, gerade jetzt, wo die Entfremdung von Volk und Politik und von Politik und Medien immer thematisiert wird, in Kauf zu nehmen, dass weder Medienvertreter noch Leute aus dem Publikum an Ratssitzungen live teilnehmen können. Das ist ein falscher Weg, der davon wegführt, dass sich das Parlament als Volksvertretung bezeichnen darf. Der Sprechende plädiert dafür, vorläufig hier im Kantonsratssaal zu bleiben, wenn nicht überzeugendere Argumente für diesen schnellen Umzug dargelegt werden können.

Eine kleine Anekdote: Der Sprechende bekam von jemandem, der den Livestream beobachtete, eine Nachricht mit dem Inhalt, er wolle doch auch wissen, wie die Mitglieder des Parlaments gekleidet sind. Es gibt also verschiedenste Motive, dass ein Bild auch eine Rolle spielt. Sinnliche Wahrnehmungen sind wichtiger, als man glaubt. Daher ist auch der Sprechende der Meinung, dass ein Parlaments-Podcast nicht genügt. Bildübertragungen sind zwingend. Sonst muss man sagen, dass der Grosse Stadtrat nicht fähig ist, einen Livestream zu ermöglichen.

Lisa Zanolla stellt die Frage, warum der Grosse Stadtrat im Kantonsratssaal ist. Der Grund war die Corona-Pandemie. Damals war der Hauptgrund der Abstand, der eingehalten werden musste. Bis jetzt wechselten alle Parlamente, die während der Pandemie irgendwo anders tagten, wieder zurück in ihre Säle.

Vor Corona diskutierte man nicht darüber, ob es einen Livestream braucht. Über die Abstimmungsanlage wurde diskutiert und man wusste, dass die Verkabelung der Mikrofonanlage nicht so gut ist. Diese Probleme wurden erkannt. Die Sprechende fände es sehr schade, wenn man nicht zurück in den Rathaussaal wechseln würde. Es wurde auch die Frage gestellt, was mit dem Gebäude bzw. dem Raum sonst passieren würde – der bleibt leer. Hier ist die Sprechende sehr patriotisch und möchte gerne wieder zurück ins Rathaus.

Stadtpräsident Beat Züsli dankt für die interessante Diskussion. Es ist sehr spannend, dass sich die verschiedenen Haltungen quer durch alle Fraktionen ziehen. Im Fazit seiner Stellungnahme hält der Stadtrat fest, dass es Sache des Grossen Stadtrates ist, zu entscheiden, wo er zukünftig tagen möchte. Aber dazu braucht es eine fundierte Grundlage. Der Sprechende betont, dass die Aussage, es habe bisher noch keine Abklärungen gegeben, nicht richtig ist. Man blieb bei den Abklärungen einfach irgendwo stecken, weil die Auflagen der Denkmalpflege Lösungen erschweren.

Nun zeichnet sich ab, dass der Vorstoss vollständig überwiesen wird. Deshalb wird man sicher die folgenden Themen neu prüfen: Livestream – ein ausschliesslicher Audiostream wäre eher ein Rückschritt –, Mikrofonanlage, Abstimmungsanlage, und sicher auch wichtig ist der Stromanschluss. In den letzten zwei Jahren gab es eine Veränderung im Parlament: Alle sind nun viel digitaler unterwegs. Daher ist ein guter Stromanschluss unabdingbar.

Der Stadtrat wollte das Postulat teilweise entgegennehmen, weil der Zeithorizont bis Ende Jahr nicht realistisch ist. Das Anliegen «möglichst bald» wird aufgenommen – Frühling 2023 wird geprüft.

Dass die Medien und das Publikum von der physischen Anwesenheit ausgeschlossen werden könnten, erachtet der Stadtrat nicht als sinnvoll.

Ein Thema, das sicher noch erwähnt werden muss, sind die Kosten. Wenn der Grosse Stadtrat in den Ratssaal zurückkehren möchte, braucht es einen Umbau. Es braucht sehr aufwendige Installationen. Das wird nicht günstig. Hier im Kantonsratssaal hat die Stadt einen fixen Mietpreis. Klar muss sie als Mieterin auch gewisse Einschränkungen in Kauf nehmen, aber es ist davon auszugehen, dass es eine teurere Lösung wird, wenn der Grosse Stadtrat zurück ins Rathaus wechselt. Der Sprechende betont aber noch einmal, dass es Sache des Parlaments ist, darüber zu entscheiden.

Die genannten Anliegen werden nun aufgenommen und zusammen mit einer Fachperson unter Einbezug der Geschäftsleitung besprochen.

Der Grosse Stadtrat überweist das Postulat 198 vollständig.

4 Bericht und Antrag 19/2022 vom 29. Juni 2022: ÖV-Förderung durch Vergünstigungen für Kinder und Jugendliche der Stadt Luzern – Sonderkredit

EINTRETEN

Bildungskommissionspräsident Christov Rolla: Die Bildungskommission des Grossen Stadtrates hat an ihrer Sitzung vom 18. August 2022 den Bericht und Antrag 19/2022: «ÖV-Förderung durch Vergünstigungen für Kinder und Jugendliche der Stadt Luzern» beraten und verabschiedet.

Wie schon bei der Beratung des Antrages 11 des Kinderparlaments, dessen Überweisung durch den Grossen Stadtrat zum nun vorliegenden Bericht und Antrag führte, herrschte in der Kommission Einigkeit darüber, dass soziale Teilhabe und Selbstständigkeit ein hohes Gut sind. Entsprechend war sich die Kommission einig, dass es allen Kindern möglich sein sollte, ungeachtet des elterlichen Budgets Freizeitaktivitäten unternehmen zu können. Unbestritten war auch, dass Elterntaxis unter den städtischen Fortbewegungsmöglichkeiten für Ökologie, Verkehrsfluss und Selbstständigkeit der Kinder die nachteiligsten sind. Ob eine Vergünstigung des öffentlichen Verkehrs für Kinder und Jugendliche die Zahl der Elterntaxis tatsächlich zu reduzieren vermag, wurde von einigen Kommissionsmitgliedern infrage gestellt. Eine diesbezügliche Überprüfung und Auswertung im Rahmen der Pilotphase ist in den Augen der Kommission zwingend.

Unterschiedlich beurteilt wurde die Ausgestaltung des Lösungsvorschlags. Einige Kommissionsmitglieder kritisierten, dass die Gutscheine nach dem Giesskannenprinzip für alle Kinder und Jugendlichen statt nach Bedarf ausgegeben werden sollen, befanden den Betrag von Fr. 300.– als zu hoch und betonten, dass mit dem vorliegenden Lösungsansatz kein Anreiz für die Fortbewegung mit dem Velo oder zu Fuss gesetzt werde. Eine Mehrheit der Kommission teilte die Einschätzung des Stadtrates, dass das Giesskannenprinzip in diesem Fall eine praktikable Lösung ist. Sie beurteilte die Höhe des Gutscheins als eine angemessene und vertretbare Vergünstigung im Sinne des Antrags des Kinderparlaments und stellte sich

auf den Standpunkt, dass eine Förderung des Fuss- und Veloverkehrs zwar wünschenswert wäre, aber nicht Bestandteil des Antrags an den Stadtrat war. Ein Antrag auf Nichtbehandlung des Berichts und Antrags wurde in der Folge grossmehrheitlich abgelehnt.

Rege diskutiert wurden die konkreten Modalitäten des vorgeschlagenen Lösungsansatzes. Mehrere Kommissionsmitglieder äusserten Bedenken, dass das vorgeschlagene Modell kompliziert zu vermitteln sein könnte. Hier ist in den Augen der Kommission eine klare und leicht nachvollziehbare Vermittlung angezeigt. Der Umstand, dass der Gutschein nur einmal angewendet werden kann und etwaige Restbeträge ausschliesslich in nicht personalisierte Mehrfahrtenkarten umgewandelt werden können, schien der Kommission nicht optimal, auch wenn es nach Abklärungen mit dem Verkehrsverbund derzeit die einzige praktikable Möglichkeit zu sein scheint, das restliche Guthaben nicht verfallen zu lassen. In diesem Zusammenhang überwies die Kommission eine Protokollbemerkung, welche verlangt, dass die Möglichkeit einer Koppelung an die Junior Card beziehungsweise den SwissPass überprüft wird.

Es ist klar, dass sich einige offene Fragen wie etwa die Nutzungsdichte oder wie erwähnt der Einfluss auf die Elterntaxi erst im Verlauf der Zeit klären lassen. Deswegen begrüsst die Kommission, dass es sich beim vorliegenden Vorschlag vorerst um ein dreijähriges Pilotprojekt handelt, und sie betonte die Wichtigkeit einer engen Begleitung und detaillierten Auswertung.

Abschliessend stimmte die Bildungskommission dem Kredit von 4,995 Mio. Franken grossmehrheitlich zu. Sie empfiehlt dem Grossen Stadtrat, den als Postulat überwiesenen Antrag 11 des Kinderparlaments als erledigt abzuschreiben.

Jules Gut: Die GLP-Fraktion wird auf den Bericht und Antrag eintreten und ihm zustimmen. Grundsätzlich ist es ein Fakt, dass für 6- bis 16-Jährige das ÖV-Billett von Fr. 600.– pro Jahr – notabene nur für die Stadt und Agglomeration Luzern – viel zu teuer ist. Erwachsene sind hochmobil mit dem Velo, dem Bus und dem Auto unterwegs. Für Erwachsene ist die Mobilität also alltäglich. Die GLP-Fraktion sieht nicht ein, warum man den Kindern sagen soll, sie müssten das Velo nehmen oder zu Fuss gehen, während man sich selber nur teilweise auf diese Art und Weise bewegt.

Die GLP-Fraktion betrachtet die Vergünstigung um Fr. 300.– als das Mindeste. Das System ist aber sehr kompliziert, die anschliessende Diskussion wird zeigen, ob es auch tatsächlich alle verstehen. In der Kommissionsarbeit hat man gelernt, dass es offenbar nicht anders möglich ist, und dementsprechend ist die Fraktion mit diesem Vorgehen einverstanden.

Die GLP-Fraktion hat aber nach wie vor das Gefühl, dass dieses Gutscheinverfahren von den Eltern auch missbraucht werden kann. Die Eltern könnten die Gutscheine auch einfach selber brauchen. Grundsätzlich findet es die Fraktion aber gut, dass die Stadt den ÖV vergünstigen möchte.

Man kann sich aber auch überlegen, ob man nicht generell für Kinder bis 12 Jahre den ÖV gratis anbieten sollte. Warum bis 12 Jahre? Ab 12 Jahren haben die meisten Kinder ein eigenes Handy und ab dann wäre auch die aufwendige Gutscheinpolitik obsolet. Die Vergünstigungen wären pragmatisch und einfach umsetzbar.

Einige, so auch der Sprechende, sind sowieso dafür, dass der ÖV für Kinder generell gratis sein sollte.

Man sah anhand des 9-Euro-Tickets in Deutschland, was das auslöste.

Die GLP-Fraktion wird auf den Bericht und Antrag eintreten und ihm zustimmen.

Regula Müller: Die SP-Fraktion bedankt sich für den sorgfältig ausgearbeiteten Bericht und Antrag, der aufgrund eines Vorstosses aus dem Kinderparlament entstand. Das Kinderparlament warf mit diesem Vorstoss eine wichtige Frage auf: Welchen Umgang sollen Kinder und Jugendliche in der Stadt Luzern mit den öffentlichen Verkehrsmitteln haben? Im Zusammenhang mit diesem Bericht und Antrag wurde bei den Schülerinnen und Schülern eine Umfrage zur ÖV-Nutzung durchgeführt. Sie brachte spannende Erkenntnisse zutage. Es zeigte sich, dass fast ein Drittel der befragten Kinder regelmässig mit dem Elterntaxi zu ihren Freizeitaktivitäten gebracht wird. Ein vergünstigter ÖV, wie in diesem Bericht und Antrag vorgeschlagen, ist eine Chance, diesem Umstand entgegenzuwirken. Das ist ein Grund, warum die SP-Fraktion diesem Kredit zustimmen wird. Sehr stark für den vergünstigten ÖV spricht aber auch, dass so die Möglichkeit entsteht, Kinder frühzeitig mit dem ÖV vertraut zu machen. Ausserdem soll niemand von Freizeitaktivitäten ausgeschlossen werden, weil die ÖV-Preise zu hoch sind. In Luzern gibt es leider immer noch viele Wege, die mit dem Velo für Kinder viel zu gefährlich sind. Daher sind sie auf den ÖV an-

gewiesen. Das ist eine Tatsache. Den Lösungsansatz, die Vergünstigung mit einem Gutschein anzubieten, findet die SP-Fraktion einen gangbaren Weg. Die Fr. 300.– entsprechen der Hälfte eines Jahresabonnements und sind angemessen.

Mit diesem Projekt ist die Stadt Luzern in einer Vorreiterrolle und zeigt, dass das Label «Kinderfreundliche Gemeinde» gelebt wird.

Der Bericht und Antrag sieht eine dreijährige Pilotphase vor, was die SP-Fraktion sehr begrüsst. Nach dieser Zeit lässt sich evaluieren, wie sich die Vergünstigung effektiv auswirkte.

Die Sprechende bedankt sich im Namen der SP-Fraktion ganz herzlich beim Kinderparlament für die Arbeit und das Engagement.

Die SP-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein, stimmt dem Sonderkredit zu und schreibt das Postulat als erledigt ab.

Marc Lustenberger: Die FDP-Fraktion stellt den **Antrag auf Rückweisung zur nicht weiteren Bearbeitung** [Nichteintreten und Nichtbehandeln]. Das Engagement des Kinderparlaments ist gut und wird ernst genommen. Der Sprechende selbst ist Götti im Kinderparlament. Im konkreten Fall bleibt die Fraktion aber skeptisch – auch bezüglich des Vorschlags eines Pilotprojekts, wie er nun im Bericht und Antrag des Stadtrates vorliegt. Für die FDP-Fraktion stimmt die Stossrichtung grundsätzlich nicht und sie bezweifelt, dass damit das primäre Ziel erreicht wird. Im Vorschlag des Stadtrates gibt es zwar keinen Gratis-ÖV mehr, sondern er ist ein Kompromiss, der das Anliegen des Kinderparlaments aufnimmt. Aber eine Verbilligung für alle Kinder um Fr. 300.– ist doch sehr hoch. Das sind wiederkehrend 1,7 Mio. Franken pro Jahr, ein hoher Betrag. Das Geld wird zudem mit der Giesskanne verteilt und setzt falsche Anreize. Und sollte dieser Betrag noch weiter in Richtung eines vollständigen Gratis-ÖVs für Kinder erhöht werden, läuft das komplett aus dem Ruder. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass es wichtiger ist, das Velofahren und das Laufen bei Kindern zu fördern. Das ist die Stossrichtung, die sie unterstützt.

Konkret geht es darum, die Elterntaxis zu vermeiden. Das ist ein sinnvolles Ziel, aber die FDP-Fraktion bezweifelt stark, ob es mit einer Verbilligung des ÖVs für Kinder erreicht wird. Eltern fahren Kinder mit dem Auto, weil sie besorgt sind und/oder weil es ihnen selber zu mühsam ist, den Bus zu nehmen. Sechs- bis neunjährige Kinder lässt ohnehin niemand gerne alleine in der Stadt herumfahren oder laufen. Somit wird es auch in Zukunft Autofahrten von Eltern zu den Sportvereinen oder in die Musikschule geben, auch mit einem Gratis-ÖV-Angebot. Neu wird aber sein, dass viel mehr Kinder auch ganz kurze Distanzen mit dem Bus zurücklegen werden. Besser wäre, sie würden das mit dem Velo oder zu Fuss tun. So lernt ein Kind die Stadt und seine Schulfreunde aus dem Quartier besser kennen.

Die FDP-Fraktion stört zudem, dass so die Gratis-Mentalität direkt von der Stadt gefördert wird. Das ist falsch. Wie es Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula einmal im Rat sagte, soll der bewusste Umgang mit der Mobilität bereits bei Kindern gefördert werden. Dazu gehört die Erkenntnis, dass die Mobilität auch ihren Preis hat. Daran sollte man festhalten. Darum stellt die FDP-Fraktion den Antrag auf Rückweisung zur nicht weiteren Bearbeitung. Die Weichen werden sonst falsch gestellt. Man sollte die Kinder vielmehr dazu erziehen, dass der ÖV etwas kostet und darum nur gezielt und wenn wirklich nötig eingesetzt wird.

Die Ausgestaltung dieses Pilotprojekts mit dem Gutschein von Fr. 300.–, der aber nur einmal eingelöst werden kann, ist ziemlich kompliziert und ermöglicht den Missbrauch, indem Mehrfahrtenkarten an Familienmitglieder weitergegeben oder sogar an Dritte verkauft werden können.

Viele Eltern möchten wohl kein generelles Jahresabonnement für ihre Kinder, sondern Mehrfahrtenkarten. Für die Mehrfahrtenkarten braucht es ab 2025 Stand heute ein Handy, dies auch für sechsjährige Kinder, denn Papierabos werden abgeschafft. Das ist äusserst fragwürdig und dürfte bei den meisten Eltern für Kopfschütteln sorgen.

Die Elterntaxis werden kaum verschwinden, das Ziel wird also nicht erreicht. Stattdessen wird die unnötige Mobilität bei Kindern, für kurze Wege oder quer durch die Stadt, z. B. durch die ganze Zone 10 in ein Einkaufszentrum, zunehmen. Der ganze Vorschlag inklusive Bericht und Antrag ist nicht wirklich ausgereift, erfüllt seine selbst gesetzten Ziele nicht, lädt zum Missbrauch ein und wird deshalb von der FDP-Fraktion zurückgewiesen und der Sonderkredit abgelehnt.

Lisa Zanolla: Im vorliegenden Bericht und Antrag geht es um ein dreijähriges Pilotprojekt für einen günstigeren ÖV für Kinder und Jugendliche. Das Anliegen erhielt vorgängig im Rat als Vorstoss des Kinderparlaments eine Mehrheit. Dieser Vorstoss wurde von der SVP-Fraktion damals nicht unterstützt. Jetzt geht es um den Bericht und Antrag 19/2022, welcher vom Stadtrat dazu ausgearbeitet wurde.

Der Stadtrat vertritt in seinem Vorschlag keinen Gratis-ÖV mehr, sondern nahm das Anliegen des Kinderparlaments in Form eines Kompromisses auf und setzte es insofern mit dem vorliegenden Bericht und Antrag auch korrekt um. Konkret geht es im Vorstoss des Kinderparlaments vor allem darum, dass das Elterntaxi vermieden werden soll. Das ist sicher ein sinnvolles Ziel, doch die SVP-Fraktion bezweifelt ganz stark, dass es sich mit einer Verbilligung des ÖVs für Kinder wirklich erreichen lässt.

Die SVP-Fraktion findet die Vergünstigung von Fr. 300.– zielführend und sehr gut. Diese Fr. 300.– Vergünstigung sollten aber nur für ein Jahresabonnement gelten. Alles andere, wie Einzelfahrten und Monatskarten, ist nicht ideal. Die verschiedenen Möglichkeiten sind sehr kompliziert und es wird sich zeigen, wie die Kinder und Jugendlichen dieses Angebot der Einzelfahrten nutzen. Die SVP-Fraktion befürchtet, dass das im Bericht und Antrag vorgeschlagene System des Stadtrates zu einem Missbrauch durch die Eltern führen könnte. In dieser Hinsicht ist die SVP-Fraktion skeptisch.

Für die SVP-Fraktion wäre es wichtig, dass die Gutschrift von Fr. 300.– klar für ein Jahresabonnement von Fr. 600.– bestimmt wäre. Somit würden 50 % der Gesamtkosten von der Stadt getragen. Dieses Vorgehen, für Kinder von 6 bis 16 Jahren für die Zone 10, würde die Fraktion voll unterstützen. Nach der Kommissionssitzung wurde die SVP-Fraktion unsicher. Sie ging davon aus, dass man ein Jahresabonnement lösen muss, das Fr. 600.– kostet, um die Fr. 300.– Vergünstigung zu erhalten.

Da es sich hier aber um ein Pilotprojekt von drei Jahren handelt und der Antrag 11 des Kinderparlaments an der Ratssitzung im September 2020 eine Mehrheit fand, wollte sich die SVP-Fraktion im Sinne des demokratischen Entscheids des Rates nicht dagegenstellen. Da es nun aber anders ausgearbeitet wurde und die Möglichkeit besteht, dass nicht nur Jahres- oder allenfalls Monatsabonnemente mit diesem Gutschein bezogen werden können, und so ein grosses Missbrauchspotenzial besteht, kann die SVP-Fraktion nicht mehr dahinterstehen. Für die SVP-Fraktion handelt es sich hier um ein Giesskannenprinzip, eine Bürokratie und einen Missbrauchsanreiz und daher kann sie diesem Bericht und Antrag so nicht zustimmen. Der Fraktion kommt es etwa so vor, als würde man den kleinen Finger geben und die ganze Hand wird weggerissen.

Die SVP-Fraktion wird zwar auf den Bericht und Antrag eintreten, dem Sonderkredit aber nicht zustimmen. Der als Postulat überwiesene Antrag 11 des Kinderparlaments wird von der SVP-Fraktion als erledigt abgeschrieben.

Barbara Irniger: Die G/JG-Fraktion steht dem Bericht und Antrag positiv gegenüber. Dass sich Kinder mit Bus und Zug in der Stadt Luzern selbstständig und ohne Begleitpersonen bewegen können, ist wichtig. Wenn sich nämlich ein Kind schon früh mit den öffentlichen Verkehrsmitteln selbstständig bewegt, ist die Wahrscheinlichkeit grösser, dass es dies auch im Erwachsenenalter tut. Wenn es dafür dann aufs Auto verzichtet, ist dies ein wichtiger Teil zur Lösung des Klima- und Platzproblems. Das ist definitiv ein Ziel der G/JG-Fraktion.

Auch ist die Fraktion klar der Meinung, dass es nicht gut ist, wenn ein Kind aus finanziellen Gründen von gewissen Freizeitaktivitäten ausgeschlossen wird. Wenn die Umsetzung des Berichts und Antrags dazu beiträgt, dass ein Kind mehr mit seinen Kolleginnen und Kollegen mitgehen kann, wird damit ein super Ziel erreicht.

Die G/JG-Fraktion sieht aber auch kritische Punkte. Ein grosses Fragezeichen besteht beim Hauptargument für die Vergünstigung der Billettpreise, bei den Elterntaxis. Aus der Befragung, die durchgeführt wurde, geht nicht klar hervor, warum die Eltern die Kinder mit dem Auto zu den Freizeitaktivitäten fahren. Ist es wirklich der Billettpreis? Oder nicht eher die Angst vor gewissen Gefahren, oder auch Bequemlichkeit oder Zeitdruck? Hier ist wichtig, dass nach der Pilotphase die Begründung für den Wechsel zum ÖV geprüft wird.

Weiter stellt sich die Frage zum Wechsel vom Velo auf den ÖV. Es kann Gründe geben, warum man nicht das Velo nutzt – wenn es z. B. gefährliche Strassenabschnitte gibt. Wenn das Projekt aber dazu führt, dass die Kinder, wenn der ÖV günstiger wird, statt das Velo den ÖV nutzen, ist das definitiv nicht im Sinne der G/JG-Fraktion.

Die Ausführungen zur Auszahlung der Gutscheine hat die Sprechende im Bericht und Antrag mehrmals gelesen, bis sie sie verstand. Das muss für die Eltern anders formuliert werden, damit es verständlicher ist.

Die Kritik von Lisa Zanolla teilt die Sprechende nicht. Sie ist nicht der Meinung, dass das Misstrauen gegenüber Eltern und Kindern so gross sein soll, dass man dieses Vorgehen nicht unterstützen könnte.

Die G/JG-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein, stimmt ihm zu und ist gespannt auf die Auswertungen nach der Pilotphase.

Weiter erwähnt die Sprechende, dass vor allem die Jungen Grünen und auch einzelne andere Fraktionsmitglieder für eine Gratis-Nutzung des ÖVs sind. Weil nun aber das Kinderparlament den Vorschlag des Stadtrates so entgegennimmt und damit einverstanden ist, wird auf einen solchen Antrag verzichtet.

Michael Zeier-Rast: Die Mitte-Fraktion wird grossmehrheitlich eintreten und zustimmen. In dieser Diskussion wurden viele Argumente für den Bericht und Antrag genannt, aber auch einige, die dagegensprechen. Die Diskussion wurde selbstverständlich auch in der Mitte-Fraktion geführt. Letztendlich ist es eine strategische Beurteilung. Worauf setzt man mehr Gewicht? Wenn man der Auffassung ist, dass Menschen alles missbrauchen, ist der Fall klar, dann lehnt man den Bericht und Antrag ab. Oder man stellt sich auf den Standpunkt, dass man diesen Prozess mit dem Kinderparlament eingegangen ist. Damals sagte der Grosse Stadtrat zwar Nein zum Gratis-ÖV, aber man wollte einen Weg suchen. Der Stadtrat machte sich auf den Weg und suchte eine Lösung. Die Mitte-Fraktion ist der Meinung, dass dieser Weg in die richtige Richtung geht und der Ansatzpunkt mit dem Gutscheinsystem umsetzbar ist. Die optimale Lösung gibt es nicht. Die optimalste Lösung wäre, wenn alles gratis wäre. Der Stadtrat musste irgendeine Lösung ausarbeiten. Er legt eine befristete Lösung vor, die nach drei Jahren neu geprüft wird. Alle wissen es, man hörte es in den Voten, dass Luzern verkehrstechnisch für Kinder nicht einfach ist und die Freizeitangebote nicht immer direkt vor der Haustüre sind. Es ist im Interesse aller, dass Kinder in so einer Situation unterstützt werden. Daher steht die Mitte-Fraktion hinter diesem Ansatz, sie wird dem Bericht und Antrag grossmehrheitlich zustimmen und das Postulat abschreiben.

Bildungskommissionspräsident Christov Rolla liest die Stellungnahme des Kinderparlaments vor:

«Sehr geehrte Mitglieder des Stadtparlaments, sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte, sehr geehrter Ratspräsident

Wir Kinderparlamentarierinnen und Kinderparlamentarier haben ein Postulat mit der Forderung eingereicht, dass Jahresabonnements im Nahverkehr, also vor allem in der Zone 10, für Kinder und Jugendliche zwischen 6 und 16 Jahren günstiger oder sogar kostenlos sein sollen. Das Postulat wurde vom Stadtrat abgelehnt, vom Grossen Stadtrat jedoch angenommen. Über die Annahme des Vorstosses haben wir uns richtig gefreut und danken dem Grossen Stadtrat für die Annahme! Der Stadtrat hat im Folgenden einen konkreten Vorschlag ausgearbeitet. Kinder und Jugendliche der Stadt Luzern von 6 bis und mit 16 Jahren sollten pro Jahr einen Gutschein erhalten. Der Gutschein hat einen Wert von Fr. 300.– und kann beim VBL-Schalter eingelöst werden. Im Folgenden führen wir die gesammelten Gründe und Argumente für eine Annahme des Berichts und Antrags des Stadtrates auf.

Kinder und Jugendliche erhalten mit einer Annahme des Berichts und Antrags erleichtert Zugang zum ÖV. Dadurch lernen Kinder früh, selbstständig den Bus zu nehmen, und fielen zudem nicht ihren Eltern zur Last. Sie können also eher ihrer Freizeitbeschäftigung nachgehen. Muss beispielsweise Lorena, aktuelle Co-Präsidentin des Kinderparlaments, dreimal von ihren Eltern mit dem Auto gefahren werden, sprengt dies die Kapazität ihrer Eltern und sie verzichtet an einem Abend auf ihr Hobby. Das ÖV-Abo sei für sie im Moment noch zu teuer. Der Gutschein aber würde das Ausüben ihrer Freizeitaktivität möglich machen. Ein Gutschein wäre also genauso ein Schritt in die Selbstständigkeit, wie er eine Entlastung für die Eltern wäre. Ebenfalls entlastet der vermehrte Gebrauch des ÖVs die Umwelt, denn auf Elterntaxis wird eher verzichtet. Es wäre also genauso eine klimafreundliche wie kinderfreundliche Lösung. Auch Mara Lanz, ehemalige Kinderparlament-Co-Präsidentin und Mitinitiantin, findet den Vorschlag des Stadtrates sehr gut. Denn nach Ablauf des Dreijahresprojekts könne eine Bilanz gezogen werden und daraus weitere Massnahmen abgeleitet werden. Ausserdem käme der Stadt eine Vorreiterrolle zugute und könne so anderen Städten als Vorbild dienen. Wenn ein Kind zudem schon früh lernt, selbstständig den ÖV zu nutzen, wird es das auch später tun. So lautet ein nächstes Argument von Finn Krummenacher, dem aktuellen Co-Präsidenten des Jugendparlaments und ursprünglichen Mitinitianten. Er fände eine Annahme

schön, da die Stadt damit ein Zeichen setzen würde – ein Zeichen für eine kinderfreundliche Stadt. Luzern wäre bislang die einzige Stadt, die ihre jungen Mitbürgerinnen und Mitbürger aktiv zum ÖV-Gebrauch ermutigt.

Das Kinderparlament hat bereits die Willkommenssession Anfang September abgehalten. Anwesend an der Session waren 70 der 92 Mitglieder. Über den Bericht und Antrag wurde abgestimmt. Das Kinderparlament ist für eine Annahme des Berichts und Antrags.

Aus diesen genannten Gründen erachten wir vom Kinderparlament eine Annahme des Berichts und Antrags als richtige Entscheidung.

Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Mattis Nietispach und Lorena Moyo namens des Kinderparlaments der Stadt Luzern»

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Die wichtigsten Gründe für diesen Bericht und Antrag sind, dass man die Kinder und Jugendlichen gut an den ÖV heranzuführen kann, damit sie lernen, was für verschiedene Verkehrsmittel es gibt und wie man mit ihnen umgeht. Das ist eine Basis für multimodales Verkehrsverhalten, welches in Zukunft noch viel wichtiger wird, als es jetzt schon ist. Ein weiterer Grund ist, dass man so Elterntaxis vermeiden kann. Auf die Frage, ob das gelingt, wird der Sprechende noch zurückkommen. Diese Gründe sind vor allem ökologischer Natur. Es gibt aber auch Gründe der Verkehrssicherheit, weil weniger Verkehr generiert wird und es weniger Parkierungsvorgänge bei Schulhäusern und Freizeitanlagen gibt. Weiter ist der gesundheitliche Aspekt zu erwähnen. Wenn man auf das Elterntaxi verzichtet, läuft man in der Regel auch noch etwas zu Fuss. Ein weiterer Grund ist die Förderung der Selbstständigkeit der Kinder und Jugendlichen, das hörte man in der Debatte im Kinderparlament gut. So wird der Zugang zum öffentlichen Verkehr erleichtert. Ein ganz wichtiger Punkt ist, dass man niemanden ausschliessen möchte. Freizeitangebote, auch am anderen Ende der Stadt, sollen so besser ermöglicht werden. Für Familien mit vier Kindern, die Freizeitangebote auf der anderen Seite der Stadt nutzen möchten, kann das ein Kostenfaktor sein, vor allem bei Familien, bei denen das Geld ohnehin schon knapp ist.

Dem Stadtrat ist aber auch wichtig, dass der ÖV seinen Preis hat, wie jede andere Mobilitätsform auch. Daher lehnte er einen Gratis-ÖV ab. Der Stadtrat möchte nicht, dass der ÖV primär den Fuss- und Veloverkehr ersetzt.

Das sogenannte Giesskannenprinzip ist ein pragmatischer Ansatz – dies wird von der FDP-Fraktion kritisiert. Es ist vielleicht nur der zweitbeste Ansatz, aber es macht keinen Sinn, bei jedem staatlichen Angebot noch eine soziale Abfederung vorzunehmen. Für das gibt es Mittel der Sozialpolitik und der Steuerpolitik.

Es wurde mehrfach erwähnt, das System sei kompliziert. Der Sprechende sieht das nicht so. Es ist ein System, bei dem jede Familie wählen kann, einmal pro Jahr an den Schalter zu gehen und den Gutschein einzulösen. Vielleicht auch zwei Gutscheine, für zwei Kinder, oder gar drei. Mit diesen Gutscheinen kann man ein Jahresabonnement lösen; die eine Hälfte muss man selber bezahlen und für die andere Hälfte kann man den Gutschein verwenden. Oder man kann zwei Monatskarten und mit dem Restbetrag Mehrfahrtenkarten kaufen, solange es diese auf Papier noch gibt. Was ist daran kompliziert? Es ist ein Angebot. Man kann es nutzen, muss aber nicht. Die Stadt weiss nicht, wie viele dieses Angebot nutzen werden. Der Sprechende versteht nicht, warum so viele das für kompliziert halten. Vielleicht wurde das Verfahren im Bericht und Antrag kompliziert beschrieben. Aber der Gang zu einem Schalter, wo man ein Abonnement oder zwei Monatskarten oder Mehrfahrtenkarten lösen kann, ist nicht kompliziert. Kompliziert ist vielleicht zu verstehen, warum es keine anderen Angebote gibt. Das ist einfach das Angebot des Verkehrsverbundes. Der Verkehrsverbund legt die Tarife fest, nicht die VBL und nicht die Stadt Luzern. Der Verkehrsverbund wartet nicht darauf, dass er in der Stadt Luzern ein Sonderangebot machen kann. Er behandelt alle Gemeinden und – als Tarifverbund Passepartout – die Kantone, für die er zuständig ist, gleich. Es mag vielleicht etwas kompliziert zu erklären sein, was es für Angebote gibt, aber es gibt genau drei Angebote, und einmal im Jahr muss sich die Familie, die die Fr. 300.– einlösen möchte, an den Schalter begeben.

Wichtig ist sicher der Hinweis, welchen Regula Müller machte. Es gibt in der Stadt Luzern immer noch Velowege, die zu gefährlich sind. Das kann ein Grund sein, den öffentlichen Verkehr zu nutzen. Dies betrifft vor allem weite Velowege quer durch die ganze Stadt.

Es freut den Sprechenden, dass auch die FDP-Fraktion sagt, dass vor allem der Fuss- und Veloverkehr gefördert werden soll. Das bedeutet aber auch, dass man bei der Infrastruktur nachziehen muss. Das kostet unter Umständen ein paar Parkplätze. An der Langensandstrasse wurden neun Parkplätze zugunsten eines Velostreifens aufgehoben, um die Sicherheit zu erhöhen.

Die Frage, ob Elterntaxis vermieden werden können, stellte sich auch der Stadtrat. Das kann man noch nicht sagen. Die genauen Gründe für solche Fahrten sind noch unklar. Es gibt sicher Elterntaxis aus Gründen der Sicherheit, der Bequemlichkeit oder auch aus finanziellen Gründen, wenn z. B. vier Kinder gefahren werden und es so in der Summe günstiger ist – auch wenn diese Rechnung meistens nicht so genau gemacht wird. Man wird sicher versuchen, die Gründe herauszufinden. Zum jetzigen Zeitpunkt lässt sich noch nicht einschätzen, ob es gelingen wird, Elterntaxifahrten zu reduzieren. Der Stadtrat wird gleichzeitig dazu beitragen, dass die Fusswege sicherer werden – Schulwegsicherheit ist ein grosses Thema – und dass die Velowege sicherer werden. Daran wird intensiv gearbeitet – der vorliegende Vorschlag ist nicht die Lösung aller Probleme.

Was der Sprechende nicht versteht, ist die Argumentation der SVP-Fraktion, die Stadt gehe zu weit, die Fraktion wäre damit einverstanden, wenn man das Jahresabonnement vergünstigen würde, aber der Vorschlag bezüglich Monatskarten und Mehrfahrtenkarten sei nicht akzeptierbar, er bringe zu viel Bürokratie und erfolge nach dem Giesskannenprinzip. Der Vorschlag bezüglich Monatskarten und Mehrfahrtenkarten enthält genauso viel Bürokratie und Giesskannenprinzip wie die Vergünstigung des Jahresabonnements. Natürlich besteht bei Mehrfahrtenkarten die Möglichkeit des Missbrauchs. Das ist so. Aber es gibt allerdings schlimmeren Missbrauch, als ÖV zu fahren.

Der Stadtrat freut sich, wenn der Grosse Stadtrat diesem Vorschlag zustimmt. Er ist bereit, die von der Bildungskommission überwiesene Protokollbemerkung zu übernehmen und die Prüfung an die Anbindung an die Juniorkarte vorzunehmen. Vor der definitiven Einführung wird das Pilotprojekt evaluiert werden, wie der Erfolg war, welche Gründe es für den Erfolg gab und was noch optimiert werden kann, um das Verkehrssystem insgesamt zu verbessern und die jungen Leute gut an den öffentlichen Verkehr und an den Fuss- und Veloverkehr heranzuführen.

Ratspräsident Christian Hochstrasser fragt bei Marc Lustenberger nach, ob er einen Antrag auf Nichteintreten stellte – im Sinne der Nichtbehandlung des Berichtes und Antrages.

Das wird vonseiten der FDP-Fraktion so bestätigt.

Der Antrag der FDP-Fraktion auf Nichteintreten und Nichtbehandlung wird abgelehnt. Somit ist der Grosse Stadtrat auf den B+A 19/2022 vom 29. Juni 2022: «ÖV-Förderung durch Vergünstigungen für Kinder und Jugendliche der Stadt Luzern. Sonderkredit» eingetreten.

DETAIL

S. 11 5.5 Umsetzung und weiteres Vorgehen

Silvio Bonzanigo scheint eine jährliche Befragung eine zu hohe Kadenz. Kaum ist die eine Umfrage erstellt und ausgewertet, muss man bereits die nächste machen. Daher beantragt er folgende **Protokollbemerkung**:

Zusätzlich soll basierend auf der bereits im September 2021 durchgeführten Befragung eine Umfrage in den Jahren 2023 und 2025 der Kinder und Jugendlichen erfolgen, um Veränderungen im Mobilitätsverhalten festzustellen.

Der Sprechende ist der Ansicht, dass ein Zweijahresrhythmus ausreicht, um valable Ergebnisse zu erhalten.

Bildungskommissionspräsident Christov Rolla: Die Protokollbemerkung wurde in der Bildungskommission nicht gestellt.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Der Stadtrat möchte jährlich erheben können, das wird relativ einfach, ohne grossen Aufwand möglich sein. So ergibt sich im Verlauf eine bessere Evaluation. Der Sprechende hörte in den Eintretensvoten kein Argument, die Befragung nicht so zu machen.

Mike Hauser: Es gibt wahrscheinlich bei jedem Bericht und Antrag Punkte, mit welchen die Mitglieder des Grossen Stadtrates nicht voll und ganz einverstanden sind. Man muss aber zwischen der operativen und der strategischen Ebene unterscheiden. Das hier ist aus Sicht des Sprechenden ein operatives Problem. Der Stadtrat ist aufgefordert, nach der Pilotphase einen Bericht vorzulegen, und er ist selber verantwortlich, welche Schritte unternommen werden müssen, damit er dies tun kann. Daher wird die FDP-Fraktion die Protokollbemerkung ablehnen.

Adrian Albisser möchte anfügen, dass es sich um eine dreijährige Pilotphase handelt. Damit man einigermaßen gute Grundlagen hat, ist es angezeigt, diese drei Jahre zu nutzen und entsprechend dreimal solche Umfragen zu erheben, damit man danach entscheiden kann, wie es weitergeht. Die SP-Fraktion macht beliebt, die Protokollbemerkung nicht zu unterstützen.

Michael Zeier-Rast ist froh, dass sich Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula dazu äusserte. Eigentlich wollte man mit der Überweisung der Protokollbemerkung die Stadtverwaltung entlasten, aber wenn der Stadtrat meint, dass es kein Problem sei, sollte man die Umfragen jährlich durchführen.

Der Grosse Stadtrat lehnt die Protokollbemerkung

Zusätzlich soll basierend auf der bereits im September 2021 durchgeführte Befragung eine Umfrage in den Jahren 2023 und 2025 der Kinder und Jugendlichen erfolgen, um Veränderungen im Mobilitätsverhalten festzustellen.

ab.

S. 9 5.2 Ausgestaltung

Bildungskommissionspräsident Christov Rolla: Die Bildungskommission hat mit 8 : 0 : 1 Stimmen folgende **Protokollbemerkung** überwiesen:

Die Stadt prüft nochmals die technische Verknüpfung mit der Junior-Karte beziehungsweise neu dem SwissPass.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung nicht.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es dazu keine Wortmeldung.

Die Protokollbemerkung ist somit überwiesen.

S. 14 f Antrag und Beschluss

- I. Der Grosse Stadtrat bewilligt mit 32 : 11 : 1 Stimmen für die ÖV-Vergünstigung für Kinder und Jugendliche der Stadt Luzern einen Sonderkredit von 4,995 Mio. Franken.
- II. Der Grosse Stadtrat schreibt den als Postulat überwiesene Antrag 11 des Kinderparlaments, Mara Lanz und Timon Ulrich namens des Kinderparlaments der Stadt Luzern vom 14. September 2020, als Postulat überwiesen am 20. Mai 2021: «Eigenständigkeit der Stadtluzerner Kinder und Jugendlichen fördern und Elterntaxis vermeiden – ÖV für Kinder und Jugendliche in der Zone 10 muss günstiger sein», als erledigt ab.

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme des Berichtes und Antrages 19 vom 29. Juni 2022 betreffend

**ÖV-Förderung durch Vergünstigungen für Kinder und Jugendliche der Stadt Luzern
– Sonderkredit,**

gestützt auf den Bericht der Bildungskommission,

in Anwendung von § 34 Abs. 2 lit. a des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 20. Juni 2016, Art. 13 Abs. 1 Ziff. 2, Art. 29 Abs. 1 lit. b, Art. 68 lit. b Ziff. 2 und Art. 69 lit. b Ziff. 3 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999 sowie Art. 55i des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

- I. Für die ÖV-Vergünstigung für Kinder und Jugendliche der Stadt Luzern wird ein Sonderkredit von 4,995 Mio. Franken bewilligt.
- II. Der als Postulat überwiesene Antrag 11 des Kinderparlaments, Mara Lanz und Timon Ulrich namens des Kinderparlaments der Stadt Luzern vom 14. September 2020, als Postulat überwiesen am 20. Mai 2021: «Eigenständigkeit der Stadtluzerner Kinder und Jugendlichen fördern und Elterntaxis vermeiden – ÖV für Kinder und Jugendliche in der Zone 10 muss günstiger sein», wird als erledigt abgeschrieben.
- III. Der Beschluss gemäss Ziffer I unterliegt dem fakultativen Referendum.

**5 Postulat 150, Marc Lustenberger und Marco Baumann namens der FDP-Fraktion
vom 14. Dezember 2021:
Ein Preisschild auf Vorstösse im Grossen Stadtrat**

Antrag des Stadtrates: Teilweise Entgegennahme und gleichzeitige Abschreibung

Marc Lustenberger: Die FDP-Fraktion hält an der vollständigen Überweisung fest. Die Fraktion möchte mit diesem Postulat den Grossen Stadtrat dafür sensibilisieren, dass Vorstösse in der Verwaltung viel Arbeit und entsprechende Kosten auslösen können. Es gibt neben vielen guten Themen auch immer wieder Vorstösse, die eher überflüssig sind.

Der Sprechende sitzt seit drei Jahren in diesem Rat. In dieser Zeit lernte er unter anderem, dass es A-, B- und C-Vorstösse und Geschäfte gibt. Über wichtige A-Themen wurde zum Teil heute Morgen gesprochen. Da lohnt es sich, die Zeit des Grossen Stadtrates und auch die der Verwaltung zu investieren. Dann gibt es aber auch immer wieder viele C-Vorstösse, mit denen sich der Grosse Stadtrat beschäftigt. Es sind zum Beispiel Vorstösse, die rein symbolisch sind. Es ist etwa der x-te Vorstoss zum gleichen Thema. Oder ein Vorstoss nimmt lediglich Bezug auf einen Zeitungsartikel, der irgendwo in Zürich erschien. Oder es werden Fragen gestellt, die man auch mit einem Telefonanruf bei der Verwaltung hätte klären können.

Der Sprechende versteht, dass man oft einen Vorstoss nicht so toll findet, wenn er von der anderen Ratsseite kommt. Er ist sich aber sicher, dass jeder und jede hier im Rat sich an den einen oder anderen Vor-

stoss erinnern kann, welcher quer durch alle Fraktionen für Kopfschütteln sorgte. Manchmal ist es vielleicht wie sonst im Leben gut, einen Vorstoss noch einmal zu überschlafen oder mit einer Ratskollegin oder einem Ratskollegen einer anderen Partei zu besprechen.

Vielleicht kann man zu Recht auch diesen Vorstoss mit dem Preisschild dazu zählen. Auch dieses Preisschild ist symbolisch. Das wird die Welt definitiv nicht verändern und die Finanzen nicht beeinflussen.

Aber es kann helfen, ein bisschen zu sensibilisieren, dass jeder Vorstoss im Hintergrund bei der Verwaltung viel Arbeit auslöst. Das ist Zeit, die dann vielleicht für anderes Wichtiges fehlt.

Die FDP-Fraktion ist absolut damit einverstanden, dass Vorstösse als Instrumente, eine Demokratie parlamentarisch zu gestalten, einen unschätzbar grossen Wert haben. Es geht auch überhaupt nicht darum, diese Möglichkeit zu beschneiden. Vielmehr möchte die Fraktion dafür sensibilisieren, diese Instrumente gezielt einzusetzen.

Ein Preisschild auf Vorstössen ist vielleicht auch nicht der Weisheit letzter Schluss, aber es macht transparent, welcher Aufwand hinter der Beantwortung steckt. Und mit ein paar überflüssigen Vorstössen weniger gewinnt der Grosse Stadtrat Zeit für die wirklich wichtigen Themen.

Letztlich liegt es in der Eigenverantwortung der Fraktionen zu prüfen, ob eine Motion, ein Postulat oder eine Interpellation wirklich immer das adäquate Mittel ist.

Im Übrigen fände der Sprechende eine Rangliste der teuersten und günstigsten Ratsmitglieder noch ganz interessant.

Gut findet die FDP-Fraktion, dass der Stadtrat das Projekt zur Optimierung der heute oft sehr langen Berichte und Anträge vorantreiben will. Wenn die Berichte und Anträge in Zukunft kürzer werden und vielleicht der eine oder andere C-Vorstoss in der Schublade bleibt – mit oder ohne Preisschild –, wurde das Ziel erreicht.

Zum Schluss erwähnt der Sprechende, dass die FDP-Fraktion mit einer Ablehnung leben kann. Es ist aber sicher gut, dass man einmal über dieses Thema gesprochen hat.

Jona Studhalter hofft, dass man noch erfährt, ob die FDP-Fraktion das als einen A-, B- oder C-Vorstoss einstuft. Er hat bisher nicht gelernt, dass es Vorstösse in diesen Kategorien gibt, aber vielleicht lernt er es nach drei Jahren hier im Parlament auch. Zwei Jahre lang hörte der Sprechende den folgenden Satz – nun darf er ihn einmal selber sagen: Mit einer teilweisen Überweisung wäre die G/JG-Fraktion einverstanden gewesen, aber eine vollständige lehnt sie ab. Ein Preisschild auf Vorstösse hätte eine Quantifizierung von Vorstössen zur Folge, die zu einer willkürlichen und zudem falschen Qualifizierung des Rates und von Ratsmitgliedern führen würde. Das lehnt die G/JG-Fraktion klar ab. Das Ziel des Postulats ist, dass das Einreichen von Vorstössen unattraktiver wird. Es ist aber ein fundamentaler Auftrag, im Sinne von Check and Balance, dass der Grosse Stadtrat dem Stadtrat auf die Fingerschaukel schaut. Das ist teilweise nur mit Vorstössen möglich und daher lehnt die G/JG-Fraktion diesen Vorstoss ab.

Der erste Vorstoss, an den der Sprechende dachte, als er die Begründung zu diesem Postulat las, war sein Vorstoss zur Bahnhofsuhr [Postulat 73, Jona Studhalter namens der G/JG-Fraktion vom 19. März 2021: «Die Uhr auf dem Bahnhofplatz muss ersetzt werden»]. Nun muss der Sprechende der FDP-Fraktion leider sagen, dass er es zuerst tatsächlich über den direkten Weg versucht hat. Die Antwort war aber: «Wenn du die Uhren wieder möchtest, dann musst du einen Vorstoss machen.» Der Sprechende wendet sich an die FDP-Fraktion und meint, dass es, um das zu erfahren, keinen Vorstoss gebraucht hätte, die FDP-Fraktion hätte dem Sprechenden einfach eine E-Mail schreiben können.

Andreas Felder: Der Bauch sagt Ja – der Kopf sagt Nein. Die Mitte-Fraktion wird eine vollständige Überweisung ablehnen, mit einer teilweisen Überweisung hätte die Fraktion leben können.

Das vorgebrachte Anliegen ist sicher berechtigt, darin stimmt der Sprechende der FDP-Fraktion zu. Ihm geht bei bestimmten Vorstössen Ähnliches durch den Kopf. Es ist ein Fakt, dass man einige Anliegen auch mit einem Telefon oder einer E-Mail an die Verwaltung klären könnte. Gewisse Vorstösse werden für das eigene Umfeld eingereicht. Auch der Sprechende hat bei manchen Vorstössen schon gedacht, dass man sich den Aufwand hätte sparen können. Anderen Ratskollegen ging es sicherlich bei Vorstössen des Sprechenden auch so. Das führt ihn zu den Gründen, warum die Mitte-Fraktion das Postulat ablehnt. Es gibt einfach keine objektiv abschliessenden Kriterien, wann ein Vorstoss notwendig und sinnvoll ist. Zudem werden gewisse Anliegen bewusst als Vorstoss eingebracht, damit sie im Grosse Stadtrat

öffentlich diskutiert werden können und auch der Stadtrat dazu öffentlich Stellung nimmt. Die Kosten sagen nichts über die Qualität eines Vorstosses aus, daher ist dieses Mittel ungeeignet. Ganz generell funktioniert der politische Betrieb nicht nach marktwirtschaftlichen Prinzipien. Anders ist es bei den Folgekosten, aber hier wurde bereits sichergestellt, dass diese ausgewiesen werden.

Abschliessend erwähnt der Sprechende, dass er eine Rangliste der teuersten Parlamentarierinnen und Parlamentarier amüsant fände, aber er wagt zu bezweifeln, dass es die betroffenen Personen beeindrucken würde. Dies würde sicher auch nicht zu einer Abnahme von Vorstössen führen.

Die Mitte-Fraktion lehnt die vollständige Überweisung des Postulats ab.

Thomas Gfeller: Mit der Antwort des Stadtrates ist die SVP-Fraktion nicht einverstanden. Der Stadtrat führt darin aus, dass die Forderung der Folgekosteneinschätzung bereits erfüllt ist, er aber der Ansicht ist, dass die zweite Forderung, welche aus dem Postulat hervorgeht, das Preisschild für Vorstösse, aus demokratiepolitischen Überlegungen abzulehnen sei. Er schreibt, dass parlamentarische Vorstösse ein Recht der Ratsmitglieder und Fraktionen sind, welche einen unschätzbar grossen Wert haben, um Auskünfte zu erhalten und die Politik zu gestalten. Der Wert lässt sich seiner Meinung nach nicht monetarisieren. Die SVP-Fraktion teilt die Ansichten des Stadtrates, aber das ist nicht der Inhalt dieses Postulates.

In diesem Postulat geht es lediglich darum auszuweisen, welchen Aufwand eine Beantwortung von schriftlichen Anfragen mit sich bringt. Ist es eine halbe Stunde oder sind es mehrere Tage, welche dafür verwendet werden? Es geht eben nicht darum, eine Beurteilung nach Preisschild vorzunehmen, sondern lediglich betriebswirtschaftlich festzuhalten, zu beziffern, welche Ressourcen durch Vorstösse gebunden werden. Wenn man bei der Terminologie bleibt, welche der Stadtrat in der Beantwortung des Postulats benützt, dann liegt dieser Forderung sehr wohl eine demokratiepolitische Überlegung zugrunde, und zwar ist es die Überlegung, offen auszuweisen, was für Kosten eine solche, manchmal vielleicht auch nicht notwendige Anfrage verursacht.

Der Sprechende hat die Hoffnung, dass das Postulat auch eine erzieherische Massnahme mit sich bringt. Alle haben sich schon gefragt: «Was soll dieser Vorstoss? Schön, dass wir darüber gesprochen haben, aber hätte sie oder er nicht anrufen können? Vermutlich hätte man nicht ein halbes Jahr auf die Antwort warten müssen.»

Genau aus dem Grund, dass die parlamentarischen Vorstösse, wie der Stadtrat schreibt, von unschätzbarem Wert sind, ist es wichtig, dass der Inhalt einer Anfrage primär nicht nur partikulare, parteipolitische Interessen befriedigt, sondern der Allgemeinheit, der Bevölkerung einen Mehrwert bringt.

Der Stadtrat delegiert die Verantwortung an die Fraktionen ab, verstärkt zu prüfen, ob ein Vorstoss das adäquate Mittel ist. Das ist richtig und korrekt. Es ist aber auch die Aufgabe des Stadtrates, transparent auszuweisen, was für Kosten entstehen. Der Sprechende kann sich vorstellen, dass es vermutlich Ratsmitglieder gibt, die sich keine grossen Gedanken über Kosten machen, sondern einfach eine Anfrage einreichen.

Die SVP-Fraktion findet den Ansatz richtig, transparent pro Vorstoss die Kosten komplett auszuweisen, und daher hält sie an der vollständigen Überweisung fest.

Regula Müller: Im Postulat heisst es, dass es Themen gibt, die man mit einem Telefon oder einer E-Mail schneller erledigen könnte – da stimmt die Sprechende zu. Die zweite Forderung hätten die Postulanten nämlich auch nicht stellen müssen. Wenn sie nachgefragt hätten, hätten sie gemerkt, dass dies bereits im Geschäftsreglement festgehalten ist.

Und ja, es gibt Vorstösse, bei denen die Sprechende auch nur den Kopf schütteln kann. Der vorliegende gehört auch in diese Kategorie. Wenn man nämlich tatsächlich berechnen würde, welcher Vorstoss wie viel kostet, ist das ein Angriff auf die Demokratie. Ein Vorstoss, der mehr kostet, hätte also weniger Berechtigung als einer, der schnell beantwortet ist und daher weniger kostet? Das scheint, als suche man Wege, dass die Politikerinnen und Politiker weniger Einfluss nehmen können. Dabei ist das Mitgestalten der Politik der Auftrag der Wählerinnen und Wähler an die Parlamentsmitglieder. Dass Leute hier im Parlament den Vorschlag eines Preisschildes für Vorstösse eine gute Idee finden, kann die Sprechende nicht nachvollziehen. Die SP-Fraktion lehnt die Überweisung dieses C-Vorstosses ab.

Daniel Lütolf: Ausnahmsweise ist die GLP-Fraktion gleicher Meinung wie die SP-Fraktion. Auf den ersten Blick scheint das Postulat der FDP-Fraktion sinnvoll zu sein. Auch aus Sicht der GLP-Fraktion werden zum Teil fragwürdige Vorstösse eingereicht und somit unnötig Ressourcen der Stadtverwaltung verausgabt. Solche Vorstösse sind vielfach taktischer oder strategischer Natur, ohne wirklich etwas zu bewegen. Ganz nach dem Motto: «Hoffentlich bin ich morgen in der Zeitung».

Nichtsdestotrotz ist der Sprechende der gleichen Meinung wie der Stadtrat, dass aus demokratischer Sicht solche Vorstösse Platz haben müssen – egal ob A-, B- oder C-Vorstoss. Ein Preisschild würde wohl nichts ändern. Das sieht man auch im Kanton Aargau. Dort ist genau nichts passiert – ausser der Rangliste, was für die Medien vielleicht eine Belustigung wäre, aber nicht zielführend ist.

Auf den zweiten Blick sieht es die GLP-Fraktion also komplett anders und sie ist mit der Antwort des Stadtrates einig. Die Antwort ist sehr gut formuliert, einfach, verständlich und grundsätzlich sehr gut. Fazit: Auch die GLP-Fraktion hätte das Postulat teilweise überwiesen, sie lehnt aber die vollständige Überweisung ab.

Silvio Bonzanigo glaubt, dass das Gesamtkunstwerk einer Legislatur unvollständig wäre, wenn nicht ein Vorstoss zur Bepreisung von Vorstössen eingereicht würde. Dieses Postulat hätte durchaus das Potenzial für den Walk of Fame der Vorstösse. Spass beiseite. Es geht um das Anliegen, dass genauer dokumentiert würde, was welche Kosten auslöst. Das ist soweit nicht zu tadeln, aber man muss auch darauf achten, dass man die Sache nicht übersteuert. Der Sprechende hatte das zweifelhafte Vergnügen, in der Zeit des High Noon der wirkungsorientierten Verwaltung tätig zu sein. Da wurden Kontrollen eingeführt und das Sekretariat erhielt den Auftrag, am Abend von 17.00 bis 18.00 Uhr zu eruieren, welches Telefon wie viel Kosten generiert hat. Das bedeutet, dass in dieser Stunde unproduktiv gearbeitet wurde. Das möchte der Sprechende in der Stadtverwaltung nicht. Dass Mitarbeitende wegen der Preisberechnung von Vorstössen ihre eigentliche Arbeit vernachlässigen, wäre wahrscheinlich auch nicht im Sinne der Postulanten.

Das ist ein Vorstoss, welcher es nicht verdient, vollständig überwiesen zu werden. Die Antwort des Stadtrates ist ausreichend. Der Sprechende stellt sich auch vor, dass es eigentlich eine HR-Aufgabe wäre, bei der Stadtverwaltung eine preisgünstige Leistungserbringung zu sichern. Dazu braucht es nicht das Parlament. Wenn man dieses Thema genau zu Ende denken würde, müsste man eigentlich sagen, dass jede Fraktion aufgrund ihrer Grösse einen gewissen finanziellen Spielraum hat, um Vorstösse einzureichen. Wenn das Level erreicht ist, kann sie eben keine weiteren Vorstösse machen. Das wird hier im Parlament aber sicher nicht angestrebt. Das Anliegen ist verquer aufgestellt und der Sprechende ist der Meinung, dass es der Grosse Stadtrat mit deutlicher Mehrheit ablehnen wird, auf diese Art und Weise Politik zu machen.

Stadtpäsident Beat Züsli: Der Stadtrat wäre mit einer teilweisen Entgegennahme einverstanden gewesen. Vor allem den Teil, bei dem es um die Angaben der Auswirkungen bzw. der Folgekosten geht, versucht die Stadt heute schon möglichst genau umzusetzen. Die Beurteilung des Nutzens oder der Sinnhaftigkeit eines Vorstosses ist etwas sehr Subjektives. Ob ein Vorstoss notwendig ist, hat sehr viel mit den eigenen Anliegen und der eigenen Position zu tun. Der Stadtrat ist überzeugt, dass die Kosten für die Bearbeitung kein sinnvolles Kriterium sind, dies zu beurteilen. Natürlich gibt es auch aus Sicht des Stadtrates Anliegen, welche man mit einer E-Mail oder einem Telefon an die Verwaltung klären könnte. Man könnte so Informationen erhalten, die einen Vorstoss überflüssig machen. Der Stadtrat ist aber überzeugt, dass dieses Postulat hierzu keinen Beitrag leistet, da die Motivation bei den Vorstössen, wie es der Sprechende erwähnt hat, doch sehr unterschiedlich sein kann.

Der Grosse Stadtrat lehnt das Postulat 150 ab.

**6 Postulat 155, Fabian Reinhard und Marco Baumann namens der FDP-Fraktion vom 7. Januar 2022:
Freiwilligenarbeit fördern und nicht behindern!**

Antrag des Stadtrates: Ablehnung

Marco Baumann: Die Arbeit von Freiwilligen, die sich in Vereinen und Verbänden engagieren, ist extrem wichtig und bereichert die Gesellschaft enorm. Der Sprechende hofft, dass alle Ratsmitglieder diese Meinung teilen. Daher muss die Freiwilligenarbeit von der Stadt Luzern auch unterstützt und nicht behindert werden. Kürzlich war dies aber der Fall. Der Stadtrat lehnte einen Kandidaten für die Verkehrskommission ab, und das nicht, weil die Person nicht genug qualifiziert gewesen wäre, sondern nur, weil es ein Mann war. Das ist ein sehr schlechtes Zeichen an alle, die sich ehrenamtlich bei Kommissionen eingeben und bei der Entwicklung der Stadt mitarbeiten möchten. Vor allem für den Dachverband der Luzerner Quartiervereine war diese Nichtwahl ein Schlag ins Gesicht. Sie suchten frühzeitig nach einer geeigneten Person und fanden mit einem Bau- und Umweltingenieur jemanden für diese Aufgabe – einfach mit dem falschen Geschlecht. In den Augen des Dachverbandes ist er ein idealer Vertreter und er wurde sogar demokratisch von den Mitgliedern gewählt. Das hätte der Stadtrat honorieren müssen.

Die FDP-Fraktion unterstützt grundsätzlich, dass Gremien vielfältig und bezüglich Geschlechtervertretung ausgeglichen zusammengesetzt sein sollen, aber dieser Grundsatz soll, wenn immer möglich, pragmatisch umgesetzt werden. Dafür hatte der Stadtrat anscheinend kein Händchen. Die heutige Umsetzungspraxis führt dazu, dass Organisationen zwingend Frauen suchen müssen und Frauen dann zu einem Amt verdonnert werden, obwohl sie vielleicht das Fachwissen nicht haben oder – noch viel schlimmer – sich nicht für die Themen interessieren, die in diesen Kommissionen behandelt werden. Ob das für die Stadt Luzern dann wirklich einen Mehrwert bietet, bezweifelt die FDP-Fraktion sehr. Was gebraucht wird, sind ganz klar engagierte und interessierte Personen, die mitarbeiten möchten – unabhängig von ihrem Geschlecht. Die FDP-Fraktion fordert daher nach wie vor, dass der Stadtrat diesen Entscheid noch einmal überdenkt und allgemein bei der Wahl von Kommissionsmitgliedern pragmatischer vorgeht. In Einzelfällen soll die Geschlechterquote ausgesetzt werden können. Vereine und Verbände suchen heute schon nach genügend Ehrenamtlichen und Freiwilligen, die in den Kommissionen Einsitz nehmen. Da darf die Stadt Luzern nicht noch mehr Steine in den Weg legen. Die FDP-Fraktion hält daher an der Überweisung des Postulats fest.

Thomas Gfeller findet es sehr spannend und auch ein wenig befremdend, dass der Stadtrat in der heutigen Zeit in einer Antwort auf ein Postulat den Begriff Frauenquote verwendet und diesen verteidigt, was das Zeug hält. Im Zusammenhang mit der Verkehrskommission hätte nicht zwingend eine Frau gewählt werden müssen, sondern lediglich nach Möglichkeit. Leider zeigte der Stadtrat in diesem Fall zu wenig Fingerspitzengefühl und hielt an der Quote fest, was prompt und zu Recht negative Reaktionen mit sich brachte. Der Stadtrat schreibt wortwörtlich, dass er bei der Besetzung der VKL die Geschlechtszugehörigkeit stärker gewichtet hat als die fachlich und persönlich unbestrittene Qualifikation des Nominierten. Diese Antwort übersteigt das Verständnis des Sprechenden für die Gleichstellung von Mann und Frau. Wenn man keine männlichen Bewerbungen haben möchte, muss man das auch explizit so ausschreiben und dann nur nach Frauen suchen. Die Geschlechtszugehörigkeit ist in diesem Fall ein Kriterium, ein Kilkriterium.

Nach der Darstellung des Stadtrates werden also Personen, welche sich nicht in die Geschlechtereinteilung klassifizieren lassen, von vornherein ausgeschlossen, obwohl sie vielleicht für dieses freiwillige Amt sehr geeignet wären.

Wie müssen sich dann non-binäre, genderqueere Personen fühlen, wenn der Stadtrat eine Männer- oder Frauenquote vorschreibt? In diesem Rat gab es unzählige Diskussionen und Voten und es wurde immer wieder ausgedrückt, dass man anders lebende und anders denkende Personen nicht ausschliessen oder diskriminieren soll. Aber genau das tut der Stadtrat, wenn er eine Quote festlegt.

Bei einer Mitarbeit in den städtischen Kommissionen ist es ja nicht so, dass man einen Haufen Geld verdient. Vielfach sind das ehrenamtliche Tätigkeiten, welche durch einen Apéro oder durch Spesenvergütung entschädigt werden. Die Personen, welche sich darum bewerben, zeigen grosses Interesse und sind

bestrebt, mitzuarbeiten. Die Motivation ist meist persönlicher Natur, man möchte sich einbringen und mitgestalten. Wenn diese Personen nun abgestraft werden, nur weil sie nicht in eine Quote passen, die von Politikern in einem Reglement erlassen wurde, ist es an der Zeit, die Bestimmungen anzupassen. Spätestens seit der Umwelt- und Mobilitätsdirektor zur ausgeglichenen Verteilung der Geschlechter aufgerufen hat und der Erfolg ausblieb, sollte klar sein, dass vermutlich der theoretische Ansatz mit der Praxis nicht korreliert.

Die Beschreibung, wie der Stadtrat in Zukunft die Angelegenheit an die Hand nehmen will, löst die Problematik nicht. Es ist fraglich, ob man zukünftig bei freiwilligen Tätigkeiten oder generell eine Geschlechterquote einsetzen soll. Es geht doch vielmehr darum, dass man Menschen zusammenbringt, die an einer Sache interessiert sind und sich persönlich oder als Vertreter einer Gruppierung einbringen möchten – egal ob Mann, Frau, dick, dünn, schwarz, gelb oder was auch immer.

Die SVP-Fraktion ist mit der Ablehnung des Stadtrates nicht einverstanden und hält an der vollständigen Überweisung des Postulats fest.

Daniel Lütolf dankt der FDP-Fraktion für diesen Vorstoss. Selbstverständlich ist auch die GLP-Fraktion für ein ausgewogenes Verhältnis von Frauen und Männern in den Kommissionen und begrüsst den stadt-rätlichen Grundsatz, dass sie nach Möglichkeit mit einer Geschlechterquote von mindestens einem Drittel zusammengesetzt sein müssen. Der Sprechende hat diesbezüglich seine eigene Erfahrung in der Verkehrskommission gemacht: Bei seiner ersten Teilnahme wurde er nett begrüsst, wurde jedoch später beim Apéro darauf hingewiesen, es sei schade, dass er keine Frau ist. Wie alle wissen, sind die Mitglieder der GLP-Fraktion pragmatisch und lösungsorientiert unterwegs. So überlegten sie sich, das Geschlecht des Sprechenden ändern zu lassen, das ist ja heute innerhalb von 15 Minuten möglich. Nach kurzen Diskussionen am Familientisch wurde aber eine einfachere Lösung gefunden. Der Sprechende gab seinen Austritt aus der Verkehrskommission und schlug Christina Lütolf-Aecherli als Ersatz vor – was vom Stadtrat auch genehmigt wurde. Am letzten Dienstag hatte Christina Lütolf-Aecherli ihre erste Verkehrskommissionssitzung. Genauso könnten die anderen Fraktionen auch vorgehen.

Zurück zum eigentlichen Vorstoss: Die GLP-Fraktion ist im Grundsatz gleicher Meinung wie die FDP-Fraktion. Sie versteht es auch nicht so richtig, im Speziellen, was die Verkehrskommission betrifft, dass die Quotenregelung über alles andere gesetzt wird und somit fähige und motivierte Personen, die schwer genug zu finden sind, aufgrund ihres Geschlechts ausgeklammert werden. Die GLP-Fraktion ist der Meinung, dass in solchen Extremfällen mit Augenmass und Feingefühl gehandelt werden sollte.

Die zweite Forderung der Postulanten, die Nichtwahl der besagten Person zu überdenken, ist doch etwas speziell. Eine Nichtwahl mittels Postulat rückgängig zu machen und die Wahl der betreffenden Person neu zu lancieren ist nicht der richtige Weg. Da ist die GLP-Fraktion der gleichen Ansicht wie der Stadtrat und daher lehnt sie, trotz Verständnis für die Postulanten, das Postulat ab.

Selina Frey richtet zuerst ein Wort an die SVP-Fraktion. Es freut sie sehr, dass die SVP-Fraktion auch an non-binäre Menschen denkt – aber um das geht es hier nicht. Es geht hier um etwas vollkommen anderes.

«Freiwilligenarbeit fördern und nicht behindern!» – dieser Meinung ist auch die G/JG-Fraktion. Die Kernforderung des eingereichten Postulats ist jedoch nicht die Förderung der Freiwilligenarbeit, sondern die Abschaffung oder Aussetzung der beschlossenen Geschlechterquote. Hier vertritt die G/JG-Fraktion eine konträre Meinung.

Die G/JG-Fraktion steht ein für eine Gesellschaft, in der Chancengleichheit gelebt wird, für eine Gesellschaft ohne Sexismus, ohne Rassismus und ohne jegliche Form von Diskriminierung. Damit sind auch non-binäre Menschen gemeint. Für eine Gesellschaft ohne Geschlechternorm, und für eine Gesellschaft, in der verschiedene Formen von Leben und Zusammenleben anerkannt und geschätzt werden.

Grundsätzlich ist es ein Armutszeugnis, dass die Stadt Luzern im Jahr 2015 das Reglement anpassen und die Forderung nach einer Geschlechterquote hinzufügen musste. Der Grund, wieso man 2015 eine Geschlechterquote eingeführt hat, liegt darin, dass die Chancengleichheit und die Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern nicht von alleine kommen. Die Gleichstellung wurde, obwohl sie bereits seit 1981 in der Verfassung festgehalten ist, bis heute nicht erreicht.

Die Sprechende als junge Frau macht das Postulat nachdenklich, traurig, aber auch wütend. Bis heute leben wir in einer patriarchalischen Gesellschaft, in welcher den Frauen nicht die gleichen Rechte zugeschrieben werden wie den Männern. Junge Mädchen werden immer noch so erzogen, dass sie ihr ganzes Leben lang viele Selbstzweifel haben. Sie müssen sich immer wieder fragen: Bin ich gut genug? Kann ich das? Werde ich mich durchsetzen können? Bin ich überhaupt geeignet? Habe ich genügend Zeit dafür? Und viele weitere Fragen, die sich Frauen ihr ganzes Leben lang stellen.

Was Frauen brauchen, sind Kolleginnen und Kollegen, die sie unterstützen und sie bestärken, die ihnen immer wieder sagen, dass Frauen alles erreichen können, z. B. dass auch mehr Frauen ins Bundeshaus gehören. Dann braucht es wirklich keine Frauenquote mehr, weil sich das Problem von allein auflösen wird. Die Sprechende hofft, dass das Ziel gemeinsam erreicht werden kann, und dankt all ihren Kolleginnen und Kollegen für all die Erklärungen, die netten Worte, das aufrichtige Feedback, die wohlwollende Kritik und ihre Unterstützung in allen Bereichen.

Marta Lehmann: Folgende Klarstellung als Ausgangslage: Frauen sind definitiv nicht weniger interessiert an Verkehrsfragen als Männer. Sie sind jedoch deutlich häufiger mit dem ÖV und dem Velo unterwegs und nutzen den Verkehrsraum oft multimodal. Frauen gewichten ganz häufig den Aspekt der Sicherheit und der Aufenthaltsqualität in Bezug auf Verkehrssituationen deutlich höher als Männer. Dass in der Verkehrskommission aktuell 19 Männer und lediglich 3 Frauen Einsitz haben, hat wenig damit zu tun, dass sich Frauen für Verkehrsfragen nicht begeistern lassen, wie das die Postulanten schreiben, oder dass sie sich nicht für Verkehrsfragen interessieren. Frauen spielen eine bedeutende Rolle in Fragen der Verkehrspolitik. Aber das heisst auch, dass man Frauen portieren muss, ihnen wichtige Aufgaben überlässt und vielleicht auch einmal zugunsten einer Frau Platz macht. So kann eine feministische Perspektive auf Verkehrsfragen zugelassen werden. Der Dachverband der Quartiervereine hätte sicherlich genügend Zeit gehabt, frühzeitig eine geeignete Nachfolgeregelung zu planen und so eine kompetente Frau für den Sitz in der Verkehrskommission zu rekrutieren.

Die Sprechende wurde selber vor ein paar Jahren in den Vorstand eines Verkehrsverbandes gewählt – und dies, obwohl sie keine Verkehrsexpertin ETH ist, sondern eine Berufsschullehrerin im Gesundheitswesen. Sie nahm die Freiwilligenarbeit an, weil sie es notwendig fand, als Frau bei Verkehrsfragen mitzureden und auch etwas bewirken zu können. Es ist unbestritten, dass Freiwilligenarbeit hochgeschätzt werden soll. Eine Nichtwahl einer fachlich qualifizierten Person für die Verkehrskommission hat jedoch nichts mit mangelnder Wertschätzung zu tun. Die Sprechende weist noch darauf hin, dass man als Mitglied in der Verkehrskommission entschädigt wird. Es ist also nicht ganz eine Freiwilligenarbeit.

Gemäss Gleichstellungsprogramm 2015 bis 2020, das auf der Beteiligung der Stadt Luzern an der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene basiert, soll der Stadtrat bei eingesetzten Gremien die Geschlechterquote umsetzen. Im Jahr 2019 waren noch fünf Frauen in der Verkehrskommission, heute sind es gemäss Sitzung vom letzten Dienstag noch drei. Es ist also höchste Zeit, die Vorgabe der Geschlechterquote umzusetzen. Daher kann es nun definitiv nicht sein, dass man nun plötzlich wieder sagt, man finde eben doch keine Frau, die sich begeistern lässt, man solle doch die Geschlechterquote aussetzen. Das Muster, dass nur Männer in Verkehrsfragen kompetent sein sollen, muss endlich durchbrochen werden. Entscheidungspositionen in der Verkehrsplanung müssen künftig vermehrt mit Frauen besetzt werden, damit so bestehende Normen hinterfragt werden können. Das Geschlecht ist ein bedeutendes Kriterium bei der Zusammensetzung der Verkehrskommission – aber eben nicht das einzige. Grundsätzlich stellt sich die Frage, ob in dieser Kommission künftig noch mehr Fachexperten wie Bauingenieurinnen und Bauingenieure, Verkehrsplanerinnen und Verkehrsplaner eingesetzt werden sollen oder ob es nicht andere Diversitätsaspekte gibt, z. B. die Generation, der berufliche Hintergrund, aber auch die Amtsdauer, wie lange jemand bereits in der Kommission ist. Man könnte sich auch einen stärkeren Einbezug der Vertretungen des Fuss- und Langsamverkehrs überlegen oder von Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, damit diese Aspekte in der Verkehrskommission besser und bedeutender eingebracht werden können. Die Sprechende schätzt nach wie vor die Präsentationen und Informationen des Tiefbauamtes, das die wichtigen Projekte vorstellt, aber sie fragt sich definitiv, welchen Nutzen die Verkehrskommission in der jetzigen Zusammensetzung und in dieser Organisation hat. Sie bittet deshalb den Stadtrat, die Frage zu beantworten, welche Überlegungen in Bezug auf eine Neuorganisation und die Zusammensetzung bereits gemacht wurden, und vor allem, wie lange es noch dauert, bis es eine Verkehrskommission gibt, die ihrem Namen auch Rechnung trägt.

Michael Zeier-Rast: Was Marta Lehmann sagte, ist alles richtig, diese Frage darf gestellt werden und der Stadtrat soll sie beantworten, aber der Vorstoss hat einen anderen Hintergrund. Für die Mitte-Fraktion ist der strategische Entscheid grundsätzlich richtig, dass man auf eine möglichst ausgewogene Vertretung der Geschlechter achtet. Nach Ansicht der Fraktion ist die Problemstellung jedoch eine andere. Wenn man Vereinigungen auffordert, eine Delegierte oder einen Delegierten zu stellen, müssen diese Vereinigungen selber entscheiden können, wen sie schicken wollen, je nach den Personen, die das übernehmen können. Da kann es durchaus sein, dass tatsächlich niemand anders zur Verfügung steht. Oder diese bestimmte Person wird aus verschiedensten Gründen delegiert. Der Sprechende spricht hier nur über Externe, nicht über die internen Mitarbeitenden der Stadtverwaltung. Intern ist es richtig, dass die Stadt eine andere Haltung vertritt. Das ist das Problem, das die FDP-Fraktion aufgriff. Der Sprechende geht nicht davon aus, dass der Verband der Quartiervereine eigentlich eine geeignete Frau zur Verfügung gehabt hätte, diese aber nicht delegieren wollte und deshalb einfach einen Mann als Kandidaten aufstellte. Das weiss man inhaltlich nicht. Aber das ist etwas, was die Organisation selber entscheiden können muss. Ausser die Stadt will es so moderieren. Im Nachhinein zu sagen, dass man den Kandidaten nicht möchte, weil er ein Kriterium nicht erfüllt, ist nicht in Ordnung. Es müsste von Anfang an klar sein, dass er gar nicht gewählt werden kann – das ist möglich. Für die Mitte-Fraktion ist entscheidend, dass die angefragten Organisationen die Delegierte oder den Delegierten schicken können, die oder den sie für passend halten. Sie haben ja auch nicht unbegrenzte personelle Ressourcen. Die inhaltliche Diskussion zur Verkehrskommission ist sehr spannend. Dass dort plötzlich weniger Frauen Einsitz haben, wie Marta Lehmann ausführte, ist vielleicht auch ein Indiz. Vielleicht hat es weniger mit der Quote zu tun als mit der Kommission. Darum überweist die Mitte-Fraktion den Vorstoss.

Silvio Bonzanigo: Es hört sich so an, als wäre die Verkehrskommission von diesem Entscheid wie vom Blitz getroffen worden. So ist es nicht. Der Sprechende schenkt den Ausführungen Glauben, dass mehrfach auf die Situation hingewiesen wurde und die Verkehrskommission einfach nicht reagierte. Sie betrachtete die Geschlechterfrage offenbar als vernachlässigbar, deshalb wurde jemand anders nominiert, als es vonseiten der Stadt der Wunsch war. In der Arbeitswelt ist es weitherum akzeptiert, dass gemischtgeschlechtliche Teams – natürlich nicht 2 zu 19, sondern wirklich in Bezug auf die Geschlechter ausgewogene Teams – gute, in der Regel bessere Leistungen erbringen. Die Verkehrskommission müsste eigentlich Leistungen erbringen – auch wenn sie natürlich letztlich über das Gesamte gesehen für das Staatsgeschehen von überschaubarer Relevanz ist.

Wie der Stadtrat in seiner Stellungnahme darlegt, versucht er jetzt, im richtigen Moment, dieses Gremium gezielt so zusammenzusetzen, dass die Geschlechterfrage adäquat gelöst wird. Es wurde ausgeführt, dass es nicht immer nur spezifisch verkehrstechnische Kompetenzen sind, die in dieser Kommission zum Tragen kommen sollen, sondern z. B. auch Kompetenzen bezüglich des Aufenthalts im öffentlichen Raum. Frauen sind häufiger zu Fuss unterwegs, sie haben viel mehr Empathie für den öffentlichen Raum und dafür, sich im öffentlichen Raum zu bewegen. Solche Aspekte gehören auch in die Verkehrskommission. Nicht nur Umweltingenieure und andere Ingenieure haben schlaue Ideen, um den öffentlichen Raum und den öffentlichen Verkehr zu organisieren. Die Verkehrskommission soll sich jetzt auf eine im Idealfall paritätische, sonst zumindest angemessene Vertretung der Frauen hinbewegen. Eine vollständige Überweisung des Postulats ist für den Sprechenden ausgeschlossen.

Marco Baumann möchte noch einmal kurz präzisieren, um was es den Postulanten geht. Es geht nicht darum, die Geschlechterquote auszuhebeln, sondern darum, dass man in Einzelfällen davon absehen kann. Diese Präzisierung ist dem Sprechenden sehr wichtig. Es geht der FDP-Fraktion darum, ob man einen pragmatischen Umgang will, wie er in Bezug auf die Geschlechterquote ja vorgesehen ist, nämlich dass sie «nach Möglichkeit» eingehalten werden soll, oder ob man eine konsequente Umsetzung will, mit der Folge, dass gewisse Organisationen sehr grosse Schwierigkeiten haben werden, Delegierte zu finden und dem Stadtrat vorschlagen zu können.

Zum Votum von Michael Zeier-Rast erklärt der Sprechende, dass der Dachverband auf der Suche nach einer Frau war, die das Amt hätte übernehmen wollen, aber dabei erfolglos blieb. Es ist nicht so, dass dort ein Mann einer Frau die Position streitig gemacht hat, sondern der Verband fand in seinen Reihen einfach keine Frau für diese Vertretung. Genau dann ergibt sich die Thematik, ob man konsequent sein

und verlangen will, dass der Verband so lange sucht, bis er eine Frau findet, die er delegieren kann. Während dieser Zeit bleibt jetzt der bisherige Delegierte noch in der Verkehrskommission. Oder könnte der Stadtrat dem Dachverband nicht entgegenkommen und die qualifizierte Person, die der Dachverband vorschlägt, annehmen? Im Gegenzug könnte man z. B. bei den Fraktionen vermehrt darauf achten, dass die Frauenvertretung erhöht wird. Der Sprechende hat Sonja Döbeli Stirnemann bereits darauf hingewiesen, dass sie gerne für ihn in die Verkehrskommission darf. Sie hatte zwar nicht so Freude an der Idee, aber vielleicht findet die FDP-Fraktion da auch noch eine Lösung.

Daniel Lütolf hat eine Verständnisfrage, die sich an die SP-Fraktion und an die G/JG-Fraktion richtet: Sind diese Fraktionen jetzt für oder gegen die Überweisung des Vorstosses? Das hörte der Sprechende aus den Voten nicht klar heraus.

Marta Lehmann wendet sich an Marco Baumann, der sagte, es solle «nach Möglichkeit» eine Frau portiert werden. Die Sprechende geht umgekehrt an die Sache heran: Man muss nach Möglichkeiten suchen. Das heisst manchmal auch, dass man länger investieren muss, damit Frauen die Möglichkeit erhalten, in einer Kommission oder im Quartierverein Fuss zu fassen, sich dort wichtiger Aufgaben anzunehmen und diese kompetent zu erfüllen. Wenn man kurzfristig fragt, wer zu einer solchen Einsitznahme bereit wäre, gibt es sicherlich auch viele Männer, die Nein sagen. Die Sprechende ist überzeugt, dass es eine Frauenquote braucht, dass es Frauen gerade in einer Verkehrskommission braucht. Dazu muss man den Fokus umkehren, man muss anders auf die Suche nach Frauen, man muss die Frauen anders ansprechen und aufbauen. Es genügt eben nicht, einfach eine E-Mail zu schicken mit der Aufforderung, wer Lust hat, solle sich melden.

Stefan Sägesser versteht die Argumentationsebene der FDP-Fraktion nicht. Er ist ganz auf der Linie von Marta Lehmann. Es ist seit zehn Jahren Usus, dass man versucht, Gendergerechtigkeit zu erreichen. Es ist eine Frage der Förderung. Wenn man natürlich kurzfristig anfragt, passiert eben nichts. Der Sprechende hat diese Diskussion satt, denn sie wird bei jeder Geschäftsleitungssitzung auf strategischer oder operativer Ebene seit Jahren geführt und immer heisst es, es sei nicht möglich. Das ist überhaupt nicht wahr. Man muss einfach mit der Förderung beginnen. Das betrifft die Vertretungen der Stadt, das betrifft aber auch die Vertretungen des Parlaments, wer nach aussen portiert wird. Die Stadt hat mehrfach angemahnt, Frauen zu delegieren, aber es gibt immer noch Organisationen, die das Gefühl haben, sie könnten sich darüber hinwegsetzen. Offenbar war es nötig, dass jetzt jemand auf die Nase gefallen ist. Die GLP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Stadtpräsident Beat Züsli möchte zuerst eine Vorbemerkung machen. Er betont, dass dem Stadtrat Freiwilligenarbeit sehr wichtig ist und er sie sehr schätzt. Das stellt er praktisch täglich durch den Kontakt zu allen Organisationen in diesem Bereich unter Beweis, auch durch Ehrungen im Sozialbereich, Sportbereich, Kulturbereich, mit welchen der Stadtrat seine hohe Wertschätzung zum Ausdruck bringt. Hier geht es aber aus Sicht des Sprechenden um ein anderes Thema.

Die mangelnde Diversität der Verkehrskommission war schon seit Langem ein Thema. Der Stadtrat wurde bei jeder Ersatzwahl wieder damit konfrontiert. Es ging primär um die Vertretung der Geschlechter, aber auch um die mangelnde Vertretung unterschiedlicher Generationen. Für den Stadtrat geht es nicht um ein mathematisches Problem, sondern darum, dass seiner Überzeugung nach divers zusammengesetzte Gremien bessere Lösungen erarbeiten. Die Verkehrskommission kann besser fundierte und breiter abgestützte Stellungnahmen abgeben, wenn sie divers zusammengesetzt ist. Alle in der Verkehrskommission beteiligten Organisationen wurden mehrfach auf die bezüglich Geschlechterquote unbefriedigende Situation hingewiesen. Sie können also nicht einwenden, sie hätten das nicht gewusst. Dass es nun bei dieser Entscheidung den Dachverband der Quartiervereine traf, ist zu bedauern. Der Sprechende versteht die Verärgerung und kann sie nachvollziehen. Man muss aber auch sehen, dass die meisten anderen Organisationen in der Verkehrskommission ebenfalls durch ehrenamtlich tätige Personen vertreten sind. Es ist nun wichtig, das Anliegen der Diversität wirklich aufzunehmen. Daher lehnt es der Stadtrat ab, auf seinen Entscheid zurückzukommen, er möchte vielmehr einen Schritt vorwärts machen. Er wird, wie er in der Stellungnahme festhält, die Organisation und Zusammensetzung der Verkehrskommission nochmals überprüfen.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Marta Lehmann fragte, wo der Prozess in Bezug auf die Verkehrskommission steht. Die Zusammensetzung und Organisation sind weiterhin in Prüfung. Diejenigen, die schon länger in der Verkehrskommission sind, wissen, dass die Thematik seit zirka drei Jahren diskutiert wird. Der Sprechende hatte vom Stadtrat den Auftrag, in der Kommission immer darauf hinzuweisen, dass bei den Nominationen versucht werden sollte, mehr Diversität zu erreichen, notabene Frauen zu portieren. Das gelang nicht gut. Die Anzahl der Frauen reduzierte sich von fünf auf eine einzige. Heute sind es wieder drei Frauen – und 18 Männer. Diese Vertretung möchte der Stadtrat anders, er möchte sie diverser.

Es wurden verschiedene Ansätze diskutiert, z. B. die Verkehrskommission mehr als Experten-/Expertinnengremium zu konzipieren. Es gab auch den Vorschlag, der Stadtrat solle selber aus den Organisationen, die in der Verkehrskommission vertreten sind, Frauen berufen. Das würde jedoch bei den Organisationen wohl kaum gut ankommen, nach Ansicht des Sprechenden ist das kein guter Ansatz. Alle bisher in der Verkehrskommission diskutierten Vorschläge stiessen dort nicht auf Gegenliebe. Daher hat sich an der Organisation und Zusammensetzung der Kommission bisher auch nichts geändert.

Bei der Verkehrskommission geht es darum, möglichst frühzeitig relevante mobilitätspolitische Kräfte in die Diskussion einzubeziehen, um unter dem Kommissionsgeheimnis Rückmeldungen zu erhalten. Die Vertretungen in der Verkehrskommission sollen ihrerseits ihre Organisationen informieren, damit diese wissen, welche Projekte bearbeitet werden, und dazu in der Verkehrskommission Stellung nehmen können, ohne dass schon alles in den Zeitungen öffentlich wird. In der Verkehrskommission finden somit sehr wertvolle Vordiskussionen statt. Der frühe Einbezug der relevanten Organisationen ist sehr positiv. Das Problem der mangelnden Diversität hat nicht der Stadtrat verursacht, dafür sind in erster Linie die Organisationen verantwortlich. Ob es sich mit einer grundsätzlichen Änderung der Zusammensetzung und der Aufgabe der Verkehrskommission lösen lässt, wird geprüft. Es ist eine relativ knifflige Aufgabe, eine gute Lösung zu finden, die zu mehr Diversität führt und zugleich alle zufriedenstellt.

Der Grosse Stadtrat lehnt das Postulat 155 ab.

- 7 Postulat 161, Gianluca Pardini und Lena Hafen namens der SP-Fraktion sowie Mirjam Fries und Andreas Felder namens der Mitte-Fraktion
vom 27. Januar 2022:
Bedarf bei Stellenschaffung transparenter ausweisen**

Antrag des Stadtrates: Entgegennahme

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keinen Ablehnungsantrag und keine Wortmeldung.

Somit ist das Postulat 161 überwiesen.

- 8 Postulat 162, Lena Hafen und Simon Roth namens der SP-Fraktion
vom 2. Februar 2022:
Büroflächen – was benötigt die Stadt in Zukunft?**

Antrag des Stadtrates: Entgegennahme

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keinen Ablehnungsantrag und keine Wortmeldung.

Somit ist das Postulat 162 überwiesen.

**9 Interpellation 164, Irina Studhalter und Christa Wenger namens der G/JG-Fraktion
vom 17. Februar 2022:
Recht auf Offline: Arbeitnehmer*innen-Rechte während digitaler Transformation**

Christa Wenger: In der Antwort auf die Interpellation zeigen Stadtrat und Verwaltung sehr schön und jetzt auch öffentlich zugänglich die Vorteile und Gefahren des mobilen, flexiblen Arbeitens und die Wichtigkeit von definierten Regeln auf. Die G/JG-Fraktion dankt für die ausführliche Antwort, mit welcher sie völlig zufrieden ist.

Die Interpellation 164 ist somit erledigt.

**10 Postulat 174, Roger Sonderegger namens der Mitte-Fraktion
vom 7. April 2022:
Pumptracks für die Stadt Luzern**

Antrag des Stadtrates: Entgegennahme

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keinen Ablehnungsantrag und keine Wortmeldung.

Somit ist das Postulat 174 überwiesen.

Ratspräsident Christian Hochstrasser weist auf die nächste Sitzung hin: Sie findet am 27. Oktober 2022 statt und wird den ganzen Tag in Anspruch nehmen. Er dankt für das lebendige, engagierte Mitdebattieren, wünscht allen einen schönen Abend und schliesst die Sitzung.

Schluss der Sitzung: 17.05 Uhr

Luzern, 09. Januar 2023

Die Protokollführerin:



Nadine Mathis

Eingesehen von:



Michèle Bucher, Stadtschreiberin